

Stenographischer Bericht

33. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 10. Dezember 2002

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gross, Abg. Lechner-Sonnek.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. a) Wahlen von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Bundesrates.
b) Mündliche Beantwortung einer schriftlichen Anfrage durch Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1095/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark 2000/2001 („Grüner Bericht Steiermark 2000/2001“).
Berichterstatter: Abg. Rieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 866/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Schaffung eines landwirtschaftlichen Siedlungsfonds.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 891/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Integration von SchülerInnen mit Behinderung beziehungsweise sonderpädagogischem Förderbedarf in landwirtschaftlichen Schulen.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 781/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Förderung auf Grund des Verbotes der Anbindehaltung von Rindern.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 470/1, der Abgeordneten Dietrich und List, betreffend Superabgabe.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 880/2, zum Beschluss Nr. 537 des Steiermärkischen Landtages vom 16. April 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Umsetzung und Finanzierung der Nutztierhaltungsverordnung sowie Erlassung von Richtlinien für einen Grundpreiszuschlag bei Milch.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 992/2, zum Beschluss Nr. 660 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Riebenbauer und Graf, betreffend Grundpreiszuschlag zum Milchpreis.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 881/3, zum Beschluss Nr. 538 des Steiermärkischen Landtages vom 16. April 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend artgerechte Haltung von Legehennen.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung des Umstiegs auf Freilandhaltung.
Berichterstatte(r)in: Abg. Graf.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 11: Abg. Rieser, Abg. Mag. Zitz, Abg. Kaufmann, Abg. Böhmer, Abg. Köberl, Abg. Dietrich, Abg. Riebenbauer, Abg. Kaufmann, Abg. Ing. Ober, Abg. Graf, Landesrat Pöttl, Abg. Kaufmann, Landesrat Pöttl.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 658/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend ein zeitgemäßes steirisches Frauenförderprogramm.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Beutl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Koller, Abg. Dr. Bleckmann.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1071/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser, Stöhrmann, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht und Dr. Rieder, betreffend Änderung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz bezüglich Heizanlagen.
Berichterstatte(r): Abg. Schleich.
Redner: Abg. Majcen, Abg. Schleich, Abg. Hagenauer, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Wiedner, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Stöhrmann, Abg. Riebenbauer, Abg. Hagenauer, Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 622/1, der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Landesschulrates.
Berichterstatte(r)in: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 854/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend barrierefreie Mobilität.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Zitz.
Rednerin: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1098/1, betreffend den Verkauf von Teilflächen der L 313 – Seiersberger Straße, Grundstücke Nr. 306/5 und 1020/1, EZ. 2464, KG. Seiersberg im Ausmaß von zirka 462 Quadratmeter zum Kaufpreis von 60.060 Euro an die BAWAG P.S.K. Immobilienleasing GmbH., 1190 Wien, Heiligenstädter Lände 29.
Berichterstatte(r): Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 966/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Mag. Erlitz, Lafer, Lechner-Sonnek, Dr. Forenbacher und Tasch, betreffend Sammelbestattung für tot- oder fehlgeborene menschliche Früchte.
Berichterstatte(r): Abg. Dr. Forenbacher.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1070/1, der Abgeordneten Dr. Forenbacher, Hammerl, Bacher, Wicher und Mag. Drexler, betreffend Schlaganfallvorsorge auf Grund bereits vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse.
Berichterstatte(r): Abg. Dr. Forenbacher.
Redner: Abg. Forenbacher, Landesrat Dörflinger, Abg. Bacher, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1086/1, betreffend die Kostenbeteiligung des Landes Steiermark am Zu- und Umbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, Graz-Marschallgasse.
Berichterstatte(r): Abg. Gennaro.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 21.
Beschlussfassung.

20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1094/1, betreffend Finanzierungsvertrag mit den Rechtsträgern der Ordensspitäler Barmherzige Brüder Graz-Marschallgasse, Barmherzige Brüder Graz-Eggenberg, Krankenhaus der Elisabethinen Graz und Marienkrankenhaus Vorau.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 21.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1093/1, betreffend Neubau des LKH Bad Aussee, Sonderfinanzierung des Landes.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 19 bis 21: Abg. Köberl, Abg. Mag. Erlitz).
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 407/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Dipl.-Ing. Grabner, Prattes und Kaufmann, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen.
Berichterstatter: Abg. Margarethe Gruber (2284).
Redner: Abg. Margarethe Gruber (2284), Landesrat Dr. Hirschmann.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1097/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1027/1, der Abgeordneten Halper, Margarethe Gruber, Kröpfl, Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 818/1, der Abgeordneten Kröpfl, Schrittwieser, Gross und Gennaro, betreffend die Beibehaltung steuerlicher Begünstigungen für gemeinnützige Vereine.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht, Einl.-Zahl 1003/1, des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2001.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Abg. Hagenauer (2287), Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
27. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Fortsetzung der Verhandlungen „Steiermärkisches Baugesetz“ und „Steiermärkisches Raumordnungsgesetz“, zum Antrag, Einl.-Zahl 57/1, der Abgeordneten Schleich und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes, zum Antrag, Einl.-Zahl 58/1, der Abgeordneten Halper und Schleich, betreffend verstärkte Berücksichtigung energiepolitischer Ziele in der Raumordnung, zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974, LGBl. Nr. 127/1974, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 64/2000 geändert wird, sowie zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Schleich (2274), Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 33. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross und Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass eine schriftliche Anfrage und sechs Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Mit Schreiben vom 25. November 2002 teilte mir Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer mit, dass er per 1. Dezember 2002 seine Funktion als Klubobmann der FPÖ zurücklegt.

Mit heutigem Tag wurde gemäß Paragraf 10 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Frau Waltraud Dietrich als Klubobfrau des Landtagsklubs der FPÖ bekannt gegeben. Als Stellvertreter wurden Landtagsabgeordneter Karl Wiedner und Landtagsabgeordneter Kurt List mitgeteilt.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag um 9.30 Uhr der Ausschuss für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend der Fortsetzung der Verhandlungen „Steiermärkisches Baugesetz“ und „Steiermärkisches Raumordnungsgesetz“, über den Antrag, Einl.-Zahl 57/1, der Abgeordneten Schleich und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes, über den Antrag, Einl.-Zahl 58/1, der Abgeordneten Halper und Schleich, betreffend verstärkte Berücksichtigung energiepolitischer Ziele in der Raumordnung, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974, LGBl. Nr. 127/1974, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 64/2000 geändert wird, sowie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird, beraten hat und zu diesen Anträgen beziehungsweise Regierungsvorlagen den Selbstständigen Antrag, Einl.-Zahl 1099/1, Beilage Nr. 149, gefasst hat.

Gemäß Paragraf 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Die Zweite Lesung des Selbstständigen Antrages darf gemäß Paragraf 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hiervon abgesehen werden.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Infrastruktur als Tagesordnungspunkt 27 aufzunehmen, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes an folgender Stelle stattfindet:

Tagesordnungspunkt 27 vor dem Tagesordnungspunkt 15.

Gemäß Paragraf 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über den unmittelbaren Eingang in die Zweite Lesung, die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist sowie die Ergänzung der Tagesordnung in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einberufen, in welchem über folgende Regierungsvorlagen beraten werden soll:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1125/1, betreffend Adaptierung Aula Alte Universität und Dachgeschoßausbau Hofgasse 12; Fassung des Grundsatzbeschlusses zur Errichtung mit Gesamtkosten von 12,300.000 Euro inklusive USt. (Preisbasis 9/2002), Auftragsvergabe an den Gebäudeeigentümer, die Landes-Immobilien-gesmbH. (LIG), Graz und Finanzierung auf Basis einer Zusatzmiete inklusive Nebenkosten und USt. ab voraussichtlich 1. Jänner 2005 in der Höhe von jährlich 807.838,20 Euro (davon 674.477,28 Euro auf eine Laufzeit von 33 Jahren),

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1131/1, betreffend den Verkauf der jeweils 74-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg GmbH. sowie der Bad Radkersburger Quellen GmbH. sowie

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1132/1, zur Genehmigung der Betriebsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der protokollierten Firma Landesmuseum Joanneum GmbH., 8010 Graz, Raubergasse 10.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung werde ich die 34. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen.

Auf Grund der Volkszählung 2001 hat Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 26. November 2002, welche am 6. Dezember 2002 im Bundesgesetz veröffentlicht wurde und damit am 7. Dezember 2002 in Kraft getreten ist, gemäß Artikel 34 Absätze 2 und 3 die Mandatszählung des Bundesrates und die auf die einzelnen Bundesländer entfallenden Mandate festgelegt.

Die Steiermark entsendet nunmehr nur noch neun Vertreter in den Bundesrat.

Dem ausgeschiedenen Bundesrat Horst Freiburger danke ich namens des Steiermärkischen Landtages für seine geleistete Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Mit Schreiben vom 4. Dezember 2002 wurde mir seitens der steirischen Volkspartei eine Änderung der Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder des Bundesrates mitgeteilt.

Folgende Bundesräte haben mit Ablauf des 9. Dezembers 2002 ihr Mandat zurückgelegt:

Herr Dipl.-Ing. Hannes Missethon als erstgereihtes Mitglied,

Herr Fritz Grillitsch als siebentgereihtes Mitglied,

Herr Herwig Hösele als neuntgereihtes Mitglied.

Darüber hinaus haben folgende Ersatzmitglieder des Bundesrates ebenfalls mit Ablauf des 9. Dezembers 2002 ihre Ersatzmandate zurückgelegt:

Frau Barbara Riener als erstgereihtes Ersatzmitglied,

Frau Maria Pein als siebentgereihtes Ersatzmitglied,

Herr Dipl.-Ing. Dr. Bernhard Hofmann-Wellenhof als neuntgereihtes Ersatzmitglied.

Aus diesem Grund gilt es heute drei Mitglieder sowie drei Ersatzmitglieder des Bundesrates zu wählen.

Nach Paragraph 62 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Haus mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Wahl der Bundesräte durch Erheben der Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Gemäß Artikel 35 Absatz 1 B-VG werden die Mitglieder des Bundesrates vom Landtag nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt. Ich weise darauf hin, dass nach Paragraph 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig sind.

Die Österreichische Volkspartei schlägt nunmehr für die frei gewordene erste Stelle Herrn Herwig Hösele als Mitglied des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Herr Herwig Hösele die Wahl annimmt.

Herwig Hösele: Ja, sehr gerne.

Präsident: Die Österreichische Volkspartei schlägt weiters Herrn Dipl.-Ing. Dr. Bernhard Hofmann-Wellenhof als Ersatzmitglied für die erste Stelle des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Herr Dipl.-Ing. Dr. Bernhard Hofmann-Wellenhof die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Lopatka: Ja, er nimmt die Wahl an.

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für die frei gewordene siebente Stelle Herrn Mag. Dr. Andreas Schnider als Mitglied des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Herr Mag. Dr. Andreas Schnider die Wahl annimmt.

Mag. Dr. Schnider: Ja, ich nehme die Wahl sehr gerne an.

Präsident: Die Österreichische Volkspartei schlägt nunmehr für die frei gewordene siebente Stelle Frau Maria Pein als Ersatzmitglied des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Frau Maria Pein die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Lopatka: Ja, sehr gerne.

Präsident: Die Österreichische Volkspartei schlägt nunmehr weiters Herrn Dipl.-Ing. Heribert Bogensperger für die neunte Stelle als Mitglied des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Herr Dipl.-Ing. Herbert Bogensperger die Wahl annimmt.

Dipl.-Ing. Bogensperger: Ja, ich nehme die Wahl sehr gerne an.

Präsident: Die Österreichische Volkspartei schlägt nunmehr noch für das an neunter Stelle gereichte Ersatzmitglied des Bundesrates Herrn Franz Perhab vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage, ob Herr Franz Perhab die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Lopatka: Ja.

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann.

Mit Schreiben vom 2. Dezember 2002 ersuchte mich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Lackner und Gross, betreffend Mariazeller Gespräche 2002: „Ethik in der Forschung – Menschenzucht?“, gemäß Paragraf 66 Absatz 5 GeoLT mündlich in der heutigen Sitzung zu beantworten.

Bevor ich das Wort erteile, begrüße ich alle gewählten Bundesräte und ersuche sie Platz zu nehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Des Weiteren darf ich folgende Begrüßungen vornehmen.

Ich begrüße die Schülerinnen der Orientierungsklasse des Oberstufenrealgymnasiums der Ursulinen Graz unter der Leitung von Frau Mag. Irmtraut Schürer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Akademie des Bundes Hasnerplatz unter der Leitung von Frau Prof. Herta Eichinger. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Studentinnen und Studenten des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Grossauer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile nunmehr Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.21 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, Hohes Haus!

Nachdem mir diese Mariazeller Gespräche zum Thema „Ethik in der Forschung“ ein besonderes Anliegen sind, mache ich Gebrauch von meiner geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeit, diese schriftliche Anfrage, die die Abgeordneten Mag. Lackner und Gross an mich gerichtet haben, mündlich zu beantworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in einer Zeit, wo ganz allgemein beklagt wird, dass wir uns grundsätzlich viel zu wenig mit ethischen Fragen auseinander setzen, war mir diese Initiative, wie gesagt, ein besonderes Anliegen.

Es haben auch die Fragesteller nachdrücklich begrüßt, dass neben der Risikoabschätzung bei neuen Technologien auch ethische Dimensionen mit höchster Sensibilität zu diskutieren sind.

Genau dies ist aber auch das Anliegen der Mariazeller Gespräche, die dem Thema „Ethik in der Forschung“ gewidmet sind. Und diese ersten Mariazeller Gespräche sollen der Beginn einer längeren Veranstaltungsreihe, einer periodischen Veranstaltungsreihe zu diesem Thema sein und auch das besondere Ambiente und die besondere Ausstrahlung dieses Ortes entsprechend nützen.

Bereits diese erste Veranstaltung hat gezeigt, dass man sich diesem Ziel erfolgreich nähern konnte. Von einem Teil der Teilnehmer – die Einladung erging an alle – wurde auf der Grundlage der Referate und Arbeitskreise, führend von den ModeratorInnen und ProtokollantInnen der Arbeitskreise, eine Resolution ausgearbeitet, die gerne zur Verfügung steht, welche den Abgeordneten auch zur Zustimmung und Unterstützung, wie gesagt, vorgelegt wird.

Ferner halte ich fest, dass ich in meiner Eigenschaft als Eigentümervertreter die Forschungsgesellschaft Joanneum Research um die Durchführung der Mariazeller Gespräche ersucht habe, aber keinerlei Einfluss auf die Gestaltung genommen habe, wohl aber regelmäßig informiert wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist es auch besonders wichtig und es erfüllt mich mit Stolz, dass sich auch Bischof Kapellari in aller Öffentlichkeit für diese Initiative in Mariazell bedankt hat.

Bedauerlicherweise wurde mir, zwischen den Zeilen lesend, von den Fragestellern eine gewisse frauenfeindliche Vorgangsweise bei dieser Veranstaltung unterstellt. Das weise ich auf das Entschiedenste zurück und rufe in Erinnerung, dass gerade ich es war, der in meiner parlamentarischen Tätigkeit im Gleichbehandlungsausschuss mich wesentlich auch für Frauenfragen, wohl von der männlichen Seite angenähert, eingesetzt habe.

Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen im Einzelnen:

Erstens: Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Mariazeller Gespräche 2002?

Die Gesamtkosten für die Mariazeller Gespräche 2002 betragen voraussichtlich 105.000 Euro. Die Rechnungslegung durch die Partner ist noch nicht abgeschlossen, daher kann noch keine exakte Zahl genannt werden.

Es wurden Investitionen in tagungstechnische Infrastruktur in Mariazell getätigt. Das angekaufte Material ist für die folgenden Mariazeller Gespräche und andere Tagungen wieder verwendbar, es sind nur geringe Adaptionen notwendig.

Bei der Auftragsvergabe durch die Joanneum Research wurde darauf geachtet, dass Unternehmen und Lieferanten aus der Region berücksichtigt wurden.

Zweitens: Von welchen Organisationen und öffentlichen Stellen werden diese Kosten getragen?

Die Kosten wurden zu 40.000 Euro nach Projektantrag und positiver Evaluierung durch den Expertenbeirat aus dem Zukunftsfonds und zu 65.000 Euro aus dem Budget aus meinem Ressort getragen.

Drittens: Gibt es eine Förderung durch das Land Steiermark?

Viertens: Wenn ja, wie hoch ist diese Förderung und aus welchem Ressort wird diese gewährt?

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung zur Frage zwei.

Fünftens: Sind Sie bereit uns mitzuteilen, welche Absicht dahinter steckt, dass Frauen als Expertinnen (Referentinnen) nicht berücksichtigt wurden?

In dieser Frage wird unterstellt, dass eine Absicht dahinter steckt, dass Frauen als Expertinnen (Referentinnen) nicht berücksichtigt wurden. Diese Unterstellung wird zurückgewiesen.

Es war vielmehr so, dass für das Hauptreferat am Eröffnungstag, dem 24. Oktober 2002, das auf jeden Fall eine international renommierte Persönlichkeit halten sollte, zunächst überhaupt nur Expertinnen eingeladen wurden, und zwar in folgender Reihenfolge:

Frau Prof. Dr. Christiane Nüsslein-Volhart, Direktorin des Max-Planck-Instituts für Entwicklungsbiologie in Tübingen und Nobelpreisträgerin für Medizin 1995 für die erste Entschlüsselung eines Genoms. Frau Nüsslein-Volhart hat im Jahr 2002 mehrfach zu ethischen Fragen Stellung genommen, vornehmlich in der „Zeit“. Obwohl bereits im Oktober 2001 die Einladung schriftlich an sie erging und auch telefonisch Kontakt aufgenommen wurde, hat Frau Nüsslein-Volhart im April 2002 aus terminlichen Gründen abgesagt.

Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach, Professorin an der Fachhochschule Frankfurt und Mitglied der Enquete-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“, welche unmittelbar danach schriftlich und mündlich eingeladen wurde, hat noch im Mai 2002 aus terminlichen Gründen abgesagt.

Ebenso Frau Prof. Dr. Regine Kollek, Universität Hamburg, welche durch zahlreiche Publikationen zum Thema hervorgetreten ist, aus terminlichen Gründen im Juni 2002.

Erst nach diesen Absagen wurde der Kreis der Eröffnungsdiskussion auf Männer ausgeweitet, und bereits der als Erster Eingeladene sagte zu: Prof. Dr. Jan P. Beckmann, Fernuniversität Hagen, Mitglied der deutschen Bioethikkommission, der Ethikkommission der Universität Witten/Herdecke und der Akademie für Ethik in der Medizin in Göttingen, und dies obwohl er bereits am 26. Oktober an einer Sitzung der Bioethikkommission in Berlin teilnehmen musste.

Demgegenüber wird festgestellt, dass Expertinnen in tragender Funktion an den Arbeitskreisen in vielfältiger Funktion mitgewirkt haben:

Von den vier ModeratorInnen waren zwei Frauen: Mag. Roswitha Wiedenhofer von Joanneum Research und Mag. Doris Helmberger von der Zeitschrift „Die Furche“. Eine weitere Frau als Moderatorin, Mag. Bettina Schimak, ORF, erkrankte leider und konnte kurzfristig nur durch einen Mann ersetzt werden.

Von den vier ProtokollantInnen der Arbeitskreise waren drei Frauen: Martina Dreier, Vanessa Schreiner und Martina Tuscher.

Es waren vor allem diese ModeratorInnen und ProtokollantInnen, welche die vorliegende Resolution in einer öffentlichen Sitzung am Abend des 25. Oktober in Mariazell formulierten.

Sechstens: Ist davon auszugehen, dass bei den nächsten Gesprächen im Jahr 2003 wieder ausschließlich Männer als Technik- und Ethikexperten referieren werden?

Auf Grund meiner Ausführungen ist nicht davon auszugehen, dass bei den Mariazeller Gesprächen 2003 ausschließlich Männer als Ethikexperten referieren werden.

Siebtens: Wieso tragen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel) und Einrichtungen des Landes (Joanneum Research) dem Prinzip der Ausgewogenheit der Geschlechter (Gender Mainstreaming) bei einer öffentlichen und aus Steuermitteln geförderten Veranstaltung nicht Rechnung?

Zu Siebtens: Durch meine Ausführungen ist bewiesen, dass Eigentümervertreter wie Veranstalter um Ausgewogenheit der Geschlechter in öffentlichen Veranstaltungen intensiv bemüht waren und sind. Als jüngstes Beispiel sei nur angeführt, dass bei der Großveranstaltung „Wissen schafft Erfolg“ am 13. November 2002, welche von den Kompetenzzentren evolaris, Know-Center und Joanneum Research gemeinsam durchgeführt wurde, die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. durch eine Frau, nämlich Frau Dipl.-Ing. Dr. Karin Grasenick, Mitarbeiterin des Instituts für Technologie- und Regionalpolitik, präsentiert wurde.

Achtens: Wie beurteilen Sie die politische Außenwirkung dieser Veranstaltung, wenn zum gesellschaftlich hochbrisanten Thema „Menschenzucht“ ausschließlich Männer die Möglichkeit bekommen, sich zu äußern?

Zu Acht: Was die politische Außenwirkung betrifft, weise ich darauf hin, dass nicht einmal die Medien Anlass zu Kritik an einer Missachtung der Ausgewogenheit sahen – allerdings waren ihre Vertreter bei den Mariazeller Gesprächen anwesend und konnten die engagierte Mitwirkung junger Expertinnen unmittelbar beobachten.

Neuntens: Wie beurteilen Sie persönlich die Tatsache, dass auf Frauen als Referentinnen bei dieser Veranstaltung verzichtet wurde, wo doch Frauen die unmittelbar Betroffenen sind?

Zu Neun: Aus meinen bisherigen Ausführungen sollte meine persönliche Einstellung und Meinung ausreichend sichtbar geworden sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass die Mariazeller Gespräche, die sich mit wichtigen Fragen in Ethik in Forschung und Arbeitswelt auch in Zukunft auseinander setzen, ein großer Erfolg für diese Region und unser Land werden.

Ich weiß aus der Verteilerliste für die Einladung, dass auch die Damen und Herren dieses Hauses vollständig eingeladen worden sind zu dieser Veranstaltung, leider nicht in dem erwartenden Umfang von dieser Einladung Gebrauch gemacht haben. Ich hoffe, dass bei den nächsten Mariazeller Gesprächen eine große Anzahl der hier Anwesenden zu begrüßen sein wird. Danke vielmals! Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.30 Uhr.)

Präsident: Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 der Geschäftsordnung.

Bei den Tagesordnungspunkten 3 bis 11 ist ein innerer Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese neun Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit, weil es wird dann schwierig sein, jeweils der Aufforderung zu folgen, abzustimmen. Und es wäre das, glaube ich, für die Vorgangsweise im Landtag keineswegs eine sehr positive Einstellung.

Meine Damen und Herren, nochmals bitte, ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit und Gespräche, die unbedingt notwendig sind, eventuell in den Nebenräumen durchzuführen. Aber es ist für alle unerträglich, die hier aufmerksam sind, diese Geräusche mit in Kauf zu nehmen.

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1095/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark 2000/2001 („Grüner Bericht Steiermark 2000/2001“).

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (10.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz, Einl.-Zahl 1095/1. Gemäß Paragraf 16 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1993, LGBl. Nr. 9 vom 19. Oktober 1993, hat die Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Dieser Bericht hat eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten. Er ist zu begründen und hat die mittelfristigen Auswirkungen der Förderungsmaßnahmen zu erläutern.

Der Landwirtschaftsbeirat gemäß Paragraf 17 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes hat in seiner Sitzung am 23. Oktober 2002 den Entwurf dieses Berichtes beraten und einstimmig angenommen.

Die Landesregierung hat diesen Bericht am 4. November 2002 einstimmig beschlossen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 3. Dezember den Beschluss gefasst, den Antrag an das Hohe Haus zu stellen, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (10.33 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 866/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Schaffung eines landwirtschaftlichen Siedlungsfonds.

Berichterstellerin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 866/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Schaffung eines landwirtschaftlichen Siedlungsfonds.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 25. Juni und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt und zum Antrag, betreffend Schaffung eines landwirtschaftlichen Siedlungsfonds wurde folgende Stellungnahme eingeholt:

Die Tätigkeit dieses Fonds wurde im Jahr 1996 aus folgenden Gründen eingestellt:

Beim pauschalen Ankauf von größeren Liegenschaften war es teilweise schwierig, für ungünstigere Teilstücke geeignete Käufer zu finden. Mit dem Entfall der Grunderwerbssteuerbefreiung war häufig sowohl für den Liegenschaftsankauf als auch für den Verkauf Grunderwerbssteuer zu bezahlen. Dies hat zu einer erheblichen Verteuerung geführt. Es war ebenso ein erheblicher Verwaltungsaufwand und es kam zur Erschöpfung der Fondsmittel.

Als Alternative zu Grundauffangfonds und Siedlungsfonds stehen bäuerlichen Grunderwerbern die Förderungsmöglichkeiten im Rahmen des nationalen Programmes zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft und die Hilfestellung durch die Agrarbezirksbehörden zur Verfügung.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 866/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, zur Kenntnis zu nehmen. (10.35 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 891/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Integration von SchülerInnen mit Behinderung beziehungsweise sonderpädagogischem Förderbedarf in landwirtschaftlichen Schulen.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.36 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag 829/1 der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Zitz und Hagenauer, betreffend Integration von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung beziehungsweise sonderpädagogischem Förderbedarf in landwirtschaftlichen Schulen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 25. Juni und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Von Seiten der Landesregierung liegt eine umfangreiche Stellungnahme vor, schwerpunktmäßig mit der Frage Aufnahme in Fachschulen beziehungsweise Integration in Berufsschulen und Integrationslehrer- und -lehrerinnenausbildung.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der obgenannte Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (10.36 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 781/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Förderung auf Grund des Verbotes der Anbindehaltung von Rindern.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (10.37 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 781/1 der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Förderung auf Grund des Verbotes der Anbindehaltung von Rindern.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 9. April und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Förderung auf Grund des Verbotes der Anbindehaltung von Rindern, gibt die Landesregierung ihre Stellungnahme ab.

Ich bin überzeugt, dass die Stellungnahme Ihnen vorliegt, dass Sie den Inhalt kennen. Ich stelle daher den Antrag.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 781/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Förderung auf Grund des Verbotes der Anbindehaltung von Rindern, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Zustimmung. (10.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 470/1, der Abgeordneten Dietrich und List, betreffend Superabgabe.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.39 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2001 und 3. Dezember 2002 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es wird berichtet, dass gemäß Artikel 10 der Verordnung Nr. 3950/92 die Superabgabe als Teil der Intervention zur Regulierung der Agrarmärkte gilt und zur Finanzierung der Ausgaben am Milchsektor eingesetzt wird. Eine Zweckbindung für den Milchsektor liegt somit zwingend vor.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 470/1, betreffend Superabgabe, wird zur Kenntnis genommen. (10.39 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 880/2, zum Beschluss Nr. 537 des Steiermärkischen Landtages vom 16. April 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Umsetzung und Finanzierung der Nutztierhaltungsverordnung sowie Erlassung von Richtlinien für einen Grundpreiszuschlag bei Milch.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.40 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Von den Abgeordneten Dietrich und Graf wurde ein Entschließungsantrag, betreffend Umsetzung und Finanzierung der Nutztierhaltungsverordnung sowie Erlassung von Richtlinien für einen Grundpreiszuschlag bei Milch, eingebracht.

Es liegt uns eine sehr umfangreiche Stellungnahme vor, die Sie mit Sicherheit genauestens gelesen haben und ich stelle demzufolge den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 537 des Steiermärkischen Landtages vom 16. April 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Umsetzung und Finanzierung der Nutztierhaltungsverordnung sowie Erlassung von Richtlinien für einen Grundpreiszuschlag bei Milch, wird zur Kenntnis genommen. (10.40 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 992/2, zum Beschluss Nr. 660 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Riebenbauer und Graf, betreffend Grundpreiszuschlag zum Milchpreis.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.41 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Von den Abgeordneten Dietrich, Riebenbauer und Graf wurde ein Entschließungsantrag, betreffend Grundpreiszuschlag zum Milchpreis, eingebracht. Es wurde ersucht, dass es Förderungen in diesem Bereich gibt.

Gegenstand der Förderung sollten sein: Rohmilchuntersuchungen, Produktuntersuchungen und Qualitätssicherungsmaßnahmen.

In der Regierungsvorlage wird festgehalten, dass die EU-Kommission die Durchführungsbestimmungen für diese Beihilfe als Staatliche Beihilfe am 22. Juni 1999 genehmigt hat.

Eine Umsetzung dieser Beihilfe ist bislang aus budgetären Gründen nicht erfolgt.

Wir stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 660 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich, Riebenbauer und Graf, betreffend Grundpreiszuschlag zum Milchpreis, wird zur Kenntnis genommen. (10.41 Uhr.)

Präsident:

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/3, zum Beschluss Nr. 538 des Steiermärkischen Landtages vom 16. April 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend artgerechte Haltung von Legehennen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.42 Uhr): Es handelt sich um einen Entschließungsantrag der grünen Abgeordneten, betreffend artgerechte Haltung von Legehennen, mit drei Elementen.

Erstens: Die unverzügliche Umsetzung der EU-Legehennenrichtlinie.

Zweitens: Die Förderung der Umstellung auf Freilandhaltung.

Drittens: Das Beschaffungswesen des Landes auf Freiland Eier umzustellen.

Dazu berichtet die Fachabteilung 10A – Agrarrecht und ländliche Entwicklung, bezüglich Umsetzung der EU-Legehennenrichtlinien, dass Bau und Inbetriebnahme von nicht ausgestalteten Käfigen ab 1. Jänner 2003 verboten sind. Für bereits bestehende, nicht ausgestaltete Käfige gilt das Verbot spätestens ab 1. Jänner 2012.

Bezüglich der Förderung für die Umstellung auf Freilandhaltung werden die verschiedenen Förderungssysteme ab dem Jahr 1995 dargestellt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass bereits seit knapp einem Jahrzehnt Investitionen in besonders tierfreundliche Haltungssysteme für Legehennen gefördert und die Investitionen für Batterieaufstallungssysteme in der Legehennenhaltung nicht mehr gefördert werden.

Auf Grund der bestehenden Förderungsmöglichkeiten im Rahmen des Ländlichen Entwicklungsprogrammes (Laufzeit bis 2006) erscheint die Förderung des Umstiegs auf Freilandhaltung von Legehennen ausreichend gewährleistet.

Beim dritten Punkt, Umstellung des Beschaffungswesens des Landes auf Freiland Eier, wird festgehalten, dass von der Fachabteilung 10A – Agrarrecht und ländliche Entwicklung keine Beschaffungen durchgeführt werden.

Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, die vorliegende Regierungsvorlage anzunehmen. (10.43 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung des Umstiegs auf Freilandhaltung.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (10.44 Uhr): Ich darf berichten zum Antrag, Einl.-Zahl 728/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, der sich auch mit einer Förderung, betreffend den Umstieg auf Freilandhaltung, beschäftigt hat.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 29. Jänner und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es gab eine Stellungnahme der Landesregierung, die auf die besonders tierfreundlichen Haltungssysteme für Legehennen hingewiesen hat, die finanziell unterstützt werden.

Hier wird ebenso wie beim vorherigen Antrag zusammenfassend festgestellt, dass bereits seit knapp einem Jahrzehnt Investitionen in besonders tierfreundliche Haltungssysteme für Legehennen gefördert werden und dass Investitionen für Batterieaufstallungssysteme in der Legehennenhaltung nicht mehr gefördert werden. Ich bitte um Kenntnisnahme. (10.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Mir liegen bereits drei Wortmeldungen vor.

Erste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Peter Rieser. Sie sind am Wort.

Danach Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Rieser (10.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Der „Grüne Bericht“ ist die Visitenkarte der Leistungen der Bäuerinnen und Bauern in diesem Land. Der „Grüne Bericht“ ist aber auch ein Zeugnis für das gut funktionierende Kammersystem in der Land- und Forstwirtschaft sowie ein Zeugnis für die politisch Verantwortlichen in diesem Land, die die Rahmenbedingungen schaffen, auf die wir alles aufzubauen haben.

Neben der Schwerindustrie, neben der Tourismuswirtschaft hat gerade die Land- und Forstwirtschaft eine große Veränderung hinnehmen müssen. In der Nachkriegszeit galt es europaweit, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. In den achtziger Jahren stiegen die Überschüsse in den einzelnen Produktionssparten massiv an. Gleichzeitig sank die Akzeptanz der traditionellen Agrarpolitik. Und Anfang der neunziger Jahre wurde dadurch eine grundlegende Änderung der Agrarpolitik notwendig. Auf Grund der WTO-Abkommen musste eine interne Umstrukturierung erfolgen, die internen Stützungen um 20 Prozent, die subventionierten Exportmengen um 21 Prozent, die Exportstützungen um 36 Prozent, die Zölle und nicht tarifären Handelsbarrieren ebenso um 36 Prozent reduziert werden und gleichzeitig der Marktzutritt um 5 Prozent ausgeweitet werden.

Sehr beeindruckend ist die gesamtwirtschaftliche Darstellung in diesem „Grünen Bericht“ und es gebührt dem Verfasser, Herrn Oberlandwirtschaftsrat Dipl.-Ing. Franz Hammer, und allen, die daran mitgearbeitet haben, die große Anerkennung dieses Hauses. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die Tabellen sind ein Nachschlagewerk, welche übersichtlich und auch leicht verständlich dargestellt wurden. Besonders lobend erwähnen möchte ich das Umweltprogramm ÖPUL, wo gerade die steirische Landwirtschaft überdurchschnittlich am österreichischen Durchschnitt eingestiegen ist. Der Verzicht auf Betriebsmittel, Handelsdünger, Chemie, wasserschonende Wirtschaftsweisen, insbesondere die Winterbegrünung Alp und Mahd von der Steil- und Ökofläche, gerade für den Bereich Tourismus nicht mehr wegzudenken. Das ÖPUL-Programm 95 wurde auf das ÖPUL-Programm 98 und dann in der Folge 2000 wesentlich verbessert. 31 verschiedene Maßnahmen werden jetzt den Bauern angeboten. Im Vergleich zu 1995 hin auf das Jahr 2001 aus österreichischer Sicht bedeutet das, dass 70 Millionen Euro mehr an die österreichischen Bauern im Rahmen des ÖPUL-Programmes ausbezahlt werden. Die hohe Akzeptanz dieser Förderungsmaßnahmen in der steirischen Landwirtschaft stellt sich 2001 folgendermaßen dar:

Mit 25.019 Betrieben nahmen 55 Prozent aller Betriebe mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche am ÖPUL teil. Diese Betriebe bewirtschaften rund 280.830 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, ohne Almen. Das sind 74 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Kleinstrukturiertheit der steirischen Land- und

Forstwirtschaft wird auch in der Aufteilung der Förderungsfälle nach Prämienklassen sehr deutlich. Demnach liegen, werte Damen und Herren, 91 Prozent der Förderungsfälle in der Steiermark in den beiden untersten Prämienklassen, nämlich von 0 bis 7266 Euro. Im Durchschnitt erhält jeder Betrieb einen Betrag von 2183 Euro. Etwa 8 Prozent der ÖPUL-Förderungsfälle lagen in der dritten Prämienklasse, nämlich von 7267 bis 14.535 Euro, was einen Schnitt von 9600 Euro betrug.

Im Bereich der Strukturverbesserung wurde umfangreich an der Entwicklung und Anpassung des ländlichen Raumes gearbeitet.

Die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Lebensmittelproduktion ist gesichert. Dadurch konnte sowohl der Heimmarkt erfolgreich verteidigt als auch Exporte massiv ausgebaut werden. Über Einladung des Agrarreferenten Landesrat Erich Pörtl konnten die Mitglieder des Landwirtschaftsförderungsbeitrates in Sankt Peter am Ottersbach – ich danke dir dafür, Erich – diesen Ferkelaufzuchtbetrieb besichtigen.

Im Rahmen der Agenda 2000 ist es gelungen, die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes als zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik zu verankern. Der ländliche Raum braucht eine starke Region. Aus diesem Grund wurden verschiedene Regionalprogramme entwickelt. Damit ist es aber gelungen, die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen der Landwirtschaft und der Wirtschaft zu verbessern und die Wertschöpfung in den Regionen zu erhöhen. Ich denke in diesem Zusammenhang an zwei sehr erfolgreiche Modelle. Das eine Landwirtschaft – Wirtschaft Job in Job und auf der anderen Seite ein ganz neues Projekt, das gerade in der Obersteiermark in der Gemeinde Sankt Oswald-Möderbrugg entstanden ist, wo alte Menschen ihren Lebensabend mitten in der Natur auf einem Bauernhof verbringen können, nämlich Altenpflege am Bauernhof, wenn die Voraussetzungen dafür zutreffen. In diesem Fall ist die Bäuerin eine Diplomkrankenschwester.

Über das österreichische Programm für Entwicklung des ländlichen Raumes wurden im Zeitraum 2000 bis 2006 rund zwei Drittel aller öffentlichen Gelder, die für die Land- und Forstwirtschaft in Österreich abgegeben werden, abgewickelt. Damit sollen die Basis für intakte ländliche Räume verbessert und wichtige Impulse für die Wirtschaft und den Lebensraum in ländlichen Regionen geschaffen werden. Denn nur attraktive und aktive ländliche Regionen bieten Voraussetzungen dafür, dass die Bevölkerung und die Beschäftigung erhalten bleiben und den Landwirten auch eine sichere Existenz gegeben wird.

Einen sehr wichtigen Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang auch ansprechen, weil er auch im „Grünen Bericht“ hervorkommt, nämlich die ländlichen Wegenetze. In einem Unterausschuss am 6. November 2002 haben wir diese umfangreiche zielorientierte Arbeit bereits gemeinsam aufgenommen und ich danke in diesem Zusammenhang heute schon allen Fraktionen, die mit großem Interesse dort mitarbeiten und wir werden gleich zu Beginn des neuen Jahres die Arbeit fortsetzen, in Einbeziehung des Städte- und Gemeindebundes, der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, der Abteilungen 7A und 18D. Es geht dabei in diesem Zusammenhang – und da sind wir uns einig – auch um einen Generationsvertrag. Mit der Tatsache, dass im vergangenen Jahr 15.086 Pensionsbezieher, auch aus dem „Grünen Bericht“ klar ersichtlich, das sind 39 Prozent der bäuerlichen Pensionisten, eine Ausgleichszulage erhielten, liegt unser Bundesland Steiermark österreichweit an der Spitze. Dieser hohe Anteil der Ausgleichszulagenempfänger an der Gesamtzahl der bäuerlichen Pensionisten ist in erster Linie in der Kleinstruktur der heimischen Land- und Forstwirtschaft begründet, denn im Durchschnitt werden bei einem Einheitswert von 7267 Euro kaum mehr Ausgleichszulagen gewährt. Auch hat die Bundesregierung mit der Absenkung des fiktiven Ausgedinges den richtigen Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Die Solidarität der Gesellschaft mit den Bauernpensionisten muss natürlich gegeben sein.

Zum Thema landwirtschaftliches Schulwesen möchte ich erwähnen, dass wir in der Steiermark insgesamt 37 land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen haben und im Berichtszeitraum 2324 Schülerinnen und Schüler diese Schulen besucht haben. Ich fasse zusammen und ziehe Bilanz aus diesem umfangreichen Bericht und ich danke dir, Herr Landesrat Erich Pörtl, für deine Arbeit, die du mit großer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit für den ländlichen Raum tagein und tagaus erbringst. Wir wollen eine flächendeckende Landwirtschaft im Voll-, Zu- und Nebenerwerb unter besonderer Berücksichtigung der Kleinstrukturiertheit der steirischen Landwirtschaft sowie der natürlichen Gegebenheit in den Berggebieten und benachteiligten Randzonen. Es geht um die Sicherung der ökologischen Ausgleichsfähigkeit der ländlichen Räume, insbesondere durch Erhalt der Bewirtschaftung in den von der Natur benachteiligten Gebieten sowie um Unterstützung von naturgerechten extensiven Wirtschaftsweisen. Wir müssen eine aktive Preis- und Einkommenspolitik in Abstimmung mit der EU natürlich auch vollziehen. Wir sind für eine Weiterentwicklung der Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten für Landwirte durch Qualifizierung sowie durch Diversifizierung der landwirtschaftlichen Tätigkeit auch mit dem Ziel der Rückführung zum Vollerwerb. Im Zuge der EU-Osterweiterung, so sehen es wir, dürfen natürlich auch wichtige Prinzipien nicht aus den Augen verloren werden. Freier Warenverkehr bei Agrarprodukten erst dann, wenn die Umwelt-, Veterinär-, Hygiene- und Tierschutzstandards tatsächlich zur Gänze erfüllt sind. Bei deutlichen Preis- und Lohnunterschieden bei Agrar- und Verarbeitungsprodukten ist ein Regulativ, die 10-Prozent-Klausel einzuführen, damit die heimischen Produkte nicht erheblich gefährdet sind. Bei der Festlegung der Mengenregulative, Quotenreferenzflächen und Referenzbestände ist auf das Marktgleichgewicht Bedacht zu nehmen. Anzustreben sind Maßnahmen zur Kostensenkung sowie verstärkte Förderung wettbewerbsfähiger Betriebsstrukturen, Schweine, Obst, Milch, wobei ein Kostengleichgewicht innerhalb der EU anzustreben ist. Ein lang ersehnter Wunsch, die Wiedereinführung der Mineralölsteuerrückvergütung durch die Flächenprämie und schlussendlich Ausbau aller möglichen Zusammenarbeitsformen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Verarbeitung und Vermarktung.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein sehr treffender Satz, den vor kurzem EU-Agrarkommissar Franz Fischler in einem Interview sagte. Er sagte: „Bauern macht euch die Erde untertan!“ Kolleginnen und Kollegen, ein schönes Wort, ein schöner Satz, nur wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, wenn die Rahmenbedingungen von der Politik nicht geschaffen werden, dann wird es nicht zu vollziehen sein. Die Land- und Forstwirtschaft ist bereit, sie sucht Partner, Partner in der Wirtschaft, aber der wichtigste Partner ist für uns der Konsument! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung von Frau Abgeordneter Zitz. Bis die Frau Abgeordnete am Rednerpult eingetroffen ist, habe ich die Möglichkeit eine Begrüßung vorzunehmen.

Ich begrüße die Schülerinnen des 2. Jahrganges der Fachschule für ländliche Hauswirtschaft Großlobming unter der Leitung von Frau Fachschuloberlehrerin Anna Arch, Frau Fachlehrerin Ingrid Moser und Frau Fachschuloberlehrerin Maria Riegler. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.00 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich habe zwei Wunschorstellungen zur Agrarpolitik. Erstens, wenn wir über Agrarpolitik reden, möchte ich es einmal erleben, dass die ganze Regierungsbank besetzt ist. Das möchte ich ein einziges Mal erleben, weil ich denke, Agrarpolitik ist in unserem grünen Verständnis eng verbunden mit Arbeitsmarktpolitik, ist eng verbunden mit Sozialpolitik, ist eng verbunden mit Wirtschaftspolitik und natürlich auch eng verbunden mit Frauenpolitik, wenn man weiß, dass in so genannten Nebenerwerbslandwirtschaften sehr oft die Frauen es sind, die das Werkel am Laufen halten.

Und das Zweite: Ich möchte einmal, dass wir eine Agrardebatte führen – und ich werde das selber leider auch nicht immer zusammenbringen –, wo wir den Begriff „Förderung“ nicht mehr verwenden, sondern wo wir sagen, es geht darum, dass wir schlichtweg gerechte Preise für gute Produkte zahlen und dass man die Leute, die in der Landwirtschaft berufstätig sind, endlich wegbringt aus der Position der Förderwerber und -werberinnen und dass die Leute, die da in der Politik tätig sind, endlich sich großen und globaleren Fragestellungen annehmen können und nicht dauernd über irgendwelche bitzeligen kleine Fördermodalitäten reden müssen.

Ein Punkt noch, da kann ich anschließen an meinen Vorredner, an den Herrn Kollegen Rieser. Wie Sie vorher über die Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher und -bezieherinnen geredet haben, dass die Anzahl in der Steiermark groß ist, habe ich mir gedacht, gerade die soziale Situation von Frauen und Männern im ländlichen Raum ist für mich toll, um zu zeigen, wie wichtig ein grünes Grundsicherungsmodell wäre. Es ist nämlich ziemlich egal, welche Tätigkeit man im Leben gemacht hat, den Leuten steht es ab einem bestimmten Alter einfach zu, finanziell auf einem gewissen Niveau abgesichert zu sein. Das ist über weite Strecken überhaupt nicht gegeben, noch einmal verschärft, für Frauen nicht gegeben, im ländlichen Raum, die einfach auf Grund von Mehrfachbelastungen nicht im klassischen erwerbstätigen Sinne berufstätig sein haben können und trotzdem das ganze Leben lang ziemlich aufwändig, ziemlich anstrengend „geschöpft“ haben.

Herr Kollege Rieser, nachdem Sie auch etwas gesagt haben, was ich sehr interessant finde und auch sehr unterstützen möchte, nämlich die Rückführung in den Vollerwerb als politisches Ziel. Das ist eines der wichtigsten, glaube ich, um strukturschwache Regionen wieder zu attraktivieren. Dazu eine kurze Bestandsaufnahme österreichweit. Es gibt in der Land- und Forstwirtschaft innerhalb von nur einem Jahr – 2000 auf 2001 – einen Rückgang von Arbeitskräften von minus 2,35 Prozent. Und das Zweite, in diesem Zeitraum haben wir in Österreich 3,35 Prozent der Betriebe durch Konzentrationen, durch Zusammenlegungen verloren, die beim besten Willen in vielen Fällen nicht freiwillig gelaufen sind, sondern wo man einfach so unter Druck gekommen ist, dass man gesagt hat, wir müssen da Schritte in diese Richtung machen.

Dieses Thema Agrarpolitik, „Grüner Bericht“, der übrigens inhaltlich ausgezeichnet und sehr präzise ist, ist für mich auch eine schöne Möglichkeit, einmal die Berührungspunkte und die kräftigen Differenzen zwischen den Grünen und der ÖVP herauszuarbeiten, passt ausgezeichnet, weil Sie ja wissen, wie derzeit die bundespolitische Lage ist. Ich möchte das anhand von einigen Themen machen:

Wo ich die ÖVP viele Jahre nicht verstanden habe und jetzt mit Überraschung sehe, dass sie doch einschwenkt, das ist ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. Ich habe nachher die Möglichkeit, im Namen von allen vier Parteien, einen Entschließungsantrag zu stellen, unterstützt von Herrn Lopatka, Herrn Schrittwieser und Frau Dietrich, auf ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz. Das ist ein Wunsch, der seit Jahrzehnten von Leuten in Österreich forciert wird, und zwar einfach, weil sie es satt haben, dass es in Österreich ungefähr 600 unterschiedliche Tierschutzbestimmungen gibt – von den Artikel-15-a-Verordnungen über die neun Tierschutzgesetze bis zu detailverliebten Forderungen, die den Leuten, die mit Tieren zu tun haben, das Leben unglaublich schwer machen.

Ich habe jetzt kurz vor dem Wahlsonntag gehört, dass die Bundes-ÖVP da einschwenkt. Kurz nach dem Wahlsonntag haben zu meiner völligen Überraschung der Herr Bauernbundchef, Herr Grillitsch, ein Steirer, und auch der Landwirtschaftskammerpräsident Schwarzböck gemeint, nein, sie wollen eigentlich ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz nicht. Und ich finde es erfreulich, dass die steirische ÖVP im Landtag jetzt sozusagen einen Beharrungsbeschluss gegen ihre Leute in der Chefetage im Landwirtschaftsbereich durchführt. (Abg. Riebenbauer: „Wenn ihr das so interpretiert!“)

Herr Kollege Riebenbauer, es ist ein Anliegen und ich wünsche mir, dass die ÖVP endlich in Sachen Tierschutz eine Linie fährt. Ich denke, es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Fachleuten auszutauschen und ich habe bis jetzt beim besten Willen noch niemanden gefunden – auch große Föderalismusanhänger –, der mir erklärt hätte, warum es sinnvoll ist, dass es so viele verschiedene Gesetzesbestimmungen gibt. Und wenn die steirische ÖVP da einen Schritt in Richtung Unterstützung macht, glaube ich, wird es auch bei ihren Leuten im Bund durchaus als eine Art „Coaching“ angenommen werden.

Jetzt konkret zur Landwirtschaftskammer. Wir haben derzeit Verhandlungen zu einem neuen Land- und Forstwirtschaftskammergesetz. Die Anzahl der Arbeitskräfte, des Rückganges und die Reduktion bei der Anzahl der Betriebe habe ich vorher ausgeführt. Sie wissen, dass die Landwirtschaftskammer mit ihrer Politik teilweise auch schwer kritisiert wird, etwa dafür kritisiert wird, dass man sehr oft sehr konventionelle Beratung macht, dass der Umweltflügel innerhalb der Kammer leider nicht so zu Wort kommt und an die Tat gelassen wird, wie es notwendig wäre. Ich denke, die Bemühungen vom Herrn Dr. Kopetz sind wirklich österreichweit legendär. Und ich bin ziemlich sicher, dass hier im Landtag die Namen Riegler und Kopetz von Seiten der Grünen möglicherweise öfter fallen – das ist eine Vermutung – als von Seiten der ÖVP.

Andererseits denke ich mir, um eine klare inhaltliche Ausrichtung der Landwirtschaftskammer durchzuführen, wäre es sinnvoll – und das habe ich im letzten Unterausschuss eingebracht –, bei diesem Kammergesetz eine Präambel zu verfassen, die die Ziele der Landwirtschaftskammerpolitik in der Steiermark definiert und die die grünen Pflänzlein, die es innerhalb der Kammer gibt, die ich jetzt im Positiven auch herausstreichen möchte, weiter unterstützt.

Diese Zielvorgaben in einer Präambel sollten aus meiner Sicht sein: Stärkung der Alternativenergien, da gibt es Fachleute. Dieser Biomasseantrag, den wir später mit der ÖVP zusammen auch sehr gern unterstützen werden, aus Klimaschutzgründen, ist, glaube ich, sehr wohl eines der Resultate einer konstruktiven Agrarpolitik, die in der Steiermark ihre Wurzeln hat und die österreichweit immer wieder auffallend positiv wahrgenommen wird.

Ein zweiter Punkt in dieser Präambel sollte die Frage Arbeitsplatzsicherheit im ländlichen Raum sein, also auch Formen der Erwerbstätigkeit in der Region zu sichern, junge Leute am Hof zu behalten und ihnen gleichzeitig eine gute, moderne Qualifikation anzubieten.

Und das dritte Element ist eigentlich ein inhaltlicher Dauerbrenner, nämlich Gentechnikverzicht in der steirischen Landwirtschaft. Es gibt dazu einen Gesetzesentwurf von der ÖVP zum Naturschutzgesetz, wo festgehalten ist, das Aussäen und Aussetzen gentechnisch veränderter Organismen in der Natur sei verboten, also keine Genpflanzen im steirischen Boden.

Ich habe es gut gefunden, dass die ÖVP uns diese Regierungsvorlage im Ausschuss zur Debatte weitergegeben hat und ich hoffe sehr stark, dass alle Fraktionen auch bei dieser Linie bleiben.

Eines noch, was uns ein besonderes Anliegen ist: Es schaut so aus, dass die Biobetriebe in der Steiermark tatsächlich wieder ganz leicht zunehmen – diese Zahl kann man dem „Grünen Bericht“ entnehmen. Und nachdem ich viele Jahre dagestanden bin und jedes Jahr gesagt habe, die Zahl geht zurück, gibt es jetzt eine zarte Aufwärtstendenz. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass leider Gottes die Förderung für Biobetriebe – jetzt nehme ich das Wort Förderung leider auch selber in den Mund – von 1,7 Milliarden Euro auf 1,4 Milliarden Euro rückgestuft worden ist. In dem Moment, in dem wir gerechte Preise hätten und einen respektvollen Umgang mit Menschen im ländlichen Raum, plus dem, was die Menschen dort produzieren, plus starken Elementen von Tierschutz, starken Elementen von Arbeitsplatzsicherung, starken Elementen von Konsumenten- und Konsumentenschutz würden wir endlich aus dieser unglaublichen Förderungsspirale herauskommen, wo man sich immer mehr rauflizitiert.

Und deswegen, wie gesagt, wäre meine Vision von einer zeitgemäßen Agrarpolitik in der Steiermark eine volle Regierungsbank, wo wirklich jedes Regierungsmitglied bereit ist, in seinem oder ihrem Ressort etwas beizutragen.

Es gibt seit einigen Jahren Initiativen, die auch von allen Parteien getragen wurden, auch von der SPÖ und teilweise von den Freiheitlichen engagiert mitgetragen wurden, zum Ankauf von Bioprodukten und Transfairprodukten im öffentlichen Sektor. 25 Prozent sind da vorgesehen. Ich denke, was wir immer von der Bevölkerung wollen, nämlich sozial und ökologisch sinnvoll einzukaufen, gilt es auch zu verwirklichen in den Lehrlingsheimen, in den Krankenanstalten, in den Altenheimen und auch in unseren politischen Büros, nämlich Genuss von fair gehandeltem Kaffee und entsprechenden Produkten.

Den Entschließungsantrag „Bundeseinheitliches Tierschutzgesetz“ bringe ich noch im Namen aller Landtagsfraktionen ein.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, rasch alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, damit ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz im Nationalrat verabschiedet werden kann. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.12 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Kaufmann. Sie sind bereits am Wort. (Abg. Gennaro: „Sie ist am Weg, nicht am Wort!“)

Abg. Kaufmann (11.12 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Gäste!

Der „Grüne Bericht“ 2000 bis 2001 liegt vor und ich kann mich der Wortmeldung von Peter Rieser so weit anschließen, dass es ein wirklich gutes Nachschlagewerk für die Situation in der Landwirtschaft ist. Ein herzlicher Dank auch von meiner Fraktion und von mir an jene, die diesen Bericht recherchiert und geschrieben haben, vor allem Herrn Dipl.-Ing. Franz Hammer. Ich bin ja selbst im Redaktionsteam, und zwar seit 1998. Es ist dies der siebente „Grüne Bericht“, denn seit 1994 wird er auf Wunsch ja nur mehr alle zwei Jahre von uns geschrieben. Von den 15, die damals im Redaktionsteam angefangen haben, sind eigentlich nur mehr wir zwei, Herr Landesrat Pöttl und Herr Dipl.-Ing. Dr. Kopetz, dabei. Ich glaube, ich bin dort auch kein sehr angenehmes Mitglied, weil ich eben immer wieder Vorschläge und Kritikpunkte einbringe. Leid tut mir auch – ich weiß nicht, ob Herr Dipl.-Ing. Hammer da ist –, dass er auch dieses Mal wieder eine Nachtschicht einlegen musste, damit der „Grüne Bericht“ für den Landwirtschaftsbeirat fertig wird. Vielleicht ist es doch einmal möglich die Redaktionsitzung früher einzuberufen, damit man ein bisschen mehr Zeit hat und den armen Diplomingenieur nicht so plagen muss mit einer Nachtschicht. Ich habe den Vorrednern zugehört und ich bin der Meinung, speziell beim Peter Rieser, es ist eben immer eine Frage, wie liest man so einen Bericht, vor allem was liest man. Ich bin zum Leidwesen meiner Familie eine Sammlerin und behalte eigentlich alles an Unterlagen auf und habe dadurch auch sehr viele Vergleichszahlen. Ich habe es da auch nicht so leicht wie die Kollegen von der ÖVP, die haben es da leichter, die haben eine Kammer, die haben ein Regierungsbüro, die haben ein Ministerbüro, die alles aufbereiten, was sie sagen müssen und vor allem, was sie sagen dürfen. Das merkt man auch bei der Interpretation des „Grünen Berichtes“. Wenn ich jetzt höre, dass dort alles eigentlich recht toll ist und dass die Einkommen in der Landwirtschaft so im Durchschnitt um 6 Prozent gestiegen sind, dann mag das in der Gesamtbetrachtung aller Betriebe schon stimmen, wenn ich aber die Betriebe einzeln betrachte und die verschiedenen Betriebsstrukturen gegenüberstelle, dann schaut das wieder ganz anders aus. Auch wenn man aufzählt, wie viel ein Betrieb im Durchschnitt an Förderung bekommt. Dann wird immer gesagt, im Durchschnitt bekommen alle Betriebe so viel an Einkommen dazu, man sagt aber nicht dazu, damit man den Durchschnitt herausbekommt, müssen sehr viele sehr viel mehr verdienen, da müssen sehr viele sehr viel mehr Förderung bekommen und müssen auch sehr viele auch viel weniger kriegen.

Da fällt mir dann immer wieder der Vergleich mit einem Unternehmen ein. Der Generaldirektor verdient 90.000 Schilling, die Putzfrau verdient 10.000 Schilling, miteinander haben sie 100.000 Schilling, das heißt, im Durchschnitt verdient dort im Betrieb jeder 50.000 Schilling. Nur, deswegen hat der Generaldirektor noch immer seine 90.000 Schilling und die Putzfrau noch immer ihre 10.000 Schilling.

So werden die Vergleiche geschrieben in dem „Grünen Bericht“ und das finde ich nicht richtig. Schaut euch einmal die Tabelle auf Seite 190 an. Es sind eigentlich nur drei Betriebsarten oder Betriebsparten, die über Bundesmittel bekommen, vier liegen unter den Bundesmitteln. Was ist mit denen? Haben die einfach nur ein Pech gehabt oder ist es vielleicht doch die falsche Art der Förderung. Ich kann mich da auf sehr weiten Strecken mit Frau Kollegin Zitz einverstanden erklären mit den Förderungen. Wie könnte man es sich sonst erklären, dass laut „Grünem Bericht“ im Jahr 1995 und ich habe den „Grünen Bericht“ da, die Zahlen sind ja, wenn man die Berichte so liest, sehr unterschiedlich, einmal werden sie so interpretiert, einmal so.

Im Jahre 1995 hat es in der Steiermark 58.100 Betriebe gegeben, sie sind bewirtschaftet worden. Im Jahr 1999, laut dem letzten, dem heutigen „Grünen Bericht“, sind es aber nur mehr 48.500 Betriebe. Und das sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, um 10.000 Betriebe weniger. 10.000 Betriebe innerhalb von vier Jahren weniger! Jetzt haben wir aber schon drei Jahre später, die Zahlen schauen jetzt ja noch viel schlimmer aus. Die Zahlen sprechen eine Sprache für sich und die passen nicht ganz zu euren Jubelmeldungen und die widersprechen natürlich auch der Argumentation, die ganz bestimmt noch kommen wird, entweder vom Kollegen Riebenbauer oder vom Kollegen Pöttl, dass ich die bin, die die Landwirtschaft krankjammert. Ihr macht genau das Gegenteil, ihr wollt die Landwirtschaft gesundbeten und das funktioniert eben auch nicht, denn die Zahlen beweisen das. (Abg. Riebenbauer: „Beten hat noch nie geschadet, Frau Kollegin!“) Das Beten alleine hilft in dem Fall auch nichts, da müsstet ihr zuerst einmal umdenken. (Beifall bei der SPÖ.)

Vom Beten haben diese 10.000 Betriebe und die Menschen, die dort gearbeitet haben, nichts mehr. Die können nur mehr schauen und beten, wie sie jetzt herauskommen, wo sie jetzt einen anderen Arbeitsplatz finden. Gesundbeten kannst du die nicht mehr! Und es sind alles kleine Betriebe, unter 20 Hektar, die aufhören. Diese 10.000 Betriebe sind fast ausschließlich unter 20 Hektar. Die Zahlen zwischen 20 und 50, die bleiben ziemlich gleich. Es sind Betriebe über 100 und über 200 Hektar, die zunehmen und zwar im gleichen Zeitraum um 21 Prozent. Das macht mich auch nachdenklich. Das heißt, der Große frisst den Kleinen. Es ist unklar und das wäre vielleicht eine Anregung für den „Grünen Bericht“, es wäre nämlich interessant zu wissen, wie viel Prozent der Fläche bewirtschaften diese Großen und wie viel Prozent der Fläche bewirtschaften die Kleinen. Die ÖVP-Formel „wachsen und weichen“ ist also aufgegangen. Es sind 10.000 in vier Jahren gewichen und es sind die Großen 21 Prozent gewachsen. Ohne jetzt utopisch sein zu wollen, man braucht nur rechnen, wenn es nicht gelingt, den Vorgang zu stoppen, wenn der mit der Geschwindigkeit weitergeht, dann heißt das, dass es im Jahr 2020 nur mehr eine Hand voll Betriebe geben wird. Die Kleinen sind weg. Die werden dann weg sein und eine Hand voll Betriebe wird übrig bleiben. Und wenn ihr mir das nicht glaubt, dann darf ich wieder einmal – und ich glaube nämlich, dass das schon ein bisschen gewollt auch ist – Herrn DDR. Leidwein vom Bauernbund, weil er so offen ist, irgendwo in einem Besenammerl des Ministeriums höchstwahrscheinlich verstaubt, zitieren, er sagt in einem öffentlichen Zeitungsartikel: „Betriebe bis zu 10.000 Hektar brauchen keine Förderung mehr, das sind Selbstversorger und keine Förderung macht sie zu einem lebensfähigen Vollerwerbsbetrieb.“ Er sagt nicht, dass die Betriebe die sind, die das Grünland und unsere Kulturlandschaft erhalten. Es sagt, Betriebe zwischen 10 und

30 Hektar sind Auslaufbetriebe und er sagt weiter, nur 20.000 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich, nicht in der Steiermark, haben mittelfristig, also nicht einmal langfristig, sondern mittelfristig die Möglichkeit ein Familieneinkommen für einen Vollerwerbsbetrieb zu erwirtschaften. Das sagt der DDr. Leidwein vom ÖVP-Bauernbund.

Ich darf vielleicht erklären, was Vollerwerbsbetrieb ist. Vollerwerbsbetrieb steht immer im Vordergrund, man hat es auch gehört. Und gerade für die ÖVP steht der Vollerwerbsbetrieb immer im Vordergrund, auch im „Grünen Bericht“ – man kann das nachlesen –, seitenweise wird darüber geschrieben.

Nebenerwerbsbetriebe sind jene, die außerlandwirtschaftlich ein Einkommen erarbeiten. Das sind für die ÖVP immer so ein bisschen Mitläufer, bisschen Auslaufbetriebe, da wird eh nicht viel, die hören eh auf. Also keine so richtigen Bauern.

Nun werden aber immer wieder und immer mehr Nebenerwerbsbetriebe. Also die Zahl ist ständig steigend, weil das Einkommen am Betrieb einfach nicht mehr ausreicht.

Vor ein paar Jahren hat es noch drei Begriffe gegeben, es hat den Vollerwerbsbetrieb gegeben, den Zuerwerbsbetrieb und den Nebenerwerb.

Und damit jetzt nicht, weil es müssen auch natürlich ÖVPLer dazuverdienen, damit sie einen Betrieb weiterführen können, zu viele Bauernbündler Nebenerwerbsbauern sein müssen und damit man die Zahlen für die Vollerwerbsbetriebe ein bisschen schönen kann, hat man den Begriff Zuerwerb einfach abgeschafft und hat jetzt eine kompliziertere Berechnung dafür, dass aus dem Zuerwerbsbauern eben ein Vollerwerbsbauer wird.

Damit das ein bisschen leichter verständlich wird, weil der Großteil herinnen sind ja Nichtbauern, darf ich das vielleicht so erklären: Nehmen wir einmal einen Kammerobmann zum Beispiel her– und davon gibt es ja in jedem Bezirk einen –, der bekommt für seine aufopfernde und zeitraubende Aufgabe, jetzt so mit Kilometergeld und mit allem Drum und Dran, das ist jetzt kein Neid, das ist nur einfach so, ungefähr 20.000 Schilling bezahlt. Er wird aber als Vollerwerbsbauer geführt, weil es eigentlich keine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit und auch kein Beruf ist. Ein Fabrikarbeiter, Handwerker, Eisenbahner, also mit einem Einkommen von, sage ich jetzt einmal, verwende ich auch einen Durchschnittsbegriff, von 13.000 bis 15.000 Schilling, ist aber ein Nebenerwerbsbauer, weil er außerlandwirtschaftlich tätig ist. Also so macht man da die Unterschiede.

Es sind halt die vielen kleinen Betriebe, die zwar unsere Kulturlandschaft erhalten und pflegen, die aber den Strukturwandel, ich möchte sagen der falschen Förderung, zum Opfer fallen. Und es bleibt Ihrer Fantasie überlassen, wie dann wohl unsere Kulturlandschaft ausschauen wird, wenn eben gerade in den Ungunstlagen aufgefördert wird. Ich brauche nur mein eigenes Tal anschauen, das Vordernberger Tal, ungefähr 30 Kilometer lang, da sind ungefähr noch vier Bauern.

Ich glaube kaum, dass bei Weiterführung dieser Agrarpolitik und vor allem der Gesinnung der ÖVP-Agrarpolitik und der Berufsvertretung eine Verbesserung der Situation eintreten wird. Die Berufsvertretung sagt, wir müssen uns auf diesen Strukturwandel einstellen, und zwar sagen sie das wörtlich, ich habe das nicht erfunden. Einstellen auf verstärkten Strukturwandel ist das, was die Landwirtschaftskammer dagegen aufführt, nicht kämpfen um jeden Betrieb, sondern aufhören lassen.

Wie Sie ja schon gehört haben, Jubelmeldung, es geht der Landwirtschaft gut, es läuft mit dem ÖPUL so gut und sie haben Gewinne, also die Einkommen sind gestiegen. Da gefällt mir das, was der Herr Schwarzböck sagt, nämlich, gebt uns 3 Milliarden für die Zukunft – also das ist das Wahlverlangen vom Herrn Schwarzböck – und wir verteilen das weiter so, wie wir das wollen. Das heißt, dass weiterhin 80 Prozent der Mittel zu 20 Prozent der Bauern kommen, so wie es eben EU-weit passiert und nur ja keine Reform zulassen, weil reden tun da nur wir – und das seit Jahrzehnten, mit dem Erfolg, dass die Bauern sterben.

Euer eigener EU-Kommissar, der ehemalige ÖVP-Landwirtschaftsminister Fischler, hat die Alarmglocken läuten gehört und er wollte eine Reform einführen, die nicht einmal diskutiert worden ist. Sie ist sofort von Österreich gestoppt und boykottiert worden. Der österreichische Landwirtschaftsminister Molterer hat sich da mit dem französischen Agrarminister zusammengesetzt und es war schon ein eigenartiges Bild, der französische Agrarminister mit riesigen landwirtschaftlichen Betrieben im Hintergrund, mit riesigen Förderungen, und der österreichische Landwirtschaftsminister mit einer relativ klein strukturierten Landwirtschaft ziehen an einem Strick. Wir Österreicher, wir hätten von der Reform profitiert.

Von euch sind dazu nur Schreckgespenster an die Wand gemalt worden. Wir haben nicht einmal darüber diskutiert. Es waren sehr viele Punkte. Allein das, wie du, Frau Kollegin Zitz, sagst, die vielen verschiedenen Förderungen. Dort war die Möglichkeit, von sechs aus 36 – in Worten: sechsunddreißig – verschiedenen Förderungen eine einzige zu machen. Sogar die Experten in der EU sind nicht mehr imstande, die gesamte gemeinsame Agrarpolitik GAP zu durchschauen.

Die EU-Ostöffnung wird wahrscheinlich das Bauernsterben nicht verhindern, im Gegenteil, der Kuchen, sprich das Agrarbudget, wird nicht größer, es schneiden nur sehr viel mehr ein Stück davon ab. Das heißt, das Kuchenstück wird auch für Österreich kleiner.

Ganz habe ich das nicht verstanden – ich habe die Zahlen verglichen –, Kollegin Zitz, mich hat es sogar geschreckt, denn auch die Zahlen der Biobetriebe sind gegenüber 1999 gesunken. In der Steiermark sind 1999 3350 Biobetriebe gezählt worden – steht wörtlich drinnen – und 2001 nur mehr 3220, also sehr wohl auch ein Rückgang. Und ich darf vielleicht die Herren von der ÖVP und auch dich, Herr Landesrat, wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass im Steiermärkischen Landwirtschaftsgesetz 1993 der Ausbau und die Erhaltung des bio-

logischen Landbaus als Zielbestimmung formuliert ist. Gemäß Paragraph 2 Ziffer 8 litera b gilt es, die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, insbesondere solchen aus biologischem Landbau, zu sichern.

Sehr geehrter Herr Landesrat Pörtl und werte Herren Bauernbündler, ich brauche seit 1991 immer nur Herren sagen, weil bei der ÖVP gibt es keine Frauen in der Agrarpolitik. (Abg. Riebenbauer: „Stimmt nicht!“) Wo sitzt da eine? Ich sehe keine. Also in der Gesetzgebung sind sie nicht.

Es werden immer weniger Biobauern. Ihr kommt dem Gesetzesauftrag nicht nach. Es gibt keine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit biologischen Lebensmitteln. Es ist für mich immer unverständlicher, dass ihr damals den Antrag für ein Leitbild biologischer Landbau abgelehnt habt. Es gibt für euch einfach keine Umorientierung und es ist zu befürchten, dass ihr auch in Zukunft euer Hauptaugenmerk bei den Förderungen auf die Produktionsmenge anstatt auf die Produktionsqualität legt.

Nur, ich verspreche euch, meine Fraktion und ich werden nicht müde werden, euch immer wieder aufzufordern, umzudenken. Ich weiß, wir haben Verbündete in der EU, die, so wie wir, die Biobetriebe, den Arbeitsaufwand am Betrieb und den Arbeitsplatz am Bauernhof im Vordergrund der Förderungen sehen, die die Konsumenten, Naturschützer und Tierschützer nicht als Gegner sondern als Partner sehen, als einen Teil jener, die die öffentliche Hand repräsentieren, von der letztendlich das Geld für die Förderung der Landwirtschaft kommt. Sie haben dadurch auch ein Mitspracherecht und werden und sollen dieses auch nutzen. Ich scheue mich nicht zu sagen, man darf die Agrarpolitik nicht allein den Agrarpolitikern überlassen, denn die Folgen, wie man ja sieht – für die ÖVP, seit Jahrzehnten trägt ihr die alleinige Verantwortung für den Strukturwandel und das von euch verleugnete Bauernsterben. Es ist für alle sichtbar und wird durch eure Starrheit und durch eure Unbeweglichkeit nur noch beschleunigt.

Ich sehe da zwar jetzt das Lamperl blinken, aber einen Satz möchte ich doch noch zum Peter Rieser sagen, der die Sozialversicherung so sehr gelobt hat, obwohl er weiß, dass genau diese Beiträge eine enorme Belastung für die Betriebe darstellen, dass alles auf dem Rücken der Bauern, und vor allem der kleinen Bauern, versucht wird, um die defizitäre Anstalt zu erhalten. 140 Millionen Euro Schulden, das ist sehr viel Geld, 1,9 Milliarden Schilling sind das, hat die Anstalt, von der ich sehr oft das Gefühl habe, sie wird nur aufrechterhalten, damit sehr viele kleine Betriebe im Verhältnis sehr viel bezahlen, damit einige sehr große Betriebe eine billige Versicherung haben.

Was alles in der letzten Zeit genau von der Sozialversicherung an Belastungen auf die Bauern zugekommen ist, das geht so weit, dass Betriebe mit einem Einheitswert von 1800 Euro bis zu 43 Prozent Abgaben zahlen, Betriebe über 65.000 Euro Einheitswert – das sind so Betriebe mit 900.000 Schilling – Abgaben mit 8,3 Prozent. Also das ist ein sehr großer Unterschied. Ich muss dazusagen, die Sozialversicherungsanstalt der Bauern ist die einzige, wo man keine Versicherungsbeiträge nach Einkommen zahlt, sondern nach einem fiktiven Versicherungswert, der so läuft, dass der große Betrieb wenig zahlt und der kleine Betrieb sehr viel.

Man hat sich noch alles Mögliche einfallen lassen, Pensionsbeiträge erhöhen. Man hat dann einen Solidaritätsbeitrag verlangt. (Abg. Gennaro: „Den Kleinen schneidets die Haar und den Großen schiebt ihr es hinein. Schämt euch. Die Kleinen zahlen für die Großen!“)

Einen Solidaritätsbeitrag verlangt man noch von den Pensionisten, obwohl man weiß, dass die Bauernpensionisten die sind, die die kleinste Pension haben – im Durchschnitt 7000 Schilling Pension haben die Bauernpensionisten im landwirtschaftlichen Bereich. (Präsident: „Die Redezeit ist abgelaufen, Frau Abgeordnete!“ – Abg. Rieser: „Monika, deswegen ist ja auch das fiktive Ausgedinge herabgesetzt worden. Das sprichst du nicht an!“) Und die Krankenversicherung ist erhöht worden und die Krankenscheinbeiträge sind erhöht worden und die Unfallrente ist besteuert worden. Alle, die im außerlandwirtschaftlichen Bereich schon krankenversichert sind, hat man wieder zurückgeholt in die Krankenversicherung. (Präsident: „Frau Abgeordnete, ich ersuche Sie bitte, sich an die Redezeit zu halten!“) Jawohl!

Und trotzdem ist der Betrieb verschuldet. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Böhmer bitte, danach Herr Abgeordneter Köberl.

Abg. Böhmer (11.32 Uhr): Werter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Abgeordnete, werte Gäste!

Es ist natürlich ein bisschen schwer nach den landwirtschaftlichen Kalibern „als wichtigster Partner und Verbündeter der Landwirtschaft“, wie mich Peter Rieser bezeichnet hat, zu Wort zu kommen. Damit hast du mir schon die Brücke zur biologischen Vielfalt, auch Biodiversität genannt, gegeben. Ich habe diesen 22. „Grünen Bericht“ sehr ausführlich und intensiv betrachtet. Ganz positiv finde ich von der Optik her, dass die Tabellen farbig unterlegt sind, was für das Auge sehr angenehm ist. Auch das Bildmaterial ist ausgetauscht worden und die Information, naja, darüber ließe sich stundenlang reden. Meine Vorredner, die Abgeordneten Zitz, Kaufmann und Peter Rieser, haben aus der Sicht der Landwirtschaft und auch aus der kritischen Brille diesen Bericht betrachtet. Ich möchte in meinem ersten Teil hinterfragen: Was bietet unsere Landwirtschaft dem Steirer beziehungsweise der Steirerin auf dem Teller oder auf dem Tisch, wie es unser Landesrat immer sagt. Ich würde sagen: In der tierischen Produktion siehst du von der Ammenkuh bis zur Ziege alles, von der Bienenzucht bis letztendlich zur Teichwirtschaft. Ich möchte ein bisschen über „Exoten“, eben über die Teichwirtschaft reden. Ich muss sagen, auf zirka 1000 Hektar werden in der Steiermark nahezu 1000 Tonnen Fische verschiedenster Art produziert, wobei davon 50 Prozent die Forellen und zum anderen Teil fast 40 Prozent die Karpfen einnehmen.

Wir haben auch in dieser Weise zwei nette Gäste, immer kritisch betrachtet, die Kormorane und die Reiher, die natürlich den Fischproduzenten Probleme beschaffen. Aber es sind auch die Wetterkapriolen, wie ich entnommen habe, wobei durch zusätzliche Lüftungs- oder Pumpanlagen es die Fischhalter oder Fischereibetriebe nicht sehr leicht haben.

Sehr positiv finde ich auch die Ausweitung der landwirtschaftlichen Wildtierhaltung, nahezu 10.000 Wildtiere werden von über 440 Wildtierhalterinnen und Wildtierhaltern gehegt und gepflegt, bis sie eben dann für den Tisch geeignet sind. Der Verband der Wildtierhaltung schaut dazu, dass unter anderem durch verstärktes Marketing diese Produkte auch bei uns immer mehr entgegengenommen werden. Ich möchte – wie schon von der Abgeordneten Monika Kaufmann zitiert – dieses „Wachsen und Weichen“ vielleicht mit einer kleinen Statistik, wenn ich bei der tierischen Produktion der Rinder, Schafe, Ziegen und Hühner bin, unterstreichen. Ich habe den Vergleich vom Jahr 1987 zu 2001 gezogen und das sind doch immerhin nahezu 15 Jahre. Es ist die Produktion oder die Anzahl der Schweine zum Beispiel um nur 5 Prozent gesunken in diesen 15 Jahren, jedoch die Viehhalterinnen und Viehhalter in der Schweineproduktion um 45 Prozent und bei den Hühnern ist die Produktion um 10 Prozent gesunken, jedoch die Anzahl der Halter und Halterinnen um 48 Prozent.

Auch sehr positiv finde ich den Trend des Konsumenten, dass dieser sich durch sein Konsumverhalten umweltbewusster und tierfreundlicher zeigt und immer mehr eigentlich zu Eiern aus Boden- und Freilandhaltung greift. Kurzum gesagt auch, das gute Beispiel des steirischen Geflügelgesundheitsdienstes wäre auf Österreich überlegbar. Aber das trifft auch hier wieder, was Kollegin Zitz gesagt hat: Es ist schon lange auch in vielen Herzen in der Sozialdemokratie nicht nur ein Wunsch, sondern eine Forderung nach einem einheitlichen Tierchutzgesetz. Momentan haben wir bei neun Bundesländern – nur zur Vertiefung – zehn Gesetze, das Land Salzburg hat ja sogar zwei, eines für die Wildtiere und eines für die Nutztiere. Das ist diese Diversität beziehungsweise Perversität, wenn es mir so gestattet sei.

Als Nächstes wäre noch kurz die pflanzliche Produktion zu erwähnen. Bei dieser möchte ich nicht mehr den biologischen Landbau erwähnen, sondern einen Antrag der SPÖ, wo wir uns für eine offensive Förderung im Obstbau angestrengt haben, was den Beerenanbau betrifft, einbringen. Hier ist im „Grünen Bericht“ eindeutig dargelegt, dass bei Erdbeeren, Himbeeren, Brombeeren, aber auch Heidelbeeren sehr wohl unsere heimische Produktion durch ihre große Qualität den so genannten Industriebeeren aus dem Ostblock, aber auch aus dem Süden, sprich Italien und Spanien, gewachsen ist.

Der allgemeine Agrarhandel wird natürlich noch verstärkt bei uns durch den Wald, durch den Forst. Ich habe mir aus diesem Kapitel „Wald und Jagd“ genauer betrachtet. Was mir dabei aufgefallen ist, dass man leider – Jagd hat ja nicht nur eine wirtschaftliche, sondern, wie wir wissen, eine große gesellschaftliche Bedeutung –, dass man hier im vorigen Jahr eigentlich ein bisschen den Wildbestand in der Steiermark unterschätzt hat und dass es weiterhin eine große Anzahl von Wildschäden und Abbißschäden gibt. So ist leider festzustellen, dass ein Viertel der steirischen Waldfläche davon betroffen ist, 8 Prozent sogar stark, und dass man auch mit der Verjüngung nicht sehr zufrieden ist, denn 120.000 Hektar Verjüngungsfläche sind stark verbissbelastet. Es wäre ganz einfach an der Zeit, dass wir uns in Blickrichtung eines stabilen Waldökosystems dieser Wildschadensituation verstärkter annehmen, um auch das einmal unter die Lupe zu nehmen.

Und letztendlich zur Situation der Landwirtinnen und Landwirte sei nur gesagt: Es gibt zwar neue Begriffe, die heißen Unternehmensaufwand und Unternehmensertrag. Das ist weniger interessant, wichtig ist, was dann unten herauskommt, der Saldo. Der Franz schaut schon so, es sind dies die Einkünfte. Da muss ich schon sagen, hier zeichnen sich, wenn man die Skizzen und die Grafiken betrachtet, große regionale Unterschiede zum Beispiel zwischen dem südöstlichen Flach- und Hügelland und dem nordöstlichen Flach- und Hügelland ab. Die Unterschiede zeigen sich darin, dass die öffentlichen Gelder in diesem letztgenannten Gebiet, also im nordöstlichen Hügelland nahezu 79 Prozent ausmachen, während bei uns im südöstlichen Flachland diese Gelder nur 49 Prozent ausmachen. Vielleicht mag auch da ein großer Grund liegen, dass die Bauern, nämlich 40 Prozent der Pensionisten, Ausgleichszulagenempfänger sind. Abschließend möchte ich noch zur Qualifikation unserer Landwirtinnen und Landwirte beziehungsweise dessen Nachwuchs sagen: Bei uns in der Steiermark werden in 37 Land- und Forstwirtschaftsschulen über 2300 Schüler und Schülerinnen unterrichtet, erfahren dort eine Bildung. Und Bildung, wie wir wissen, ist letztendlich auch ein Garant später einmal für ein höheres Einkommen.

Man kann durch die Bank sagen, dass all diese Schulen zur Steigerung unserer Produkte – ich denke, bei uns hier in der Oststeiermark im Speziellen allein im Weinbau – beigetragen haben. Produktsteigerung, das heißt Qualitätssteigerung ist Absatzsteigerung, ist vermehrtes Einkommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang von unserer Partei zum Tagesordnungspunkt 5 einen Unselbständigen Entschließungsantrag einbringen, der die Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern in land- und forstwirtschaftlichen Schulen anbelangt. Es geht darum, dass derzeit nur Pflichtschüler und Pflichtschülerinnen einen Förderunterricht oder einen Stützunterricht erhalten. Es geht darum, dass diese momentan fehlenden gesetzlichen Grundlagen für die Aufnahme von körperlich beziehungsweise geistig Behinderten in den land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen der Länder und die sonderpädagogische Begleitmöglichkeit zur Ausbildung einfach fehlen.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, damit eine Integration von behinderten Schülern und Schülerinnen ab der 9. Schulstufe in allen allgemein und berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe II, insbesondere auch in land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, europarechts- sowie verfassungskonform erfolgt.

Der im Ministerrat am 18. Juni 2002 beschlossene Entwurf des Schulorganisationsgesetzes, des Schulunterrichtsgesetzes sowie des Schulpflichtgesetzes ist daher neuerlich zu verhandeln und dahin gehend zu ändern, dass ein Schulversuchsauftrag nach Paragraph 131a an allen Schulen auf der Sekundarstufe II einschließlich der polytechnischen Schulen und Berufsschulen mit der Möglichkeit auf Teilqualifizierung gesetzlich statuiert wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Köberl, danach Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Köberl (11.44 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren Mitglieder des Landtages!

Der heutige Hauptblock der Sitzung ist sicherlich dem Thema und dem Bereich Landwirtschaft gewidmet, ein Bereich, der mit dem „Grünen Bericht“ beginnend viele Nebenbereiche auch betrifft.

Ich habe mir eigentlich vorgenommen, zu zwei Themen konkret zu sprechen, das eine, wo es um den Siedlungsfonds geht und das zweite wäre ein Bereich gewesen, der vor allem innovative Lösungen im ländlichen Raum als Hauptinhalt hat. Ich darf aber trotzdem auf meine Vorrednerinnen und Vorredner ein bisschen eingehen, weil ich glaube, dass das Thema Landwirtschaft so komplex ist, dass die Themen miteinander verbunden sind.

Außer Streit steht, dass kein Bereich der Wirtschaft und des Broterwerbs so eng mit der Natur verbunden ist wie die Landwirtschaft, aber auch so eng von der Natur abhängig ist. Wir kennen die Situationen, wenn es einmal zu viel regnet oder wenn es einmal zu wenig regnet. Das sind Dinge, die nicht planbar sind, die nicht kalkulierbar sind.

Ich danke meinem Kollegen Peter Rieser für die Erläuterungen zum „Grünen Bericht“ und ich danke auch für die Erstellung dieses Berichtes. Es ist eine imposante Leistungsschau über ein wichtiges Teilgebiet oder ein Hauptgebiet unserer Politik.

Ich habe auch die Kollegin Zitz aufmerksam mitverfolgt. Sie hat gesagt, sie möchte einmal die Unterschiede ein bisschen herausarbeiten zwischen der so genannten grünen Position und der Position der ÖVP. Ich habe wirklich aufmerksam zugehört. Frau Kollegin, ich muss Ihnen aber diese Rosen streuen, Sie haben eigentlich sehr viele Gemeinsamkeiten zwischen der ÖVP und den Grünen festgestellt. Ansätze sind da. Ich glaube, diese Dinge, die Sie angesprochen haben, sind sicherlich auch noch eine Diskussion wert. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)

Von einem war ich aber ein bisschen überrascht, Frau Kollegin Kaufmann. (Abg. Wiedner: „Ist das jetzt ein Verlobungsantrag an die Grünen?“)

Wir haben das gesagt, wir wollen zu dem Thema sprechen und bei dem Thema gibt es Gemeinsamkeiten. (Abg. Wiedner: „Also doch schon Verlobung!“)

Ich bin jetzt bei der Frau Kollegin Kaufmann. Ich war ein bisschen enttäuscht, Frau Kollegin. Ich kenne Sie als engagierte Vertreterin des Bauernstandes. Aber hier zehn Minuten heraußen zu stehen und als einzige positive Situation zu bringen, in einem Nebensatz, dass sich die Einkommensstruktur und die Einkommenssituation im ländlichen Bereich verbessert hat, das fällt für mich trotzdem unter den Bereich krankjammern. (Abg. Gennaro: „Man muss die Dinge aussprechen!“)

Alles andere ist in eine Richtung gegangen, wo man Ansätze bringen kann. Ich kann mich auch an gute Verhandlungen im Unterausschuss zum Landwirtschaftskammergesetz erinnern.

Kollege Gennaro, ich glaube die Zeit des Wahlkampfes ist seit dem 24. vorbei und wir sollten uns auch wieder auf die Sacharbeit konzentrieren. (Abg. Gennaro: „Die Wahrheit soll man aussprechen!“)

Ich komme zu einem Bereich, den mein Vorredner, der Kollege Böhmer, angesprochen hat. Er ist ja auch wie ich im pädagogischen Bereich tätig. Hier gibt es, glaube ich, sehr, sehr gute Ansätze. Sie haben hervorgehoben diesen hohen Ausbildungsstandard und das hohe Ausbildungsniveau der landwirtschaftlichen Fachschulen und auch der HBLAs. Und ich darf aus meiner Region zwei nennen, die stellvertretend für die Ausbildungssituation in der Steiermark genannt werden sollten. Die HBLA in Raumberg wurde gewählt zu einer der österreichweit besten HBLAs überhaupt, mit einem landwirtschaftlichen Hintergrund. Und vor wenigen Sitzungen haben wir über die landwirtschaftlichen Schulen gesprochen, wo es darum gegangen ist, dass ein Zuwachs ist, vor allem ein Zuwachs von Schülerinnen und Schülern, die nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich kommen. Ich glaube, das ist der beste Weg in die Zukunft, dass wir hier diese Gemeinsamkeiten zwischen der Landwirtschaft und dem Land und der Bevölkerung, die in diesem Land lebt, auch noch enger verknüpfen.

Gestatten Sie mir aber trotzdem auf diese zwei Bereiche, die ich eingangs angeführt habe, ein bisschen noch einzugehen.

Es ist um einen Antrag der Kolleginnen Graf und Dietrich gegangen. Hier ist es um die Wiedereinrichtung eines ländlichen Siedlungsfonds gegangen. Es ist das oberösterreichische Modell erwähnt worden, wo der Ankauf, die Veräußerung von Liegenschaften über diesen Fonds abgewickelt werden. Wir haben zur Kenntnis genommen in der Regierungsvorlage und im Ausschussbericht, dass ein solcher Fonds in der Steiermark existiert hat, ich glaube 1965 gegründet, aber dann wieder 1996 eingestellt wurde. Das Kernproblem dabei war, wie bei vielen Dingen, dass hier Liegenschaften angekauft wurden, letzten Endes aber nicht in der Form wieder weiter-

veräußert werden konnten. Und das war die berühmte Diskussion um den Schinken und um das Bein. Jene guten Stücke haben rasch einen Abnehmer gefunden, die Reststücke sind meistens dann beim Fonds geblieben. Es war dann auch so weit, dass die Bewirtschaftung dieser Flächen übernommen werden musste.

Das zweite Problem, das damit verbunden ist, ist auch seit der Steuerreform 1987 der doppelte Anfall der Grunderwerbssteuer.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es heute Förderungsmechanismen gibt für den Bereich des Ankaufs von Liegenschaften. Zum Großteil geht es um Abwicklung über AIK-Kredite, wo hier dieser Grunderwerb unterstützt wird und wo auch über die Landwirtschaftskammer, gerade in der Vorbereitung und bei der Vertragserrichtung, wesentliche Hilfestellung für die Bauern geleistet wird oder für jene, die eben diesen landwirtschaftlichen Grund kaufen wollen. Erwähnt sei nur die Flurbereinigung. Hier können sich die Bäuerinnen und Bauern auch einiges an Kosten ersparen.

Ich darf aber zu etwas Positivem kommen. Es ist schade, dass die Kollegin Kaufmann jetzt hinausgeht. Ich wollte ein Beispiel nennen und ich glaube, da stimmen Sie mir zu, wie es ein Weg sein kann, der in der Zukunft in der Kooperation mit anderen Wirtschaftszweigen auch für die Landwirtschaft etwas Wesentliches bringt.

Im „Grünen Bericht“ sind auch die Tätigkeiten im Bereich des Tourismus erwähnt. Hier kennen Sie die Situation, dass es vielen Betrieben gelungen ist, Kooperationen einzugehen – Aktion „Urlaub am Bauernhof“ –, dass hier ein zweites Standbein neben den eigentlichen landwirtschaftlichen Aufgaben entwickelt wurde.

Es gibt das Netzwerk Lebensmittelhandel – Landwirtschaft, genannt „Modell Shop in Shop“. Ich glaube, das ist ein Beispiel dafür, das hier genannt werden sollte. Es geht da um eine enge Kooperation zwischen dem Lebensmittelhandel, dem örtlichen Nahversorger und unmittelbar in dieser Region befindlichen bäuerlichen Direktvermarktern.

Bis jetzt gibt es 45 solcher Bauernläden „Shop in Shop“, die umgesetzt wurden. Für 2003 sind weitere 60 Standorte in der Steiermark geplant und insgesamt sollen bis 2004 über 150 solcher Projekte in der Steiermark umgesetzt werden. Dabei geht es um ein Umsatzvolumen von zirka 10 Millionen Euro und ich glaube, das hat für beide Seiten Vorteile. Zum einen ist es eine Sicherung der Infrastruktur im ländlichen Raum, zum anderen geht es auch darum, dass im Bereich der Landwirtschaft Arbeitsplätze gesichert werden und dabei geht es um zirka 400 Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich und um zirka 150 Arbeitsplätze im Handelsbereich. Diese Kooperation ist ein Musterbeispiel und da lade ich alle dazu ein, über andere Modelle der Kooperation, gerade für die Landwirtschaft, mit nachzudenken. Ich glaube, den Vorwurf, den man unserem Landesrat Pörtl nicht machen kann, ist, dass er sich nicht für die Anliegen des ländlichen Raumes und der Bäuerinnen und Bauern in diesem Land einsetzt. Sie werden mir auch zugeben müssen, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen gerade in den letzten zehn Jahren schwieriger geworden sind und ich teile Ihre Sorge um diese Entwicklung, die gerade den Bauernstand, nicht nur in der Steiermark, sondern im gesamten mitteleuropäischen Raum betrifft. (Abg. Gennaro: „Wenn sie das nicht gesagt hätte, ihr hättet es nicht aufgegriffen!“) Wir haben viele sehr positive Gespräche im Ausschuss auch dazu geführt und ich glaube, die Diskussion sollte immer eine sachliche bleiben, Herr Kollege Gennaro. (Abg. Gennaro: „Das ist sachlich!“)

Die Aufgaben, die kommen, gerade im Zusammenhang mit den neuen Mitgliedsländern im europäischen Raum, werden auch gerade an der Landwirtschaft nicht spurlos vorbeigehen. Ich glaube – und das hat den Bauernstand ausgezeichnet –, dass er bis jetzt immer bereit war, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen, neue Wege zu gehen. Gerade was die Ausbildungssituation betrifft, Sie haben auch gesagt, dass keine Bäuerinnen in den Reihen des Bauernbundes sind, ich kann mich an einen Internetkurs erinnern, wo 20 junge Damen, größtenteils Bäuerinnen und nicht Bauern, bereit waren, hier den ECL-Computerführerschein zu machen. Ich glaube schon, dass es daran liegt, dass in der Umsetzung am Hof selber den Frauen eine ganz wichtige Rolle zukommt und auch der Generationenvertrag, der oftmals angesprochen wurde, ist einer, der im Bereich der Landwirtschaft das Überleben dieser klein und mittelstrukturierten Betriebe in Zukunft ermöglichen soll.

Herr Kollege Gennaro, ich lade Sie aber gerne noch auf ein Gespräch ein, denn ich muss feststellen, die Redezeit ist zu Ende und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich, danach Herr Abgeordneter Riebenbauer.

Abg. Dietrich (11.54 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte da gleich beginnen bei dem Zitat, das Peter Rieser gemeint hat, indem er Kommissar Fischler zitiert hat: „Bauern macht euch die Erde untertan!“ Ich muss sagen, ich habe da einen ganz anderen persönlichen Ansatz, nicht dieses Bibelwort, denn ich glaube, wir sollten uns bemühen, Zusammenhänge in der Natur zu verstehen, zu begreifen und wir wollten auf Grund dieses Begreifens respektvoll mit der Natur umgehen und uns als Teil der Gesamtnatur verstehen. Nur dann wird es möglich sein, Grund und Boden nachhaltig zu bewirtschaften. Mit den Worten „untertan machen“ wurde in der Vergangenheit, in der Zeit, wo man ausschließlich wissenschaftsgläubig war, wo man die Grenzen des Machbaren nicht erkannt hat, so glaube ich, schon sehr vieles falsch gemacht und wir sollten heute, 2002, bereits weiter sein. Das klingt für mich so wie „drüberfahren“ und verantwortungslos umgehen.

Der „Grüne Bericht“ ist ein sehr umfassendes Werk und er gibt Überblick über die Gesamtsituation der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark und ich möchte es nicht verabsäumen, all jenen, die mit viel Fleiß sich da eingebracht haben, Dank zu sagen, allen voran dem Dipl.-Ing. Hammer, der ja schon seit Jahren sehr

genau, sehr verantwortungsvoll als Redaktionschef diesen Bericht betreut. Es sind im Bericht wesentliche Kernzahlen drinnen und vor allem der Kernbereich, wie schaut es in der Landwirtschaft aus, wie hat sich das Einkommen entwickelt. Das ist, glaube ich, jener Bereich, der die meisten interessiert. Da muss man genau Fakten hinterfragen, das kann man nicht gleich so vom Tisch räumen und da schauen wir uns einmal die Agrarpreisdindexentwicklung an. Wir sehen, dass im Jahr 2000 die Betriebseinnahmen um 7,8 Prozent gestiegen sind und im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben nur um 5 Prozent gestiegen, das heißt, erstmals seit Jahren hat sich die Preisschere zugunsten der Landwirtschaft entwickelt. 2002 haben wir eine ähnliche Situation. Wenn wir die Preisentwicklung bei den tierischen Erzeugnissen anschauen, dann sehen wir ganz genau, dass es im Lebensmittelbereich eine Verdrängungssituation gibt. Wir hatten 2001 die BSE-Krise, wo die Rinderpreise um minus 15 Prozent gesunken sind und die Konsumenten verständlicherweise zum Schweinefleisch gegriffen haben und der Käsekonsum ist gestiegen und auch das schlägt sich im „Grünen Bericht“ nieder. Schweinepreise sind im Jahre 2000 um 27,9 Prozent gestiegen und im Jahre 2001 noch einmal um 19,7 Prozent, Milch 2001 um 14,5 Prozent. Das sind Zahlen, die wir in den letzten „Grünen Berichten“ in dieser zweistelligen Größenordnung eigentlich nie finden konnten.

In der Forstwirtschaft war die Situation nicht so rosig. Hier hatten wir im Ausland Windwurfschäden, dadurch ein Überangebot zu verzeichnen und als Folge dessen ist der Preis im Bloch- und Schleifholzbereich um 5,4 Prozent gesunken.

Wenn wir das Einkommen genauer betrachten, dann ist es auch wichtig, dass wir schauen, wie hoch war das Einkommen je Familienarbeitskraft und wie hoch war es bezogen auf den landwirtschaftlichen Betrieb. Auch hier haben wir erstmals sehr erfreuliche Zahlen zu registrieren. Im Jahr 2002 haben wir je Familienarbeitskraft eine Steigerung des Einkommens um 10,2 Prozent und im Jahre 2001 sogar um 18 Prozent. Das klingt recht gut, aber wenn man diese Zahl genau hinterfragt, dann muss man feststellen, dass bereits zwei Drittel des Einkommens aus öffentlichen Geldern bestehen. Genau bezogen zum Beispiel 2001 wurden bereits 9.568 Euro je Familienarbeitskraft von der öffentlichen Hand für die Leistungen in der Landwirtschaft eingebracht. Meine geschätzten Damen und Herren. Ich muss noch etwas tiefer eingehen in die Einkommensentwicklung je Familienarbeitskraft und da ist ein Bereich der Ist-Soll-Vergleich. Das ist ein indirekter Vergleich mit den Industriearbeitern, und zwar insofern, da der Soll-Vergleich ja als Lohnansatz und Verzinsung errechnet wird, weil ja die Landwirte Kapital einbringen und Recht auf Verzinsung ihres Kapitals haben. Da sehen wir, dass wir 2001 rund 54 Prozent des Soll-Einkommens erwirtschaften konnten. Ganz interessant, dass die Veredelungsbetriebe auf viel höhere Zahlen kommen, die kommen auf nahezu 82 Prozent, das heißt, sie haben nahezu ein volles Entgelt für ihre Leistung und dazu noch die volle Verzinsung des von ihnen eingebrachten Kapitals. Die EU-Osterweiterung stellt sich immer so als Thema der Zukunft. Wer den „Grünen Bericht“ genau liest, wird feststellen, dass wir auch jetzt in Teilen von den MOEL-Staaten sehr wohl betroffen sind. Das heißt, die Spezialkulturen, die jahrelang eine Nischenproduktion in der Steiermark ermöglichten, wo eine erhöhte Wertschöpfung möglich war, die haben erstmals – das liest man im „Grünen Bericht“ – Einbrüche zu verzeichnen. Bei den Himbeeren zum Beispiel gibt es durch diese Billigimporte europaweit starke Einbrüche.

Wir können nur mehr den Frischmarkt beliefern. Im „Grünen Bericht“ steht, dass Industriebimbeeren praktisch auf Grund der Preissituation bei der Ernte überhaupt nicht mehr machbar sind.

Bei den Johannisbeeren ist es so, dass die Polen ihren Marktanteil auf 30.000 Hektar erweitert haben und insgesamt schon 150.000 Tonnen liefern. Auch dort hat ein enormer Preisverfall stattgefunden.

Einzig die Heidelbeere, weil die keine vergleichbaren Reifezeiten hat, in Polen wie in der Steiermark, hat ihren Markt behaupten können.

Meine geschätzten Damen und Herren, die heimische Landwirtschaft ist vielen Faktoren ausgeliefert und nur wenige sind kalkulierbar. Landwirtschaft heißt „Leben mit der Natur“ und gerade in den letzten Jahren haben wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, welche Mächte die Natur hat – denken wir an die Trockenheit, denken wir an die Überschwemmungen, an die letzten Windwurfschäden. Das heißt, wir sind der Natur und den Vorgängen ausgeliefert.

Die öffentliche Hand gewinnt immer mehr Einfluss, gewinnt immer mehr Bedeutung, wenn es darum geht, wie sich das landwirtschaftliche Einkommen in Zukunft entwickeln wird. Die Bereitschaft der Gesellschaft, Geld in die Landwirtschaft zu geben, wird davon abhängig sein, ob es den Landwirten und der Agrarlobby gelingt, Transparenz in ihren Leistungen darzustellen – da wird noch viel Aufklärung erforderlich sein – und ob wir auch bereit sind, qualitätsvolle Lebensmittel zu erzeugen, was ja in der Steiermark erfreulicherweise sehr wohl der Fall ist, denn ich glaube, die Masse an Produkten wird in Zukunft anderswo wesentlich billiger erzeugt werden können.

Die EU-Osterweiterung ist ein sensibler Bereich, der uns in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch stark tangieren wird. Es sind alle Maßnahmen und Vorsorgen zu ergreifen, dass die heimische Landwirtschaft nicht unter die Räder kommt. „Klasse statt Masse“ wird wohl das Schlagwort der Zukunft sein. Glückauf für den Bauernstand in der Steiermark! (Beifall bei der FPÖ. – 12.03 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Riebenbauer hat sich zu Wort gemeldet.

Danach eine kurze Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Kaufmann und im Anschluss Herr Abgeordneter Ober.

Abg. Riebenbauer (12.03 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Es ist immer wieder spannend, einer Agrardebatte und vor allen Dingen den, so scheint es zumindest, guten Ratschlägen der Frau Abgeordneten Kaufmann zuzuhören. Ich würde dich nur wirklich von Herzen bitten, da gibt es in Wien einen Nationalratsabgeordneten, der heißt Caspar Einem, und da habe ich im Internet so eine liebe Seite gefunden. Da schreibt der Caspar Einem Folgendes: „Es muss künftig weniger für die Landwirtschaft und mehr für eine allgemeine und wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik ausgegeben werden, für Bildung und Forschung und für die großen Infrastrukturmaßnahmen!“

Geschätzte Frau Abgeordnete Kaufmann, sag dem das auch, was du heute zu uns gesagt hast, damit er wenigstens in Zukunft nicht so etwas schreibt. Wir alle haben zu dieser Seite Zugriff und es passt mit deinen Aussagen nicht zusammen.

Das ist nämlich wirklich anscheinend die Einstellung der Sozialdemokraten zur Landwirtschaft, weil sonst würde es nicht zum Lesen sein.

Zwei grundsätzliche Feststellungen noch dazu: Selbstverständlich unterstützen wir die biologische Landwirtschaft, selbstverständlich unterstützen wir sie, meine geschätzten Damen und Herren. Aber eines lasse ich nicht zu, wir lassen uns unsere herkömmlichen Bauern, unsere normal wirtschaftenden, die nach dem normalen Standard wirtschaften, die die Bedingungen und Gesetze einhalten, von niemandem schlecht machen. Das lasse ich nicht zu. Wir stehen genauso zu den Biobauern, wie wir auch zu den so genannten konventionellen stehen. Das einmal als klare Feststellung. (Beifall bei der ÖVP.)

Immer wieder der Versuch, Groß und Klein zu spalten. Ich frage mich wirklich, wer ist wirklich der Große, wer ist wirklich der Kleine. Meine geschätzten Damen und Herren, dies zu definieren ist äußerst schwierig und unsere gemeinsame Aufgabe im Landtag muss eigentlich sein, für alle Bäuerinnen und Bauern im Lande da zu sein, für den kleineren und für den größeren muss unser gemeinsames Anstrengen sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Drittes: 1960 haben Frau und Herr Durchschnittsösterreicher 50 Prozent des Einkommens für den Lebensunterhalt, für Lebensmittel, ausgegeben. Jetzt sind es knapp unter 15 Prozent. Viele möchten selbstverständlich gut und billig leben, Lebensmittel zu Weltmarktpreisen werden selbstverständlich verlangt. Nur mit unseren Strukturen, mit unseren steirischen Strukturen, können wir mit diesen Gunstlagen, mit den Weltmarktpreisen nicht mithalten. Wir steirischen Bäuerinnen und Bauern brauchen keine Geschenke, wir brauchen eigentlich keine Förderungsmittel, sondern wir brauchen einen finanziellen Ausgleich für unsere Nachteile, weil wir nicht mithalten können mit den Gunstlagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zum „Grünen Bericht“. 118.500 Personen arbeiten zurzeit, zumindestens in der Steiermark, in der Landwirtschaft mit, also, die immer arbeiten und solche, die aushelfen, wie zum Beispiel auch mein Sohn, der Schichtarbeit macht, aber auch gerne in den Stall geht, so wie ich heute in der Früh auch im Stall war, wie jedes Mal, wenn ich in den Landtag reinfahre.

Wir haben die grüne Steiermark – 68 Prozent der Nutzfläche der Steiermark sind mit Grünland bedeckt, 331.000 Hektar sind das. 19.200 Rinderhalter haben wir in der Steiermark.

Es gibt diesen Strukturwandel, das wissen wir, und es wird ihn in Zukunft auch geben, obwohl er uns nicht recht ist. Da werden wir gemeinsam in der Agrarpolitik einen Weg finden müssen, wo wir klar aufzuzeigen haben, wie viele Betriebe wollen wir in der Zukunft haben, dass sie uns erhalten bleiben, weil wir eben mit diesen Strukturen nicht wettbewerbsfähig sind und natürlich diese Nachteile ausgleichen müssen.

Wir haben auch in der Steiermark 91.000 Milchkühe und insgesamt 145.000 Kühe. Die Jahresmilchleistung – das sage ich jetzt bewusst, weil immer wieder gesagt wird von der intensiven Landwirtschaft, von der steirischen –, eine Durchschnittskuh gibt in der Steiermark 5293 Kilogramm Milch, in Schweden zum Beispiel knappe 8000 Kilogramm. In Dänemark gibt die gleiche Durchschnittskuh 7000 Kilogramm Milch.

In Österreich haben 0,7 Prozent der Betriebe mehr als 50 Kühe; in England sind es 82,9 Prozent, die mehr als 50 Kühe haben.

Sind wir wirklich so intensiv, wie uns immer wieder vorgeworfen wird? Ich glaube es nicht. Wir sind eine klein strukturierte Landwirtschaft.

15 Prozent der Milchmenge, die in Österreich direkt vermarktet wird, kommen aus der Steiermark. Noch eine, aus meiner Sicht doch sehr positive Zahl, 80 Prozent der gesamten Milch, die in den Schulen konsumiert wird, wird von Bauern geliefert. Das zeigt auch, dass die Bauern hervorragende Qualität haben.

Nun auch zum diskutierten Milchzuschuss. Beim Milchzuschuss sind wir in der Steiermark einen neuen Weg gegangen. Wir haben den Flächenbeitrag 3 eingeführt. Wozu soll der dienen? Er ist in erster Linie einmal eine Stütze für den Schwächeren. Was sind die Kriterien? Entfernung des Betriebes zur Milchsammelstelle, also wie weit muss ich die Milch zur Sammelstelle bringen, die Berghelferkatasterpunkte und die Futterfläche pro Betrieb. Und wir haben 19,8 Millionen Schilling für diesen Flächenbeitrag 3 geleistet. Das ist einmal ein Ansatz, wo wir uns dazu bekennen, dass wir auch in der Steiermark den Schwächeren und den Kleineren unterstützen.

Selbstverständlich hätten wir gerne für alle den Milchzuschuss – und wir werden auch dem Entschließungsantrag heute wieder zustimmen –, nur müssen wir endlich einmal klar und deutlich sagen, wo wir eigentlich auch die Mittel dazu hernehmen.

Wichtig ist aus meiner Sicht, dass vor allen Dingen die Quotenregelung auch in Zukunft erhalten bleibt, auch nach 2008, denn wenn diese fällt, ist das der Tod vieler Betriebe.

Zwei Zahlen noch: 71 Prozent der Milch liefernden Betriebe haben bei uns eine Lieferquote unter 50.000 Kilo.

Und diese 71 Prozent erzeugen 38 Prozent der Milchlieferungsmenge.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir reden alle von gesunden Lebensmitteln. Wir wünschen uns alle gesunde Lebensmittel und gesunde Lebensmittel sind in der Steiermark eine Selbstverständlichkeit und sind dem Land Steiermark auch sehr viel wert. Ich möchte es nur mit einem Beispiel zitieren. In der Steiermark haben wir 2002 im Budget 1,226.214 Euro für die BSE- beziehungsweise TSE-Untersuchungen und für die Schlachtabfallentsorgung. Im Jahre 2002 hat es bis 30. November 213.103 BSE-Proben in Österreich gegeben und in der Steiermark wurden im gleichen Zeitraum bei 26.186 Rindern BSE-Proben genommen und alle waren negativ. Das ist ein Zeichen, dass wir uns bemühen, gesunde Lebensmittel zu erzeugen und dass wir aber auch eine gesunde Landwirtschaft haben. Wir haben im vorigen Jahr diesen einen fragwürdigen BSE-Fall in Österreich gehabt, wo niemals 100-prozentig nachgewiesen werden konnte, dass das Rind überhaupt aus Österreich abstammt hat. Wie schaut es in unseren Nachbarländern mit den BSE-Fällen aus? Das sollte man vielleicht auch einmal sagen, dass man sieht, dass wir nicht so schlecht sind, wie manche behaupten. Insgesamt, also bis jetzt, hat es in Deutschland 230 BSE-Fälle gegeben, in der berühmten Schweiz 429, in Italien 85, in Tschechien vier und in England, meine geschätzten Damen und Herren – ich habe zuerst gedacht, diese Zahl kann nicht stimmen –, in England haben wir bis jetzt 182.643 BSE-Fälle gehabt. Genau dort, wo die Landwirtschaft wirklich groß strukturiert ist und große Betriebe sind. Wir haben wirklich eine gute Landwirtschaft und wir hoffen, dass wir auch in Zukunft keinen BSE-Fall haben, damit wir das Vertrauen des Konsumenten auch in Zukunft erhalten.

Meine geschätzten Damen und Herren, Weihnachten steht vor der Tür, Sie können unseren heimischen Lebensmitteln vertrauen. Genießen Sie während der Weihnachtsfesttage und der Feiertage wenigstens einmal – und wenn es öfter ist, freue ich mich noch mehr – ein gutes steirisches, qualitativ hochwertiges Rindfleisch, lassen Sie sich es gut schmecken, Sie unterstützen damit uns und unsere Rinderbauern auf das Beste! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.13 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Kaufmann bitte, danach der Herr Abgeordnete Ober.

Abg. Kaufmann (12.13 Uhr): Werter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist genau das passiert, was ich ja schon vorher vorhergesagt habe. Es wird gelobt, es wird gedankt und es darf ja niemand wagen, eine Kritik anzubringen. Die 10.000 Bauern, von denen ich geredet habe und um die ist es gegangen (Abg. Riebenbauer: „Das stimmt nicht, Frau Abgeordnete!“), die innerhalb von vier Jahren aufgehört haben, von denen hätte da hier niemand ein Wort gesagt. Niemand hätte da irgendetwas gesagt davon! 10.000 Arbeitsplätze, man muss sich das einmal vorstellen, die einfach aufhören, weil sie kein Einkommen erwirtschaften, weil die Förderung falsch läuft, weil Fehler passieren und über diese Fehler darf man nicht sprechen, die müssen verschwiegen werden. (Abg. Riebenbauer: „Das stimmt nicht!“) Jetzt sterben die Bauern sowieso schon so leise. Man liest ja nichts drinnen. Wenn heute ein Betrieb zusperrt mit 10.000 Arbeitsplätzen, na dann schaue ich mir diese Schlagzeile an. Wenn 10.000 Betriebe in der Landwirtschaft zusperrten, dann wird es sogar dort auf eurer Seite noch verteidigt und so getan, als ob nichts passiert wäre. Deswegen stehe ich da und das lasse ich mir auch wirklich ganz sicher nie verbieten und ich werde immer die sein, die auch die Fehler aufzeigt, weil zum Loben und Danken seid ihr da eine ganze Riege. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Herr Kollege Köberl, natürlich haben Sie Recht mit den Einkommensalternativen. (Abg. Tasch: „Frau Abgeordnete!“) Du kannst dich natürlich nach mir noch melden, aber meine Zeit läuft. Natürlich haben Sie recht, mit den positiven Einkommensalternativen, die die bäuerlichen Familien in den verschiedenen Nischen der Produktion und der Verarbeitung finden. Herr Kollege Köberl, Sie haben dort recht. Es gibt Nischen, die Bauern haben es herausgefunden und machen das auch. Es ist mit sehr viel Arbeit verbunden. Aber jetzt sagen Sie mir, warum haben Sie nicht dazugesagt, dass sobald die Bauern, wenn sie eine Nische finden, in eine Produktion einsteigen, in eine Verarbeitung einsteigen, die sehr arbeitsintensiv ist, hauptsächlich wird sie von Frauen gemacht, warum sagen Sie nicht dazu, dass die sofort, wenn dort ein Einkommen herauskommt, bestraft werden müssen. Durch die Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes, wo jene Betriebe, die in die Verarbeitung einsteigen, ab einem bestimmten Betrag, 3700 Euro Einkommen, einen Sozialversicherungszuschlag bekommen, das heißt, sie müssen mehr Sozialversicherung zahlen, weil sie eine Nische gefunden haben, weil sie einen Bereich gefunden haben, wo sie etwas verdienen. Das sagen Sie nicht dazu. Finden Sie das gerecht? Ich weiß, im Tourismus gibt es das nicht, aber überall dort, wo produziert und verarbeitet wird, dort gibt es den Zuschlag, das heißt, sobald ein bisschen Einkommen herauskommt, muss man es schon wieder wegnehmen. Das ganze verkrustete und erstarrte System der Agrarpolitik, wo sich nichts ändern darf, das wird von euch nur verteidigt, so lange, bis auch der letzte Bauer aufgehört hat und nur mehr Agrarindustrien unser Land bewirtschaften. Vielleicht passt das dann! (Beifall bei der SPÖ.) Flächendeckend bewirtschaften. Wisst ihr, was flächendeckend heißt? Das heißt, dass die Flächen alle bewirtschaftet werden müssen. Mit der heutigen Mechanisierung kann ich Hunderte Hektar von Flächen mit ein oder zwei Personen bewirtschaften, ist auch flächendeckende Bewirtschaftung. Was wir wollen – und da unterscheiden wir uns –, wir wollen, dass diese Hunderte Hektar von Hunderten Bauern bewirtschaftet werden und nicht von ein oder zwei (Beifall bei der SPÖ.), dass so viele Menschen wie nur möglich dort Arbeit finden.

Herr Präsident, ich muss dazusagen, ich melde mich jetzt zu verschiedenen Punkten, also wird es mit dieser einen Minute nicht ausgehen. Wir haben elf Tagesordnungspunkte. (Präsident: „Liebe Frau Abgeordnete, ich bin gerne bereit, noch etwas Zeit dazuzugeben. Aber ich darf Folgendes sagen: Die erste Redezeit mit 20 Minuten wurde voll ausgeschöpft!“) Ja, das war zu einem Punkt. (Präsident: „Gut, dann liegt es aber an Ihnen beziehungsweise an dir. Aber ich gebe jetzt noch fünf Minuten dazu und damit basta!“) Aber ich könnte mich zu jedem Tagesordnungspunkt fünf Minuten melden. Ich mache das gerne, ich gehe eben wieder hinein und komme noch sechsmal heraus. (Präsident: „Frau Abgeordnete, Entschuldigung, dann müssen wir das gelegentlich wirklich regeln, weil wenn die Redezeit voll ausgeschöpft ist und dann melde ich mich ein zweites Mal und will wieder die volle Redezeit in Anspruch nehmen, das ist ein bisschen schwierig. Dann müssen wir das wirklich in der Präsidiale besprechen, weil das kann dann jeder!“ – Abg. Gennaro: „Es kann nicht sein, wenn von den anderen so viele reden und jeder fünf Minuten!“ – Präsident: „Dann wäre die Redezeit damit auch ausgeschöpft. Bitte Sie sind am Wort, ich nehme nichts mehr weg!“)

Zum Punkt vier, Siedlungsfonds. Ich bin froh, dass die Stellungnahme der Landesregierung die Schaffung beziehungsweise die Neuaufgabe des Grundauffangfonds für nicht erforderlich und zweckmäßig hält. Mein Beweggrund ist zwar ein anderer als der der Regierung, aber das macht ja nichts. Hauptsache der Siedlungsfonds kommt nicht. Ich habe einfach etwas dagegen, wenn sich das Land als Grundstückmakler betätigt und nichts anderes wäre so eine Tätigkeit. Das Land kauft und verkauft Grundstücke. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen, Amterl- und Freunderlwirtschaft wäre damit Tür und Tor geöffnet. Ich schließe mich der späten Einsicht der Regierung an, weil 21 Jahre lang hat man es ja so gemacht, und bin auch dafür, dass der Siedlungsfonds nicht eingeführt wird.

Zum Punkt sechs, Anbindehaltung Rinder. Da ist ein schwerer Fehler passiert seitens der ÖVP, das kann ich euch auch nicht ersparen, und ihren Bauernberatern. Seit 1. Oktober 1996 weiß man, dass diese Regelung kommt und innerhalb von zehn Jahren hätten sich die Betriebe umstellen müssen von Anbindehaltung auf Nichtanbindehaltung. Sechs Jahre hat man vergehen lassen, 2002 sagt man es dann den Bauern, das heißt, die Bauern haben dadurch sechs Jahre verloren, es bleiben nur mehr vier Jahre bis zum Fristende 2006, damit die Bauern sich umstellen können. Das ist natürlich schwierig jetzt. Man hätte es müssen schon in dem Zeitraum sagen, wo es ihr schon gewusst habt, nur das habt ihr leider versäumt. Die Förderung hat dadurch auch viel zu spät eingesetzt. Die Förderung gibt es erst seit 2000. Also der Zeitrahmen ist sehr kurz und das habt ihr verabsäumt.

Die Superabgabe, der Vorwurf, dass der Antrag zu spät behandelt wird, denn der Antrag betrifft das Milchwirtschaftsjahr 1. April 2000 bis 1. April 2001 – da brauchst jetzt nicht zu schauen, jetzt habe ich nicht dich gemeint –, er ist in der Regierung zu lange liegen geblieben, mit eineinhalb Jahren Verspätung finde ich das schon ein bisschen eigenartig.

Dem Antrag selber kann ich nicht ganz folgen, im Zusammenhang mit BSE-Krise und Milchüberlieferung ist auch beim Zudrücken von allen zwei Augen, liebe Waltraud, nicht ganz feststellbar.

Mittlerweile hat man ja schon das neue Milchwirtschaftsjahr 2001/2002 und da habe ich im Teletext gelesen, dass wieder eine Überlieferung gekommen ist, 97.600 Tonnen sind überliefert worden. Die Strafe für die Milchüberlieferung ist 64,8 Millionen Euro, das sind 891 Millionen Schilling. Im gesamten EU-Raum sind 450.000 Tonnen Milch überliefert worden. Also das ist ein sehr großer Brocken, muss ich sagen. Für die jetzige Milchüberlieferung ist natürlich wieder eine Abgabe zu zahlen. Es ist natürlich zurückzuführen auf die Quote, die dann eben überschritten wird. Und es ein sehr teures Überschreiten, dass dann die Bauern eben zahlen müssen. Zu den anderen Punkten kann ich sagen, ja, ich stimme den anderen Punkten auch zu. Aber da muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass das einfach nicht möglich ist, dass man da zur Superabgabe dazuzahlt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.26 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, ich darf sagen, Sie haben jetzt insgesamt eine Redezeit von 33 Minuten gehabt. Wir müssten das in der Präsidiale sicher besprechen, weil sonst ist es ja jedem Abgeordneten möglich, nach einer 20-Minuten-Hauptredezeit sich ein zweites Mal zu melden.

Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Ober. Danach bitte die Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Ing. Ober (12.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, werte Mitglieder des Landtages, werte Damen und Herren!

Ich darf mich auch zu dieser Debatte melden. Ich bin ein bisschen traurig, muss ich ehrlich sagen, ich weiß nicht, in welchem Umfeld sich die Kollegin Kaufmann befindet, dass sie jedes Mal in diesen Debatten eine so triste Situation schildert. Sie hört mir nicht zu, weil sie weiß das schon auswendig. Ich komme auch aus einer sehr ländlich strukturierten Region der Oststeiermark.

Ich kann feststellen in diesem Bericht, dass wir ein Land sind, wo wir eine enorme Vielfalt haben, dass hier nie erwähnt wird, wie sich hier Menschen bemühen, auf schwierigsten Lagen, in schwierigsten Situationen eine Vielfalt zu erzeugen, die uns, glaube ich, in Österreich allein schon und vor allem in Europa auszeichnet.

Ein weiterer Punkt: Wir sind sozusagen ein Land, das eine flächendeckende Landwirtschaft nicht nur für die jetzige Zeit, sondern auch für die Zukunft gesichert hat, was, glaube ich, in Österreich, aber vor allem auch in Europa ein Novum darstellt, bei allen Schwierigkeiten, die damit in Verbindung stehen. Das möchte ich jetzt nicht verhehlen.

Das Paradoxe, was hier noch anzumerken ist – ich komme aus dem Bezirk Feldbach, wo es unterschiedliche Regionen gibt, den östlichen Teil dieses Bezirkes Feldbach, eine sehr hügelige Region, von Riegersburg beginnend, über Kapfenstein, über Sankt Anna, auch in den Bezirk Radkersburg hinein, mit enormen Steillagen, mit kleinsten Flächen –, es gelingt den Landwirten, enorm gute Produkte zu erzeugen. Es ist vielleicht nicht nur das Geld, das sie dafür bekommen, sondern der Wert dessen, das sie damit in Verbindung bringen, was sie auch als Lebenskultur ausstrahlen und als Lebenswert, und was sie auch den Konsumenten vermitteln.

Und da komme ich zu einem wichtigen Punkt für die Zukunft, dass sich der Mensch in dieser globalen Welt jetzt auch wieder rückbesinnt auf seinen Raum, auf seine Umgebung, auf seinen Lebensraum und immer mehr zu schätzen beginnt, was ihn umgibt. Daraus erkennt er auch die Qualität dessen, was hier produziert wird. Und diese, zwar längerfristige, Entwicklung, motiviert die Landwirte wieder, darüber nachzudenken, was sie aus diesem Raum, der ihnen diese Produkte auch liefert, die sie erzeugen, noch Wertvolleres machen können. Vor allem in der Direktvermarktung, auch in der Kombination mit gewerblichen Betrieben im Handel, entstehen hier sehr, sehr tolle Modelle.

Ich bin wirklich dem Landesrat Pöttl sehr, sehr herzlich dankbar, dass er in der Steiermark gerade die von der Frau Kaufmann zitierte industrielle Landwirtschaft nie gefördert hat und vor allem durch seine Initiativen ökologische Landentwicklung, L-21-Prozesse, einen Prozess in der Steiermark eingeleitet hat, der österreichweit vorbildlich war und ist und der vor allem auf der Bewusstseinsbildungsebene sehr stark angesetzt hat, weil wir können über Landwirtschaft, wir können über Produkte und Preise reden, so viel wir wollen, wenn der Konsument nicht das Bewusstsein hat, dass das, was ihn umgibt, einen Wert hat, fahren wir leere Kilometer. Und da bin ich sehr dankbar, dass auf einen Bewusstseinsbildungsprozess in der Steiermark gesetzt wird. Danke nochmals dir, Herr Landesrat, für diesen sehr beharrlichen Weg. Den zu gehen, wird sich auch lohnen.

Einer der großen Erfolge sehe ich jetzt auf uns zukommen. Es gibt erstmalig im Bereich des Tourismus, zusammen mit der Zukunftsregion, mit dem Burgenland, mit Westungarn, mit Nordslowenien und der Steiermark zusammen, ein europäisches Wellnessprojekt. In diesem Wellnessprojekt sind nicht nur, wie wir meinen, Thermen abgebildet, sondern es gibt drei Schwerpunkte:

Diese drei Schwerpunkte sind ganz klar der Mensch, die Natur und Produkte.

Da habe ich gemerkt, dass genau die Philosophie der Landwirtschaft, auch der Landwirtschaftspolitik, mit diesem Projekt jetzt eine besondere Komponente bekommt, denn Authentizität ist in Zukunft gefragt. Und glauben Sie, dass Agrarriesen Authentizität mitliefern können mit ihren Produkten? Das glaube ich nicht. Die Steiermark wird das in Zukunft können und vor allem die Beziehung des Menschen mit seinem Naturraum und seinen Produkten, die er erzeugt. Wenn Sie einen Weinbauern bei einer Weinpräsentation miterleben, glauben Sie, dass in der Präsentation in diesem Achtel Wein sozusagen ein Stück der Seele des Produzenten ist. Und das werden in Zukunft noch viele Produzenten auch sehr gut lernen, damit ihr wertvolles Produkt durch die Darstellung, durch den mentalen Transport noch wertvoller wird.

Wir leben in einer Zeit, wo sehr viel Wandel in Bewegung geraten ist, aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen. Aber eines muss uns bewusst sein, diese negative Darstellung der Entwicklung der Landwirtschaft beflügelt niemanden im ländlichen Raum, sich weiter zu betätigen. Ich glaube, dass gerade eine Darstellung, dass die Landwirtschaft nicht alles im ländlichen Raum ist, aber ohne Landwirtschaft im ländlichen Raum verliert dieser Raum seine Seele, uns bewusst sein muss. Und auf das muss auch immer wieder hingewiesen werden.

Ich glaube, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten immens viel gelernt hat und einen großen Wandel auch hinnehmen musste, aber in der Steiermark zu einer besonderen Entwicklung tendiert, die mir persönlich sehr gut gefällt und vor allem auch eine Zukunftsoption hat, nachdem die Bevölkerung, wie schon vorher von mir gesagt, sich auf diesen Raum, der ihn umgibt, rückbesinnt.

Es ist heute fast selbstverständlich, wenn man einem Gast etwas Besonderes anbieten möchte, dass man ihm auch regionale Produkte präsentiert. Ich erlebe das in meiner Region sehr oft, wenn ich eingeladen bin, dass die Menschen mit Stolz das, was sie haben, was sie produzieren, was sie aus diesem Raum beziehen können, auch präsentieren.

Ich möchte nicht schönfärben, ich weiß, dass auch ein schwieriger Weg vor uns liegt. Aber die Grundvoraussetzungen einer flächendeckenden Landwirtschaft, einer innovativen Generation, die das Klischee vielleicht einer sich anhaftenden älteren Landwirtschaft ablegt und sehr, sehr gut damit umgehen kann und nicht nur des Geldes willen, sondern der Emotion und Leidenschaft willen, auch diesem Beruf nachgeht und uns damit auch ein besonderes Lebensgefühl in einer lebenswerten Umgebung auch gestalten kann.

Ich danke nochmals allen, die in diesen vielen Jahren diesen Weg mitbestritten haben und ich lade vor allem den Landtag auch ein, eine positive Gesinnung diesem ländlichen Raum gegenüber immer wieder einzunehmen und vor allem auch zu dem, was hier gesagt, hier auch beschlossen wird, in der Öffentlichkeit daran zu denken und dafür auch zu stehen. Das ist mir ein besonderes Anliegen.

Ich darf jetzt noch zum von der SPÖ eingebrachten Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 5 den Antrag einbringen, dass hier eine punktuelle Abstimmung erfolgt, Herr Präsident.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie in diesen Weihnachtsfeiertagen Ihren Gabentisch, so hoffe ich für Sie, mit wertvollen Produkten aus der Steiermark decken werden, auch in der Dankbarkeit darüber, dass das überhaupt bei uns noch produziert wird und dass wir in Zukunft damit auch einen sehr, sehr schönen Lebensraum haben, der uns vielleicht in zehn Jahren zu einer konkurrenzlosen Marke in dieser globalen Welt machen kann.

Ein herzliches Glückauf der Landwirtschaft und all denjenigen, die sich um den ländlichen Raum bemühen, besonders unserem Herrn Landesrat Erich Pörtl! (Beifall bei der ÖVP. – 12.32 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Graf bitte, Sie sind schon am Wort. Das ist die letzte Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 11.

Abg. Graf (12.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Am Anfang möchte ich beginnen mit den Entschließungsanträgen und da liegt uns ja ein Entschließungsantrag der Grünen vor, wobei zu sagen ist, dass alle wissen, dass die Freiheitlichen immer schon für ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz plädiert haben und auch im Landtag am 2., 3. und 4. Juli ein solches Herantreten an die Bundesregierung gefordert worden ist und die SPÖ und auch die Grünen unserem Antrag zustimmen konnten. Gelegen ist es immer an der ÖVP und so hoffen wir doch heute, dass die ÖVP die Wahlversprechen, die sie dann vor der Wahl gegeben hat, eben betreffend dieses bundeseinheitliche Tierschutzgesetz, auch halten wird und dass vor allem, wenn die neue Regierung gebildet ist, auch die ÖVP sich daran erinnern kann und hier frohen Mutes und möglichst rasch ans Werk geht.

Der zweite Entschließungsantrag der SPÖ, da können wir dem ersten Teil, betreffend die Integration von behinderten Schülern ab der 9. Schulstufe, zustimmen und ich schließe mich hier der punktuellen Abstimmung an und beantrage sie hiemit.

Mit dem Bereich Schulen habe ich mich auch im „Grünen Bericht“ beschäftigt, nämlich mit dem land- und forstwirtschaftlichen Schul- und Ausbildungswesen, wobei wir wissen, dass uns in allen Bereichen die Aus- und Weiterbildung ein wichtiges Thema für die Zukunft sein muss. In dieser Lektüre können wir auch erfahren, dass die Steiermärkische Landesregierung diesem ländlichen berufsbildenden Schulwesen eine große Bedeutung zumisst, weil eben für alles und alle auch im landwirtschaftlichen Bereich eine fundierte Grundausbildung Grundvoraussetzung ist. Die Steirerinnen und Steirer erlernen diese Voraussetzungen in Lehrberufen und Berufsschulen und wir haben hier in der Steiermark eine Berufsschule für Bienenwirtschaft, die aus ganz Österreich besucht wird, in Großwilfersdorf für Gartenbau und es gibt auch eine Forstwirtschaft, die aber leider nicht in der Steiermark beheimatet ist, sondern in Tirol. Im Bereich der Fachschulen wurde auf Grund der Tatsache, dass die meisten Landwirte ihre Arbeiten nur mehr im Nebenerwerb betreiben können, eine zweiberufliche Ausbildung angeboten und da werden eben Land- und Forstwirtschaft mit Metallverarbeitung, Hauswirtschaft mit Touristik und Sozial- und Pflegeberufen gekoppelt, wobei dieser Bereich ein ganz besonders wichtiger ist.

Wir haben auch gestern im Radio wieder vernehmen können, dass genau dieser Sozial- und Pflegebereich in den nächsten Jahren stark ansteigend sein wird und hier könnte man auch eine Chance sehen für jene, die diese Landwirtschaft nur mehr im Nebenerwerb betreiben können, sich auch hier in diesen Sozial- und Pflegeberufen zu engagieren. Bei den Fachbereichen ländliche Hauswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Obstbau und Weinbau/Kellerwirtschaft gibt es noch verschiedene Schultypen auszuwählen, wobei grundsätzlich festzustellen ist, dass die Lehrberufe und die Berufsschulen einen Trend nach unten anzeigen und die Fachhochschulen in einigen Bereichen, beispielsweise Weinbau/Kellerwirtschaft, mehr Schüler haben als in den Jahren zuvor. Es werden aber auch durch Wege zur Fachmatura oder durch erleichterten Zugang zu Aufbaulehrgängen der HAK zum Beispiel die Schülerzahlen in diesem Bereich gefestigt. Ich glaube, positiv anzumerken ist, dass das Landesbudget von 18,500.000 Euro ein klein wenig zurückgegangen ist um 1,4 Millionen und dass wir eine breite Palette hier in diesem Bereich an Aus- und Bildungsmaßnahmen und auch Erwachsenenbildungsmaßnahmen angeboten bekommen. Aufgefallen ist mir im Bereich Bienenwirtschaft, dass hier leider nur 13 Schüler aus ganz Österreich diesen Bereich besucht haben und dass auch zum Kapitel Landjugendarbeit die Statistik der Bienenwirtschaft gar nicht vorhanden ist, im Bereich der Fachschulen mit null abgegeben ist und nur im zweiten Bildungsweg mit elf. Ich denke, dass doch auch die Bienenwirtschaft und vor allem die Produkte der Bienenwirtschaft sehr wichtig sind, auch im gesundheitlichen Bereich, alternativ anzuwenden, Husten und so weiter und ich denke, das ist doch ein wichtiger Bereich für die Zukunft, von dem wir auch nicht ablassen sollten.

Ich darf noch unseren Entschließungsantrag einbringen, der sich mit dem Grundpreiszuschlag bei Milch beschäftigt und hier wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel die Durchführungsbestimmungen zur Beihilfe umzusetzen und dadurch einen wesentlichen Beitrag für die Unterstützung der steirischen Milchbauern zu leisten.

Danke noch einmal allen, die bei diesem „Grünen Bericht“ mitgearbeitet haben und ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der FPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (12.37 Uhr): Liebe Frau Präsidentin und lieber Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach neun Tagesordnungspunkten und zehn Rednern ist an und für sich so quasi das Hochamt für die steirischen Land- und Forstwirtschaft inhaltlich großteils ausgereizt. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken, weil fast alle Redner versucht haben, ihrem tiefsten Gewissen gerecht zu werden, um tatsächlich die sehr dynamische Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit auch lebt und vor allem, wie sie in Wirklichkeit mit der Natur, im Grunde mit dem Wetter, mit dem Boden, in Wahrheit auch mit den politischen Entwicklungen und letzten Endes auch mit den Entwicklungen des Marktes zurechtkommt und das wäre die Landwirtschaft rein auf eigene Füße gestellt nie und nimmer in der Lage und das war

sie auch nicht. Ich glaube, dass daher einige Dinge trotzdem angesprochen werden müssen. Wir haben im heurigen Jahr erlebt – und das ist bereits gesagt worden – Dürre, Hochwasser, Windkatastrophen und jetzt, permanent in persönlichen Gesprächen, bereits wieder Rutschungen in den südoststeirischen Regionen durch diese enormen Regenfälle, die für das Grundwasser gut sind, aber für Steiflächen natürlich blitzartig vor allem wieder neue Maßnahmen automatisch auslösen.

Aber trotzdem, die Frau Abgeordnete Kaufmann und das gehört sozusagen zur politischen Pffiffigkeit dazu, wenn es geht, ein bisschen ein Verserl hinauszugeben. (Abg. Stöhrmann: „Das wäre etwas, was dem Landesrat nie einfallen würde!“) Nein, das tue ich von Haus aus nicht. Ich bin nach der Genanalyse gar nicht befähigt, so etwas zu machen. Aber ich muss das zurechtrichten, weil die Frau Abgeordnete Kaufmann meint, wir sumpfen da ein bisschen dahin in der Agrarverwaltung in Bezug auf die Nutztierhaltung. Ich gebe bekannt, seit 1996, genau wie vorgesehen nach dem EU-Recht, gibt es bereits alle Fördermaßnahmen nach diesen Nutztierhaltungsregelungen. Wir haben bereits vorher, es sind bereits über zehn Jahre, diese offensiven Förderstrategien in Bezug auf die Geflügelhaltung aus Eigeninitiative therapeutisch in Vorbereitung, weil auf Dauer gesehen die Käfighaltung nicht zu halten ist und ab Jänner 2003 nicht mehr möglich ist, mit einer Auslaufvariante, was diese Dynamik auslöst.

Und ich muss der Frau Kollegin Kaufmann, ein kleines Tatscherl darf ich schon austeilen, sagen, ich kann mich noch gut erinnern, beim EU-Beitritt, weil sie gesagt hat, wir sind so stabil, wir bewegen uns nicht, wir haben keine Freude zur Veränderung, wir haben uns getraut den EU-Beitritt, 80 gegen 20, wo ich in die Säle hineingeschaut habe, wo ich gesagt habe, Burschen wir müssen hupfen, habe ich genau gewusst, am liebsten würden sie mich hinunterblasen. Aber wir haben genau gewusst, das müssen wir tun. Es waren radikalste Veränderungen, da hast dich du ein bisschen gefürchtet, da hat der Herr Vranitzky gesagt, ja, müssen wir machen und du hast gesagt, ich bin die Kaufmann und ich mache das nicht, weil das ist so schlecht für das Land und die Bauern. Und das möchte ich jetzt sagen, wenn wir nicht gehupft wären, würden wir jetzt – das ist keine Abwertung – mit Slowaken, Tschechen, Ungarn, Polen und Slowenen auf dem Verhandlungstisch hocken auf der drübrigen Seite. Diese Programme würde ich mir anschauen, die wir jetzt herüberziehen würden. Daher ist es sehr gut, dass der „Grüne Bericht“ nicht nur ein statistisches Material ist, sondern auch im Sinne eines „Grünen Berichtes“ haben wir es unter schwierigsten Hügel- und Berggebieten geschafft, auch diese ökologische naturräumliche Leistung mit Ausgleichsleistungsbeträgen. Ich bin dankbar, dass die Frau Abgeordnete Zitz sagt, wir sollen nicht von Förderungen reden. Ich habe da ohnedies immer herumgekuffelt, ich will da keinen anschauen, da drüben sitzt einer, der hat mir anständig Wicks-Wichse gegeben, dass in der Europäischen Union bei Versammlungen 50 Prozent die Bauern in ihren unersättlichen Schlund hineinschlürfen.

Auch gesagt worden. Ich verzeihe. Und daher glaube ich, dass wir stolz sein können bei all diesen Konflikten, die automatisch da sind.

Und das mit deinem Verserl muss ich schon untermauern. 1960 war die Statistik mit 0,5 Hektar in der Steiermark angelegt; das ist landwirtschaftlicher Betrieb. Mit 1970 ab 1 Hektar und ab 1995 – (Abg. Gennaro: „Auf welcher Seite bist du, Herr Landesrat?“) Seite 45, brauchst nur durchlesen. (Abg. Gennaro: „Danke, da muss ich mitschauen!“) Tatsächlich haben wir 52.000 Betriebe gehabt – 1995 – und jetzt haben wird 48.500 Betriebe.

Ich sage ganz ehrlich, das war ein sehr dynamischer Weg. Ich war da selber Vorsitzender des Nebenerwerbsbauern-Ausschusses, wo ich zum Nebenerwerb sagen muss, der Begriff taugt mir nicht, weil ich habe noch nie gehört, dass zu einem Schuldirektor einer sagt, Nebenerwerbsdirektor, weil die Frau auch Lehrerin ist oder zu einem Arzt, der die Frau als Assistentin im Vorzimmer hat, dass das ein Nebenerwerbsdoktor ist. Also wir haben auch entwickelt, Bauer mit zwei oder einem Beruf. Das ist der viel korrektere Bereich. Und unsere Verfahren – ich kann mich gut erinnern, ich bin als junger Bursch Tagelöhner gewesen, weil ich nichts gelernt habe, fachlich nichts gelernt habe, und die größeren Bauern sind mit den Rössern Fuhrwerk gefahren – waren auch schon Nebenerwerbsbauern, eher die größeren, nicht die kleinen. Daher möchte ich das Thema sozusagen ein bisschen zuhüllen. Ich glaube, da soll man sehr korrekt sein und sagen, das sind die Multijobber, das sind die Beweglichen. Heute sind ja die großen Bauern mit einem großen Maschinenpark im Rahmen des Maschinenrings auch schon wieder Nebenerwerbsbauern, wenn wir die Definition darstellen, oder die, die Kompostbereitung in der Steiermark machen. Daher bitte ich da um Verständnis.

Ich möchte mich wirklich herzlich bedanken bei den Damen und Herren Abgeordneten, die den „Grünen Bericht“ in sehr gründlichen Diskussionen auch im Grunde mitgestaltet haben. Wir haben diesen Bericht auch im Internet. Ich will nicht auf Details eingehen. Es ist auch die Einkommenspolitik dargestellt worden. Und selbstverständlich stimmt das, was kritisch bemerkt worden ist, dass nicht alle automatisch, in Wahrheit sind das Elend der Statistik immer die Durchschnittszahlen. Ich will es nicht zu vereinfachen, aber wenn du auf der heißen Herdplatte sitzt und bei den Füßen einen Eisklumpen drauf hast, ist es im Durchschnitt warm. Na Gnade Gott, wie es dir persönlich dabei geht. Daher ist der Durchschnitt ein Ludervieh. Ich glaube daher, dass wir uns ganz systematisch, wie alle Volkswirtschaften, dynamisch entwickeln. Der entscheidende Punkt ist der geistige Bildungsstand, die unternehmerische und ökologische Fähigkeit, Boden und Land zu bewirtschaften. Und heute kommt dazu, in Netzwerkstrategien sich zu vernetzen mit der Kultur. Schauen wir unsere Gemeinden an, dort wo Kultur stattfindet, wachen die Leute auf. Das ist durchgehend. Ich meine da die Volkskultur. Die allgemeine kulturelle Leistung in den Kindergärten, in den Schulen ist die Grundvoraussetzung, dass wir uns überhaupt integrativ bewegen können. Das geht hinein in den Tourismus, das geht ins Gewerbe. Und bitte, hätten wir nicht die Industrie als Partner, ich denke nur an die Forstwirtschaft oder in manchen Bereichen die Wasserwirtschaft, oder die Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, wo mir ab und zu bange wird, ob wir

solche Geräte überhaupt noch bei unseren Fleckerln da anwenden können, so glaube ich vor allem, dass die Partnerschaft mit Forschung und Umwelt in Bezug auf erneuerbare Energie einen tollen Wurf im Grunde darstellt.

Ich habe es leicht ausgehalten, die Abgeordnete Zitz hat mich mit Lob noch nie so indirekt überschüttet. Ich nehme das dankend zur Kenntnis. Ich habe es halt so empfunden. Ich bitte um Widerspruch. (Abg. Gennaro: „Erich, der Kreisky hat schon gesagt, ihr wisst gar nicht, wie viel Lob ich vertrage!“) Stellvertretend nehme ich seine Position heute ein, das halte ich locker aus.

Wo ich das Problem habe, dieser Wunsch, gerechte Preise zu erreichen für gute Produkte, das ist die raffinierteste Kunst überhaupt. Wir kennen alle genau, das geht bei den Edelbränden, das geht beim Wein, das geht beim Fleisch auf dem Teller. In der großen Kuvertüre geht das nicht mehr. Das heißt, wir müssen länger mit dem Produkt mitgehen.

Wir sind vielfach kritisiert worden, weil die offizielle Bauernvertretung, sprich Landwirtschaftskammer, sehr stark in die Direktvermarktung, in die neue, ich möchte fast sagen, Emotionalisierung, in die Aufwertung, wie der Abgeordnete Ober das angesprochen hat, der Produkte geht. Und das ist eine Erfolgsstrategie, weil es kann nicht wahr sein, dass nur Red Bull die Leute narrisch macht. Wenn ich heute ein Joghurt gegenüberstelle, glaube ich, dass die Langlebigkeit eher gesichert ist. Ab und zu nehme ich auch einen Schluck Red Bull, wenn ich einen starken Auftritt im Landtag habe zum Beispiel. Heute bin ich nicht dazugekommen, aber es geht trotzdem.

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, dass vor allem unsere Spezialisierungsoffensive, und zwar vom Konsumenten ausgehend, wie beim Fisch – ich habe einmal einem Fischer zugeschaut beim Fischen, der hat immer den Köder gekostet. Ich habe mir gedacht, bist ein armer Hund, wie wird der das wissen, was der Fisch für einen Köder will. Aber das ist der entscheidende Punkt, dass wir mit unseren Partnern des Handels, und dort liegt ein Problem, dass in der Handelsstruktur wir brutalste Veränderungen und Konzentrationen vorfinden, und daher ist automatisch diese Erzeugergemeinschaft, ich brauche nur den Präsidenten Kinsky anschauen, was sich zum Beispiel in der Holzbranche abspielt. Du willst Schleifholz verkaufen und es gibt einen Einkäufer. Da kannst du nicht mehr handeln – da gibt es nur mehr eine Möglichkeit, Waldwirtschaftsgemeinschaft – und sagen, da habe ich ein Produkt und das kostet das. Das funktioniert nicht immer, aber wenn ich das im Mund habe, diese Partnerschaft, die die zum Beispiel jetzt erlebt haben, wo Millionen Festmeter Holz liegen und die Holzindustrie und die Holzwirtschaft sagen, wir helfen euch, wo gibt es denn das noch? Das ist ein Wunder, das muss ich ganz ehrlich sagen. Dass ein Schaffer als Sprecher der Sägeindustrie sagt, wir werden dieses Holz in diesen gesamten Markt einbauen. Das ist die größte Hilfe. Was wir da an Aufarbeitung anbieten, ist natürlich ein guter Wille, damit da nicht viel ärgere Dinge passieren. Das heißt, auf dem Gebiet gibt es solche Partnerschaften.

Ich glaube, den Vaterschaftsprozess, wer grüner ist, Frau Kollegin Zitz, den halten wir aus. Bisher glaube ich noch immer, dass der Riegler zu uns gehört. Und gute Dinge nachmachen, gratuliere. Ein bisschen muss ich auch meinen Stand verteidigen, weil wir haben es ja nicht immer ganz leicht gehabt. Zu uns hat man ja manchmal gesagt, wir wären naive Optimisten. Sind wir nicht, sondern wir versuchen – (Abg. Stöhrmann: „Nur naiv!“) Du tu nicht stänkern, weil sonst fällt mir etwas ein.

Ich stelle nur fest, dass wir – und das ist heute angesprochen worden – den Kollegen Leidwein, den haben wirklich schon, möchte ich ganz ehrlich sagen, wir sind da, die die Politik machen. Und das möchte ich auch ganz ehrlich sagen, wenn ich unsere Landeskammerräte anschau, Biobauern, mehrere, nicht nur einer, der Sprecher der steirischen Biobauern, der ist ja sehr konsequent, dass sie tatsächlich diese Interessen vertreten und auch mit aller Klugheit und Leidenschaft vertreten. Ich glaube nicht, dass das Gegeneinander uns trifft.

Der entscheidende Punkt ist, was können wir am Markt, beim Konsumenten tun – und wir haben eine eigene zusätzliche Leistung dem Biobauern gegenüber –, um eine Verkaufsbegleitung, Verkaufsbetreuung bei den Großküchen, in der Gastronomie zu verwirklichen, um eben am Markt offensiv zu agieren.

Es ist ja ein Punkt direkt angesprochen worden, in der Frage des Milchzuschusses. Der Antrag ist so gestellt, dass wir nach Möglichkeit der finanziellen Mittel, ich bitte da wirklich um Verständnis, wir versucht haben, mit dem Flächenbeitrag 3, jene bäuerlichen Betriebe mit Milchlieferleistung zu erreichen, und damit das auch im Raum bleibt in der Stunde X, wo die Förderungen für die Steiflächen im Rahmen des ÖPUL vom Land in Anspruch genommen worden sind, weil wir ganz genau wissen, dass die Berggebiete die Grünland- und Milchgebiete sind, haben wir gegenüber anderen Ländern – und hören Sie jetzt zu, was wir da gewagt haben, und es war der richtige Weg –, und daher haben wir dort die Mittel drinnen. Es hat zum Beispiel Oberösterreich an Prämien für Steiflächen 27 Millionen, das sind noch die Schilling, und wir in der Steiermark 133 Millionen Schilling, um eben diese Kofinanzierung von der Europäischen Union, vom Bund und vom Land zu erreichen und nicht nur mit reinen Landesschillingen eine solche Hilfe im Grund vor allem auch anzubieten.

Ich bin sehr dankbar, dass wir auf dem Gebiet die Qualitätsoffensive entscheidend machen, dass wir natürlich in weiterer Folge, wenn die finanziellen Mittel verfügbar sind, eine solche Qualitätsbezuschussung möglich machen, aber es sollen damit keine kofinanzierten Projekte und vor allem Fördermöglichkeiten auf der Strecke bleiben.

Vielleicht einen Gedanken in Bezug auf die Erweiterung. Wir haben bereits in den siebziger Jahren miterlebt, dass diese osteuropäischen Exportkontingente zum Beispiel im Gemüsebereich ganz enorm klein- und mittelbäuerliche Betriebe betroffen haben. Der Gurkerlanbau, ich war selbst ein Gurkerlbauer zur damaligen Zeit, ist abgestürzt, als wir vor allem auf den internationalen Märkten ohne Schutz aus Asien und Osteuropa diese Produkte am Markt gehabt haben. Und eine der wesentlichsten Dinge ist vor allem, dass wir auch diesen globalen Markt haben. Daher ist unsere Gegenstrategie, unsere Gegenoffensive, die vor allem fast alle Redner am Pult

angesprochen haben, der entscheidende Schlüssel. Und es ist kaum ein Unglück, wo nicht ein Glück dabei ist. Wir sind darauf gekommen, dass es neue Grenzziehungen gibt. Denken wir nur an BSE-Geschichten. Wir haben derzeit noch die dramatische Situation, dass wegen einer BSE-Kuh in Niederösterreich der gesamte Export von Zucht- und Nutztvieh nach Kroatien brutal gesperrt wird. Es gibt Länder, wo das ganz hart ausgenützt wird, um im Ranking gewisse Chancen für sich selbst zu erreichen. Ich glaube daher, dass diese Lebensmittelsicherheit, dass diese regional gebundene Dynamik, dass vor allem die Produktentwicklung mit den Spitzengourmets einen ganz entscheidenden Grundansatz darstellt und daher war der Schlusssatz und ich möchte da den Kollegen Ober noch einmal ansprechen, wenn er sagt, die Landwirtschaft ist so quasi die Seele des ländlichen Raumes. Das ist der eigentliche Wurf, wo wir mit dieser nachhaltigen und vor allem letzten Endes auch touristischen und gewerblichen Offensive heute den ländlichen Raum wieder als Hoffungsraum haben. Wir haben ja früher die Landflucht beweint und heute wissen wir, dass es schon wüste Diskussionen sicher in der Stadt Graz, in Leoben und in vielen Gebieten gibt, dass die Frage der Stadtlucht, nicht nur was Geschäfte betrifft, sondern dass letzten Endes auch vor allem der ländliche Raum auch in der sozialen Kommunikation zwischen verschiedenen Alters-, Berufs- und vor allem ideologischen Gruppierungen ein unheimlich starkes Netzwerk hat und ich bin sehr froh, dass wir von der Landwirtschaft offen und offensiv auch gemeinsam mit dem Land starke Strategien entwickelt haben. (Beifall bei der ÖVP. – 12.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abgeordnete Kaufmann zu Wort gemeldet.

Abg. Kaufmann (12.54 Uhr): Ja, Herr Landesrat, das gehört zu einer von meinen liebsten Tätigkeiten, das Verserln mit dir. Nur, ich glaube, diesmal hast du verspielt. Ich habe da den „Grünen Bericht“ 1998/99 und da steht unter 1995 58.140 Betriebe in der Steiermark, die Quelle ÖSTAT, Agrarstrukturerhebung 1995 und mit großem Staunen im neuen „Grünen Bericht“ 1995 52.624, die Quelle ist ÖSTAT, Agrarstrukturerhebung 1995. Das musst du oder irgendjemand anderer erklären, warum zwei verschiedene Zahlen da drinnen sind und das ist ja nicht wenig, das sind 6000 Betriebe, um die sich die Berichte unterscheiden. Ich habe mich natürlich auf den „Grünen Bericht“ 1998/99 verlassen, den wir ja beschlossen, berichtet, zur Erkenntnis und weiß der Teufel was noch alles haben. Und diese Mimosenhaftigkeit, die passt ja überhaupt nicht zu dir. Wenn man über den Herrn Dr. Leidwein redet, dann glaube ich das schon, dass euch das nicht ganz gut passt, aber Herr DDr. Leidwein vom österreichischen Bauernbund hat in den Landwirtschaftlichen Mitteilungen Steiermark geschrieben, hat den Blick ins Land geschrieben und hat in der Bergbauernvereinszeitung geschrieben, also in drei Zeitungen, die alle bäuerlichen Betriebe bekommen und in diesen drei Zeitungen hat er das geschrieben, was ich da heute zitiert habe. Ich habe übrigens kaum ein Wort dazu getan oder weggelassen. Wenn jemand im Bauernbund so eine hohe Funktion hat, dann kann er das ja nicht alleine erfunden haben, sondern dann wird in den Gremien ja darüber gesprochen worden sein und er wird das dann wiedergeben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Herr Landesrat, schon in Startposition, bitte.

Landesrat Pörtl (12.56 Uhr): Der Obmann des steirischen Bauernbundes mit einem Großgrundbesitz von 7 Hektar, der in der Steiermark für die Agrarpolitik zuständig ist, den Leidwein lassen wir dort, wo er ist. Er ist gescheit, aber das ist der Unterschied zwischen viel wissen und gescheit sein. Das ist das Faktum, ich will ihn da gar nicht kritisieren. Er hat seine Meinung, ich habe meine Meinung. Ich sitze aber da und das, was ich da sage, gilt. Und daher ist bei der tatsächlichen Berichtigung das trotzdem – (Abg. Stöhrmann: „Also, was ich sage, gilt!“) Ja sicher, soll ich mich schämen vor mir selber? Ich muss mich selber mögen, sonst kann ich euch nicht mögen, das ist eine normale Geschichte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Das ist die Mentalität, die ihr habt, was ich sage, das gilt und alles, was die anderen sagen, da fahren wir drüber!“)

Ich habe ein kleines Wirtschaftlerl übernommen, ich habe fast alle Kulturen durchgeschöpft, fast alle Vieharten durchgeschöpft und ich bin nicht untergegangen. Da haben alle gesagt, die Kleinen gehören so quasi nicht mehr auf die unternehmerische Bühne. Gar nichts, du musst eben fleißig sein, verzichten können (Abg. Kaufmann: „Bist aber nicht der Einzige!“), ein Glück haben, dass du eine gute Partnerin hast und dass du das Glück hast, eine Umgebung zu haben, wo sich auch kleine Strukturen vor allem sammeln und eine Chance finden. Natürlich wäre es lustiger, ins Bad zu gehen, als in unserem Weingarten oben bei 45 Grad mit der Sense zu mähen. Aber ich kenne auch einige, die tun fest joggen, kriegen allerhand Krankheiten von dem und ich arbeite nebenbei noch produktiv. Das muss ich zusammenmixen und dann kommt auch ein kleinerer Betrieb durch.

Nur, ich stelle noch einmal fest, ich will nicht verlängern. Genau das habe ich gesagt, was du da jetzt beweisen wolltest. Die Grundlage der Erhebung war 1960 0,5 Hektar und jetzt ein bis 3 Hektar und das habe ich gemeint. Gut gemacht, aber wenn wir es nicht überrissen hätten, dann würde es furchtbar ausschauen. Es ist nicht so. Ich bitte um Kenntnisnahme. (Beifall bei der ÖVP. – 12.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen nun zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1095/1, Tagesordnungspunkt 3, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend bundeseinheitliches Tierschutzgesetz, zu Tagesordnungspunkt 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 866/1, Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 891/1, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern in land- und forstwirtschaftlichen Schulen zu Tagesordnungspunkt 5. Es ist eine punktuelle Abstimmung gewünscht. Ich darf den Antrag noch einmal zur Vorlesung bringen. Der Landtag wolle beschließen, Punkt eins: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, damit eine Integration von behinderten Schülern und Schülerinnen ab der 9. Schulstufe in allen allgemein und berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe II, insbesondere auch in land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, europarechts- sowie verfassungskonform erfolgt. Wer mit diesem Punkt eins des Antrages einverstanden ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Punkt zwei: Der im Ministerrat am 18. Juni 2002 beschlossene Entwurf des Schulorganisationsgesetzes, des Schulunterrichtsgesetzes sowie des Schulpflichtgesetzes ist daher neuerlich zu verhandeln und dahin gehend zu ändern, dass ein Schulversuchsauftrag (Paragraf 131 a SchOG) an allen Schulen auf der Sekundarstufe II einschließlich der polytechnischen Schulen und Berufsschulen mit der Möglichkeit auf Teilqualifizierung gesetzlich statuiert wird.

Die Damen und Herren, die mit dem Punkt zwei des Antrages einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt zwei des Antrages hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 781/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 470/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 880/2, Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Grundpreiszuschlag bei Milch, zu Tagesordnungspunkt 8 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 992/2, Tagesordnungspunkt 9, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 881/3, Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 728/1, Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 658/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend ein zeitgemäßes steirisches Frauenförderprogramm.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.04 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 658/1, der Abgeordneten Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend ein zeitgemäßes steirisches Frauenförderungsprogramm.

Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 15. Jänner und 3. Dezember 2002 die Beratungen durchgeführt.

Ein Element, das herausgenommen wird, ist, dass der Anwendungsbereich, wie in Punkt zwei unseres Antrages vorgeschlagen, um den Personenkreis der Lehrlinge ausgedehnt wird und dass das Landes-Frauenförderungsprogramm in Zukunft auch für den Bereich der Steiermärkischen Krankenanstalten gelten soll.

Zu den von uns angeführten 13 Punkten wird jeweils die Position des Landes angeführt.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses, betreffend ein zeitgemäßes steirisches Frauenförderprogramm, wird zur Kenntnis genommen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.04 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Um das Wort ersucht hat Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Beutl (13.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dieses Glas hier ist voll. Es gibt junge Wissenschaftlerinnen, die vor kurzem die Chancen und Probleme weiblicher Berufstätigkeit aus heutiger Sicht untersucht haben. Und sie sind der Meinung, das Glas ist halb leer und halb voll.

Es ist viel erreicht worden im letzten Jahrhundert für Frauen und de jure hat sich auch vieles gebessert. Verglichen mit den Forderungen der Frauen in den letzten Jahrzehnten fällt die Bilanz gewiss auch positiv aus. Frauen sind heute besser gebildet und jünger qualifiziert denn je. Und dennoch, in der Realität sind wir trotz aller Fortschritte noch weit entfernt von einer echten Gleichberechtigung und gibt es immer noch gravierende Nachteile für Frauen.

Das Phänomen, dass trotz Gleichstellungsgesetzen, Frauenförderplänen und verbesserter Bildungsvoraussetzungen – und da möchte ich jetzt einige Zahlen nennen, seit Jahren beginnen deutlich mehr Frauen als Männer ein Studium, 2001 waren es 12.904 Frauen und 9400 Männer, und erstmals in der Geschichte sind im letzten Jahr mehr Frauen als Männer mit dem Studium fertig geworden –, haben Frauen schlechtere Aufstiegschancen, werden sie schlechter bezahlt und sind in gehobenen Positionen von Verwaltung, Wirtschaft, Universität und wo immer man hinschaut stark unterrepräsentiert. Wir haben in ganz Österreich keine einzige Rektorin auf den Universitäten und nur sieben von 40 Vizerektoren sind Frauen und 39 Dekane haben nur eine einzige Kollegin. Prinzipiell gilt nach wie vor, je höher die akademische Karrierestufe, desto weniger Frauen.

Unerklärbar ist immer noch, dass trotz gleich guter Ausbildung und vergleichbarem akademischen Abschluss Frauen immer noch um ein Drittel weniger verdienen. Und das setzt sich in allen Bereichen fort. Die gläserne Decke, wie wir sie nennen, ist aus dickem Panzerglas und für Frauen reicht die Karriereleiter leider über das mittlere Management selten hinaus.

Es hat sich also gezeigt, dass spezifische Fördermaßnahmen für Frauen und Mädchen nicht ausgereicht haben, um wirkungsvoll Veränderungen zu erzielen. Daher ist dieser neue Ansatz des Gender Mainstreaming entwickelt worden. Ich möchte darüber heute nichts weiter verlieren. Wir werden darüber ganz sicher noch ausführlich diskutieren.

Wichtig ist, dass allgemeines Einvernehmen darüber besteht, dass dieses neue politische Verfahren keinesfalls den Verzicht auf Frauenfördermaßnahmen bedeuten darf. Diese müssen parallel und zusätzlich dazu durchgeführt werden. Beide sind sich ergänzende Strategien mit derselben Zielrichtung und beide müssen so lange verfolgt werden, bis die Gleichstellung erreicht ist.

Deshalb sind Forderungen nach Verbesserungen im Frauenförderbereich, wie sie dieser Antrag ja auch stellt, betreffend ein zeitgemäßes steirisches Frauenförderprogramm, durchaus in Ordnung. Trotzdem hat mich erstaunt, dass ein Jahr nachdem das steirische Frauenförderprogramm am 31. Juli in Kraft getreten ist, bereits ein Jahr danach hier dieser Antrag eingebracht wird und hier Mindeststandards gefordert wurden – 13 Stück an der Zahl. Und die Beantwortung durch die Landesregierung hat eigentlich ergeben, wenn man die Punkte alle der Reihe nach durchgeschaut hat, dass acht Punkte, acht Forderungen in diesem Antrag ohnehin in diesem geltenden Frauenförderprogramm schon geregelt und geklärt sind. Also eigentlich waren diese Punkte nicht wirklich dringlich, sondern schon erfolgreich umgesetzt. Auch in den anderen Punkten, die gefordert wurden, ist in dieser Regierungsvorlage ausgeführt, dass tatsächlich vieles von dem umgesetzt werden konnte. Ich denke zum Beispiel an den Geltungsbereich, der nun nicht nur auf Lehrlinge ausgedehnt wird – in der Verordnung, die zurzeit in Begutachtung ist, ist das aufgelistet –, sondern er wird auch für die Krankenanstalten zukünftig Geltung haben. Das heißt, die restlichen Punkte, die dann noch von diesen 13 Punkten überbleiben, auch in diesen Bereichen, wie zum Beispiel die Verbesserung für Teilzeitbeschäftigte in Führungsaufgaben, sind erledigt.

Denn auch hier läuft ein Pilotprojekt in der Steiermark und die Ergebnisse dieses Pilotprojektes werden demnächst vorgestellt werden und entsprechend berücksichtigt werden. Also auch hier gibt es eine positive Erledigung dieser Punkte sowie auch der eine Punkt, der durch eine neue gesetzliche Maßnahme bereits bei der Elternkarenz geregelt ist. Das heißt, insgesamt sind von diesen 13 Punkten nahezu alle positiv erledigt, was sehr erfreulich ist und ich möchte in diesem Zusammenhang auch der zuständigen Abteilung insbesondere aber der Gleichbehandlungsbeauftragten sehr, sehr herzlich danken, denn es ist auch immer wieder ihre Initiative und ihr Bemühen, dass es zu Verbesserungen kommt. Ich denke an die angesprochene Verordnung, die zur Zeit in Begutachtung ist und auch an Novellierungen des Gleichbehandlungsgesetzes.

Ein Dank auch an Frau Dr. Zieger-Ötsch, die uns versprochen hat, dass sie, sobald sie ein wenig mehr Luft im Sinne von ein bisschen mehr Freiraum und Zeit hat, daran gehen wird, die Gesetzestexte in eine geschlechtergerechte Formulierung umsetzen zu wollen. Sicherlich nicht nur jetzt die neuen Gesetze, sondern den gesamten Bestand. Ich glaube, auch das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, so dass wir in der Steiermark diese Forderung ebenfalls positiv abhaken können.

Ich möchte abschließend auf die Wissenschaftlerinnen zurückkommen, die ich eingangs zitiert habe, die in ihrer Analyse letztendlich zu dem Schluss kommen, man könne nicht behaupten, Frauen würden bewusst ausgeschlossen oder offen diskriminiert. Das können sie so nicht feststellen, aber sie machen einen Hinweis, der nicht uninteressant und vor allem nicht unbekannt ist. Es sind alt eingesessene gesellschaftliche Mechanismen, die da wirksam werden, informelle Seilschaften und Möglichkeiten zur gegenseitigen Unterstützung von Männern, die Frauen wegen familiärer Rücksichten oft nicht wahrnehmen können, wie zum Beispiel – und das wird auch angeführt –, dass nach einer Sitzung auf ein Bier gegangen wird, wo es dann die wichtigen Zusatzinformationen gibt. Frauen, die ja dann fast immer aus familiärer Rücksichtnahme bei diesem Biertrinken nicht mit dabei sind, müssen sehr wohl auf diese Zusatzinformationen verzichten. Es wird natürlich auch die Mitgliedschaft in diversen, sehr stark männerorientierten Serviceclubs oder Vereinen angesprochen, wo ebenfalls auf informelle Weise sehr viel quasi im Vorhinein geregelt wird. Also nichts Neues, wir wissen das. Wichtig ist nur, dass wir Frauen uns auch besser vernetzen müssen, Netzwerke aufbauen müssen, um einander zu unterstützen und zu helfen und deswegen sind die so genannten Mentoringprogramme, die es nun Gott sei Dank schon in allen Ländern schon gibt, auch in der Steiermark ist über das Büro Frau, Familie und Gesellschaft ein solches gelaufen und sie laufen auch in anderen Bereichen, dass diese Mentoringprogramme stärker angenommen werden. Denn die berühmte Räuberleiter, wie unsere Frau Landeshauptmann auch immer wieder sagt, die Frauen zur Unterstützung brauchen, ist einfach wichtig. In diesen Mentoringmodellen können Frauen von Vorbildern, von erfahrenen Kolleginnen, aber auch von Kollegen klarerweise lernen und können in Strategien und Mechanismen eingeführt werden. Ich denke, dass das sehr zeitgemäße Frauenförderung ist, die Frauen eben nicht nur annehmen müssen, sondern die man ihnen auch ermöglichen muss.

Insgesamt zu diesem Antrag, erfreulicherweise eine positive Erledigung und so gesehen können wir nur froh sein, in der Steiermark zu leben. (Beifall bei der ÖVP. – 13.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (13.15 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Ich bin sehr erleichtert, dass jetzt bei dem frauenspezifischen Thema einmal wirklich Regierungsmitglieder anwesend sind. Ich erinnere mich an eine Enquete zum Thema Gender Mainstreaming, wo Frauen von allen Fraktionen, wo viele Expertinnen anwesend waren, auch Experten, und wo Herr Landesrat Paierl ein Statement abgegeben hat, sich einige der Einführungsreferate angehört hat und sich dann verabschiedet hat. Sie können sich vorstellen, wie es da Leuten geht, für die so eine Landtagsenquete etwas ganz Besonderes ist, die sich vorbereitet haben für ihr Statement vor diesem Publikum, wenn das zuständige Regierungsmitglied sich dann nach kurzer Zeit verabschiedet. Es war leider auch ein Stück geringe Wertschätzung für die Frauen und punktuell auch Männer, die in diesem Bereich arbeiten. Deswegen bin ich erfreut, dass jetzt die Regierungsbank entsprechend besetzt ist.

Ein zweiter Punkt, ich möchte jetzt eine Person zitieren, die im Mai zum Gleichbehandlungsbericht des Landes Folgendes gesagt hat: „Die Umsetzung des Frauenförderprogrammes konnte in den letzten beiden Jahren nur vereinzelt wahrgenommen werden. Weder bei der Besetzung von Führungspositionen, noch bei der Informationspflicht an karenzierte Mitarbeiterinnen und nur im Einzelfall bei der Vereinbarung von Beruf und Familie wird nach dem Frauenförderprogramm beziehungsweise Landesgleichbehandlungsgesetz vorgegangen. Vielleicht ist eine Zwei-Jahres-Frist auch zu kurz, um wesentliche Veränderungen zu bemerken. Augenscheinlich fehlt es aber an der positiven Einstellung zum Thema Gleichbehandlung und Frauenförderung.“ Und stellen Sie sich vor, diese kritischen Worte, das war nicht ich oder Ingrid Lechner-Sonnek oder Peter Hagenauer, sondern das, Frau Kollegin, Frau Abgeordnete Beutl, das haben Sie damals gesagt, und zwar einfach auf Grund eines seriös erstellten Gleichbehandlungsberichtes, wo man draufkommt, dass die Umsetzung dieses Anliegens in der Steiermark noch – das sage ich jetzt einmal vorsichtig – einiger Dynamik bedarf.

Ich möchte jetzt auf einige Punkte näher eingehen, die für uns als Grüne sehr wichtig sind. Zuerst einmal, ich war ziemlich überrascht, wie ich gemerkt habe, dass man nicht genau weiß, was man eigentlich mit den Krankenanstalten tun soll. Ist das Landesdienst, ist das nicht Landesdienst. Man hat sich das zwei Jahre lang überlegt. Zum Glück ist da von Seiten der Gleichbehandlungsbeauftragten immer wieder Druck gekommen, absolut gesetzeskonformer Druck. Jetzt endlich hören wir, dass der grüne Entschließungsantrag vom letzten Mai umgesetzt wird, dass nämlich auch die KAGES das Frauenförderprogramm des Landes zu übernehmen hat und dass das per Verordnung des Personallandesrates jetzt tatsächlich in einem roten Ressort, um das dazuzusagen, endlich umgesetzt wird.

Der zweite Punkt, den ich sehr gut gefunden habe und das ist in der Regierungsvorlage bereits im Vorspann positiv beantwortet: Das Frauenförderprogramm gilt speziell auch für junge Frauen, für Lehrlinge. Mir ist es ein großes Anliegen, dass man auch für Lehrlinge, für Burschen und junge Frauen mit Gleichbehandlungsüberlegungen an die Ausbildung, an den beruflichen Einstieg herangeht und nicht erst dann, wenn es wirklich irgendwo klemmt, wenn man merkt, dass es auf einmal einen gläsernen Plafond gibt, wenn man merkt, dass der

größte Teil der Landesmittel einfach in die Gehälter von Männern fließt. Das ist europaweit und international eine Form der Bemessung auch von Ungerechtigkeit oder Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in Betrieben. Die Methode, dass man die Gehälter hernimmt, die Quote der Gehälter, um zu schauen, ob Gender Mainstreaming durchgeführt wurde oder nicht, stammt übrigens aus der konservativen Riege in Deutschland, CDU/CSU, die dieses Berechnungssystem vorschlugen. Für mich ist es teilweise sehr schlüssig, so vorzugehen, weil man dann wirklich je nach Hierarchie sieht, wie viele Frauen und wie viele Männer da bezahltermaßen welche Tätigkeiten tun.

Ein dritter Punkt noch, Umgehen mit Ausgliederungen. Wir haben heute im anschließenden Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Betriebsvereinbarung für die ausgegliederte Landesmuseum Joanneum GmbH.

Ich habe versucht herauszufinden, indem ich die Betriebsvereinbarung durchgelesen habe, welches Gleichbehandlungsrecht da für diese 232 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gilt, nachdem ihnen ja ihre bisherigen Rechte und Pflichten weiterhin zustehen. Mir ist nicht klar, ob sie weiterhin dem Landesgleichbehandlungsrecht unterworfen sind oder dem Gleichbehandlungsrecht für Privatangestellte. Das hat mir bis auch niemand sagen können.

Ich bin auch ein bisschen verwundert, dass in dieser Vereinbarung zum Landesmuseum Joanneum zwar sehr viele Bereiche geregelt sind, etwa Telefonkosten beziehungsweise die Verwendung von Dienstfahrzeugen des Landes, bis hin zur Frage, wie geht es weiter mit dem Palais Attems, aber die Frage Gleichbehandlung ist überhaupt nicht angeführt. Ich denke, dass das sehr vernünftig wäre, dies beim Landesmuseum Joanneum raschest abzuklären, damit nicht eine Situation entsteht analog zur KAGES, wo man eigentlich jahrelang grübelt und wir dann per Entschließungsantrag von Seiten der Grünen etwas einfordern haben müssen, was auf der Hand liegt, nämlich, dass die KAGES selbstverständlich dem Frauenförderungsprogramm des Landes unterworfen ist und sich daran zu halten hat.

Ein letzter Punkt noch: Frau Kollegin Beutl, Sie haben zu unserem Antrag zeitgemäßes steirisches Frauenförderungsprogramm gemeint, dass wir – ich sage es jetzt sehr verkürzt, Sie entschuldigen – Punkte verlangt haben, die eigentlich umgesetzt sind. Ich teile da Ihre Ansicht nicht. Wir haben uns bei diesem Antrag sehr genau überlegt, wo zum Beispiel die Situation im Magistrat Graz sehr viel besser ist – konkret etwa die 50-Prozent-Quote im Magistrat Graz, nur eine 40-Prozent-Quote im Landesdienst. Wir haben geschaut, ob zum Beispiel die Frage der Betriebskindergärten in der Steiermark adäquat gelöst ist. Ich habe vor kurzem mit einem KAGES-Mitarbeiter gesprochen, der mir gesagt hat, dass jetzt, auch durch die neue Kinderbetreuungsförderung, im Bereich der Krankenanstalten endlich Betriebskindergärten forciert werden. Es sind sehr viele Leute, die einpendeln und zu teilweise nicht besonders angenehmen Dienstzeiten die Arbeit antreten müssen und die größte Probleme haben, in der Region eine Kinderbetreuungsstätte zu finden. Deswegen machen Betriebskindergärten sehr viel Sinn.

Ein drittes Thema von unserer Seite ist natürlich, dass im Rahmen von Personalabbau im öffentlichen Sektor sehr oft Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert werden. Eine Gewerkschafterin oder ein Gewerkschafter würde mir jetzt zu Recht antworten, naja, das sind sehr oft C- oder D-Stellen, das sind sehr oft Stellen, die nicht gut bezahlt sind, wo man relativ wenig Aufstiegschancen hat. Aber das, was mir auffällt, ist, dass in diesem Bereich viele Frauenarbeitsplätze verloren gegangen sind, anstatt dass man sich überlegt, wie man diese Arbeitsplätze umdefinieren, aufwerten oder den Frauen, die in diesem Bereich tätig sind, auch entsprechende Qualifikationsangebote anbieten könnte.

Was die Qualifikation, also die Einladung und auch die Freistellung für Weiterbildungsmaßnahmen, betrifft, habe ich den starken Verdacht, dass im Land Steiermark die Qualifikation durchaus „statusmäßig“ stattfindet und dass es tendenziell Männer sind, die die teureren, komplizierteren, aufwändigeren Programme in Anspruch nehmen und nicht die Frauen.

Ich habe jetzt einige Punkte herausgesucht, wo ich froh bin, dass die Regierungsvorlage da teilweise seriös auf unsere Kritikpunkte eingeht.

Was für mich abschließend jetzt wirklich politisch zu bearbeiten wäre, von mir aus auch verfassungsrechtlich, wenn es da Unklarheiten gibt, ist, ob und wie das Gleichbehandlungsrecht in ausgelagerten, ausgegliederten Einheiten, die früher beim Land waren, gilt. Und nachdem leider Gottes teilweise sehr kurzfristig und unüberlegt immer mehr privatisiert wird und diese Tendenz auch vor dem Land Steiermark nicht Halt macht, reicht es für mich nicht, wie gesagt, etwa in die Betriebsvereinbarung zum Landesmuseum Joanneum reinzuschreiben, dass es okay ist, den Fuhrpark des Landes zu verwenden und wie die Telefonkosten gedeckelt sind, aber die Frage Gender Mainstreaming und Gleichbehandlungsrecht für Frauen beziehungsweise auch Männer, dort, wo es angebracht ist, überhaupt nicht anzureißen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Koller. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Koller (13.26 Uhr): Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Kollegin Zitz hat die Enquete angesprochen, dass wertmindernd ist, wenn niemand von der Regierung da ist. Ich sehe, dass die Wertschätzung auf einem ganz anderen Gebiet liegt. Es ist nicht eine physische Anwesenheit erforderlich, um zu zeigen, dass man dahinter steht, dass man sehr wohl Frauen fördert. Und davon bin ich überzeugt, dass unsere Regierungsmannschaft das sehr wohl macht und sehr wohl schaut, dass Frauen überall richtig platziert werden.

Aber grundsätzlich, obwohl ja die Regierungsvorlage besagt, dass im Prinzip die Punkte mehr oder weniger behandelt sind, freuen wir uns, dass dieses Frauenförderungsprogramm wieder beschlossen wird.

Neben den Zielen der Chancengleichheit, Änderung der Berufshierarchie, Überwindung rollenspezifischer Arbeitsteilung, der Information, der Aus- und Weiterbildung ist vor allem der Punkt der flexiblen Arbeitsstruktur entscheidend, denn es ist sicher für viele Frauen dadurch leichter geworden, wenn sie individuell die Arbeitszeit- oder die Arbeitsplatzenteilung treffen können, die Familie und den Beruf unter einem Hut zu vereinbaren und auf diese Art und Weise dann auch keine Gewissensbisse haben müssen, weil sich halt nicht alles optimal verbinden lässt.

Nachdem ich jetzt das Thema Familie bereits angesprochen habe, ist auch die Weiterbildung während der Karenzzeit ein entscheidender Schritt für die Rückkehr, vor allem in unserer jetzigen Zeit, wo durch Computerarbeitsplätze doch ein sehr rascher Zeitwandel gegeben ist. Es ist notwendig, am Laufenden zu bleiben und damit auch eine erfolgreiche Rückkehr zu garantieren. Auch die gezielten Fortbildungsmaßnahmen, die in dem Programm angesprochen werden, und zwar am Anfang, wenn man wieder in das Berufsleben einsteigt, sind sicherlich wichtig, wobei da nicht nur jetzt das fachliche Nachlernen für mich das Entscheidende dabei ist, sondern auch das menschliche; das Gefühl, das gegeben wird, dass einem weitergeholfen wird und dass man gerne wieder im Berufsalltag in die Gruppe aufgenommen worden ist. Das steigert nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern letztendlich wird damit auch die Effizienz der Arbeit gesteigert.

Weiters ist natürlich die Teilzeitarbeitsmöglichkeit für Familie und Beruf sehr positiv zu bewerten. Auf diese Art und Weise wird die Entscheidung für so manche Frau leichter zu treffen sein, weil ja trotzdem sämtliche Möglichkeiten des beruflichen Fortkommens und auch der beruflichen Weiterbildung gewahrt bleiben.

Allgemein gesprochen, es ist erfreulich, dass das Bewusstsein der Frauenförderung, das Bewusstsein für die Vereinbarkeit Beruf und Familie überall gestiegen ist. Dies beweist jetzt nicht nur dieses Landesfrauenförderungsprogramm, sondern auch die vielen Schwerpunkte der Frauenförderung im steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm.

Es würde jetzt zu weit führen, all diese Maßnahmen aufzuzählen. Wichtig aber ist für uns alle, immer wieder auf diese Fortbildungsmöglichkeiten hinzuweisen, in Diskussionen die Chancengleichheit für Frauen herauszustreichen und auch so mancher Frau noch Mut zuzusprechen, die Angebote auch für sich selbst zu nutzen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg, nämlich dem, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten haben. (Beifall bei der ÖVP. – 13.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes um das Wort ersucht hat die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es dir.

Abg. Dr. Bleckmann (13.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Man sieht, wie bei Gender Mainstreaming, bei der Enquete, wie groß die Anwesenheit ist. (Abg. Stöhrmann: „Ich bin da!“) Ist anwesend, der Herr Bürgermeister. Ich freue mich. Du warst bei der Enquete nicht da, gelt? Aber jetzt hier, auch gut.

Es geht um die gläserne Decke einerseits. Und ich denke mir, dass vor allem wir Politikerinnen hier aufgerufen sind, und das aber gemeinsam mit den Männern, hier zu verändern und uns selbst Netzwerke und auch informelle Gremien zu schaffen. Einer von den Kollegen, und ich muss ihn hier zitieren, hat gesprochen davon, dass bei ihm zu Hause es eh schon halbe-halbe gibt, denn er steht im Grundbuch und seine Frau im Telefonbuch.

Und so lange diese Sicht der Dinge vorherrschend ist und vor allem bei unseren Männern vorherrschend ist, wissen wir, wir haben noch viel Arbeit, viel Aufklärungsarbeit im Bereich der Gleichbehandlung, Gleichbewertung und Gleichstellung von Frauen zu tun, wenn eben Familiengleichstellung auch von Kollegen hier im Haus so gesehen wird. (Beifall bei der FPÖ.) Ich muss das sagen. (Landesrat Schützenhöfer: „Es kann aber auch sein, dass sie ihm die Telefonleitung gekappt haben, weil er nicht mehr zahlen kann!“) Vielleicht wurde eben die Telefonleitung gekappt, wie Herr Landesrat Schützenhöfer sagt, weil er sie nicht mehr zahlen wollte. Das hast du jetzt gesagt, nicht meine Interpretation! (Landesrat Schützenhöfer: „Ja, man weiß es nicht!“)

Aber ich möchte diesen Tagesordnungspunkt auch nutzen, weil es mir einerseits ein wichtiger Bereich ist, die Frauenförderung, um auch noch ein paar persönliche Worte zu finden, nachdem es meine letzte Wortmeldung hier in diesem Haus sein wird, nachdem ich in den Nationalrat wechseln werde. (Beifall bei der ÖVP.) Was, ihr klatscht? Freut euch das so, liebe Kollegen? Das ist der Vorlorbeerapplaus, oder? Weil die zwei Frauen, die wir im Nationalrat haben – wir haben leider nur noch zwei Mandate –, aber diese Mandate seitens der freiheitlichen Nationalratsabgeordneten sind eben Frauen und insofern betreiben wir hier auch in diesem Bereich Frauenförderung. (Landesrat Schützenhöfer: „Ein bisschen ungewollt!“) Ein bisschen ungewollt, das ist richtig! Mir wäre es lieber, wir wären vier und wir hätten es halbe-halbe. Das ist richtig, das wäre mir um vieles lieber gewesen.

Ich bin seit 1991 in diesem Hause und habe ja auch die unterschiedlichsten Funktionen bekleidet und war damals die jüngste Landtagsabgeordnete. Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, dem damaligen Klubobmann German Vesko noch einmal zu danken, denn er hat dafür gesorgt, dass ich mein Studium auch in der Zeit als Abgeordnete beendet habe, weil er darauf sehr viel Wert gelegt hat. Ich möchte einem anderen auch danken, der auch nicht mehr in diesem Hause ist, der zu meiner ersten durchschlagenden Rede beigetragen hat und das war Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, der Herr Professor, der mit seinen Einwüfen – wer sich er-

innern kann – wirklich dazu beigetragen hat, dass meine Budgetrede in meinen Augen noch interessanter geworden ist. Einer, der jetzt auch gerade nicht da ist – und er wird mir wirklich schwer abgehen im Nationalrat –, ist Herr Kollege Gennaro, weil er hat es mir immer leicht gemacht, hier am Rednerpult dann noch auf den einen oder anderen Einwurf einzugehen. Als jüngste Klubobfrau möchte ich den damaligen Kollegen auch danken, es waren der jetzige Landesrat Schützenhöfer und Flecker, Klubobmann Brünner und Klubobfrau Zitz, die, denke ich, doch in fairen und harten Verhandlungen auch bei allen inhaltlichen Auseinandersetzungen damals im so genannten freien Spiel der Kräfte doch einiges auch weitergebracht haben für die Steiermark. Und als Landesrätin möchte ich vor allem Frau Landeshauptmann danken, die hier immer eine faire Verhandlungspartnerin war und wir haben es möglich gemacht, auch in der kurzen Zeit, in der ich Landesrätin war, im Revitalisierungsprogramm eine Verdoppelung der Aktivitäten zu erreichen und bei der Kindersicherheitsaktion dazu beigetragen, dass wir die Kinderspielplätze in der Steiermark erneuert haben, wo ja auch einige Bürgermeister hier in diesem Raum dazu beigetragen haben und die Förderungen in Anspruch genommen haben. Ich denke, das ist etwas, was nachhaltig erreicht werden konnte. (Beifall bei der FPÖ.)

Nach den persönlichen Höhen und Tiefen, die ich dann hinter mich gebracht habe, bin ich wieder zurück an den Start gegangen und habe wieder als Landtagsabgeordnete begonnen und als Sozialsprecherin. Hier wünsche ich mir wirklich, dass wir das Behindertengesetz und das Pflegeheimgesetz möglichst rasch zu einem Abschluss bringen, denn ich denke mir, die Steirerinnen und Steirer, die brauchen dieses Gesetz, vor allem das Behindertengesetz. Wir sind ja schon sehr weit und hier ist wirklich der Kollegin Gross zu danken für ihre guten Verhandlungen, wo sie sich immer wieder bemüht, auch alle Meinungen miteinzubeziehen. Das ist etwas, was mir auch schon gesagt worden ist, was im Nationalrat nicht mehr so ist, dass alle Gehör finden und dass man sich bemüht, auch alle Meinungen mit einzubeziehen in einem konsensualen Gremium, das bei uns ja die Unteraus-schussverhandlungen sind. Insofern hoffe ich, dass diese Verhandlungen wirklich zu einem positiven Ende kommen werden und auch zu einem raschen Ende.

Ich freue mich, jetzt nach elf Jahren hier in diesem Haus, dass es für mich zu einer Veränderung, zu einer neuen Herausforderung kommt, denn ich denke mir auch, nach zehn Jahren am selben Ort ist es Zeit für einen Ortswechsel, eben auch auf Grund meiner Bundesfunktion in der Partei. Ich denke mir, ich werde die Frau Landeshauptmann ja jetzt noch öfter in Wien bei den Verhandlungen sehen und treffen. (Abg. Gennaro: „Ich habe geglaubt, du sagst ‚vermissen!‘“) Auch das werde ich, aber das kommt noch ein bisschen später. Aber nachdem ich die Medienlandschaft jetzt in Wien auch kennen gelernt habe, muss ich sagen, konnte ich es nicht so wertschätzen, aber ich tue es heute und danke somit auch den Medien für die meistens faire und gerechte Berichterstattung in der Steiermark, denn in Wien – Wien ist anders, das habe ich feststellen müssen – ist ein anderes Parkett, das stattfinden wird. Aber wie gesagt, Wien ist anders und so wie Sie mich hier alle kennen gelernt haben, werden mich halt auch die Wiener Kollegen dann kennen lernen. Und eines ist sicher, lieber Kollege Gennaro, vor allem dich werde ich vermissen das habe ich vorher schon gesagt, wie du nicht herinnen warst. Ich werde dich vor allem vermissen bei meinen Reden. (Beifall bei der SPÖ.) Ich hoffe, ich finde jemand Ähnlichen im Nationalrat. (Abg. Majcen: „Das gibt es nicht!“) Er ist einzigartig, oder? Ich fürchte es auch, er ist einzigartig! Aber vielleicht werde ich doch den einen oder anderen von den Kollegen hier im Nationalrat treffen. Auf jeden Fall werde ich für die Steiermark in Wien das Beste geben, so wie Sie es alle hier auch im Steiermärkischen Landtag machen und ich wünsche uns allen für die Steirerinnen und Steirer das Beste, ich danke noch einmal allen und werde Sie natürlich alle vermissen! (Allgemeiner Beifall. – 13.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Bleckmann alles Gute und persönliches Wohlergehen! Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Reinprecht.

Abg. Dr. Reinprecht: Nach der Abschiedsrede verzichte ich!

Präsidentin Dr. Rieder: Dann liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung und ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1071/1, der Abgeordneten Schleich, Schrittwieser, Stöhrmann, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfel, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht und Dr. Rieder, betreffend Änderung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz bezüglich Heizanlagen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (13.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Wohnbau von den sozialdemokratischen Abgeordneten bringen, betreffend Änderung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz bezüglich Heizanlagen.

Der Ausschuss für Wohnbau hat in seiner Sitzung am 3. Dezember 2002 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt.

Bei der Abstimmung am 3. Dezember 2002 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss für Wohnbau stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag 1017/1 der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, betreffend Änderung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz bezüglich Heizanlagen, wird zur Kenntnis genommen. (13.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erster am Wort ist Herr Abgeordneter Majcen. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Majcen (13.40 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, liebe Gäste!

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt heute zu behandeln, obwohl dieser Tagesordnungspunkt sich mit einer Materie befasst, wo man sich eigentlich freuen müsste, dass es diese Novelle in der Wohnbauförderung, insbesondere in dieser Durchführungsverordnung gibt. Es ist auch noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass die Regierung diese Verordnung einstimmig beschlossen hat. Wenn wir so auf der Welt herumschauen und den heurigen Sommer Revue passieren lassen und uns die täglichen Nachrichten über Katastrophen auf der Welt anschauen konnten, die, wie von vielen Experten behauptet wird, von der Veränderung der Umwelt hervorgerufen werden, nämlich vom Klima, vom geänderten Klima hervorgerufen werden, dann hat auch Österreich und dann hat auch die Steiermark natürlich die Verpflichtung, sich dieser Herausforderung zu stellen und Maßnahmen zu setzen, damit die von den Experten wiederum vorgeschlagenen Veränderungen bekämpft werden können.

Ich erinnere daran, dass es ein Kyoto-Protokoll gibt und dass sich Österreich verpflichtet hat, im Rahmen dieses Protokolls seine Emissionen um 13 Prozent zu senken – CO₂-Emission. Ich erinnere daran, dass die Aufhebung der Zweckbindung in der Wohnbauförderung unter anderem damit begründet war, dass es geheißen hat seitens des Bundes, kann auch für Maßnahmen der Infrastruktur und der Erreichung der Kyoto-Ziele verwendet werden, natürlich auch in der Wohnbauförderung. Um dieses Kyoto-Ziel, meine Damen und Herren, zu erreichen, wird vor allem im Raumwärmebereich durch Effizienzverbesserungen einerseits und durch Holzheizungen andererseits der Schwerpunkt zu setzen sein. Darüber sind sich alle Experten einig. Beides ist mit der Novellierung der Wohnbauförderung in der Steiermark erfolgreich in Angriff genommen worden.

Um die steirischen Kyoto-Ziele im Raumwärmebereich auch nur annähernd zu erreichen, muss die Zahl der jährlich neu zu installierenden Holzheizungen mindestens verdreifacht werden. Bei Nichterreichung dieses Zieles drohen ab dem Jahr 2008 und später Strafzahlungen. In den USA – nur so als Nebensatz – wurde in der vergangenen Woche erstmals eine Klage gegen die Umweltbehörde wegen Nichteinhaltung des Kyoto-Zieles eingereicht. Es wird zwar noch einige Zeit dauern, bis diese Sache ausjudiziert ist, aber wenn man die Urteile der US-Gerichte, zum Beispiel gegen Zigarettenkonzerne, hernimmt, dann lässt sich bereits erahnen, welche Bewegung damit auch in den USA ausgelöst werden kann, wenn die Regierung weiterhin konsequent gegen CO₂-Einsparungen dort auftritt.

Meine Damen und Herren, was hat diese Verordnung, von der wir reden, eigentlich zum Inhalt? Ich muss das deshalb sagen, weil immer so getan wird, als wüssten alle, was sozusagen Sache ist.

Diese Novelle in der Durchführungsverordnung hat zum Inhalt, dass die Eigenheimförderung – und um die geht es auch in diesem Antrag – an einige Punkte gebunden ist. Wer also eine Eigenheimförderung haben möchte, eine Förderung seitens des Landes, muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Erstens: Eine Bestätigung über die Durchführung einer bautechnischen Energieberatung von einer amtlichen Energieberatungsstelle. Jetzt kann man sagen, das ist furchtbar, weil das ist halt Bürokratismus. Es ist auf der anderen Seite auch eine Hilfe für den, der ein Haus baut.

Zweitens: Der Raumwärmebedarf darf bei einem Wohnhaus maximal 60 Kilowatt je Quadratmeter und Jahr betragen, das heißt, bestimmte Ziegelstärken, bestimmte Isolationen und so weiter sind zu verwenden.

Drittens – und das ist der wesentliche Punkt: Die Verwendung einer Heizanlage mit fossilen Brennstoffen soll grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die neuen Heizungsformen sind daher Fernwärmeanschluss, Pelletheizung, Hackschnitzelheizung, Stückholzvergaserkessel mit Pufferspeicher, Wärmepumpenheizung monovalent und so weiter. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Meine Damen und Herren, durch Energieberatung und Begrenzung des Raumwärmebedarfs sollen die Wohnobjekte fachlich noch qualifizierter errichtet werden, womit ein wesentlicher Beitrag für die Energieeinsparung und Betriebskostensenkung geleistet wird, nämlich auch im Interesse der Bewohner. Die Betriebskostensenkung wird von Experten angegeben als mindestens eine 10-prozentige Betriebskostensenkung. Und für allfällige Mehrkosten bei der Anschaffung alternativer Heizungsanlagen werden zur Basisförderung Zuschläge gewährt. Das heißt, es wird akzeptiert, dass Alternativheizungen einen höheren Aufwand bedeuten, aber das wird in der Wohnbauförderung durch Zuschläge abgegolten.

Das alternative Heizsystem sowie zusätzliche alternative energiesparende Maßnahmen, wie zum Beispiel Solaranlage für Warmwasseraufbereitung, Brauchwasserwärmepumpe, teilsolare Heizung, Photovoltaik, werden mit einem Zuschlag von – um es in Schilling zu sagen – knapp 100.000 Schilling gefördert zur normalen Wohnbauförderung; das Niedrigenergiehaus, das ist ein Haus bei einem durchschnittlichen Heizwärmebedarf maxi-

mal 50 Kilowatt pro Quadratmeter pro Jahr, einen Zuschlag von 150.000 Schilling. Das Superniedrigenergiehaus, das ist ein Haus mit einem durchschnittlichen Heizwärmebedarf von maximal 40 Kilowatt pro Quadratmeter pro Jahr, erhält einen Zuschlag von 206.000 Schilling zur normalen Wohnbauförderung.

Die neue Wohnbauförderung bezieht sich in der Steiermark – damit wir alle wissen, wovon wir reden – auf rund 1800 Eigenheime jährlich. Von den rund 2300 geförderten Eigenheimen in der Steiermark pro Jahr sind ungefähr 1800 neu. Das sind 0,4 Prozent der steirischen Haushalte.

Zur Eigenheimförderung gibt es dann noch einen Direktzuschuss in der Höhe von 1800 Euro für Hack-schnitzelzentralheizungsanlagen, von 1400 Euro für Pelletszentralheizungsanlagen und von 1100 Euro für Pelletszentralheizungsöfen und Scheitholzgebläsekessel.

Meine Damen und Herren, damit hat die Steiermark in Österreich das modernste Wohnbauförderungsgesetz im Sinne der Gesamtbedingungen, denen wir in Österreich ausgesetzt sind. Es ist eigentlich nicht einzusehen, warum wir diese fortschrittliche, moderne Gesinnung in der Wohnbauförderung aufgeben oder ändern sollten.

Meine Damen und Herren, Verwendung erneuerbarer Energieträger heißt nämlich auch, die Zahl der erforderlichen Erdöltransporte zu reduzieren. Wenn ich an Umweltkatastrophen wie jetzt in Spanien denke, auch das wird minimiert.

Es gibt, meine Damen und Herren, Experten, ernst zu nehmende, großartige Experten, die sagen, die Steiermark hat mit der Biomasse, mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz einen Erzberg des dritten Jahrtausends. Und wenn wir das so sehen, dann muss man sagen, diese Wohnbauförderung ist etwas, auf das wir stolz sein können. Wir sollten aufpassen, dass wir sie nicht durch Ausnahmen und Ausnahmen und Ausnahmen zerstören oder zerlöchern, sonst erreichen wir das Ziel nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, Österreich und die Bundesländer bekennen sich zu einer nachhaltigen Entwicklung im nationalen Umweltplan. Das Prinzip der Nachhaltigkeit unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Umweltpolitik.

Die Steiermärkische Landesregierung hat sich mit dem Landesumweltprogramm Steiermark LUST in der Regierungssitzung am 15. Mai 2000 einstimmig zu diesem Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt, LUST zum integrierenden Bestandteil des Regierungsprogramms der gegenwärtigen Steiermärkischen Landesregierung erklärt. Das Prinzip der Nachhaltigkeit wurde in der Regierungssitzung vom 26. November 2002, also vor wenigen Tagen, noch einmal bekräftigt und darin neben der umweltpolitischen auch die wirtschaftliche und sozialpolitische Komponente hervorgehoben. Die Beschlussfassung erfolgte mit Zustimmung der Regierungsmitglieder der SPÖ.

Österreich hat sich als Mitgliedsstaat der Europäischen Union verpflichtet, das Kyoto-Ziel einzuhalten. Das ist im nationalen Aktionsplan festgehalten.

Die Steiermark ist seit Jahren Mitglied des Klimabündnisses und hat sich darin, wie viele andere steirische Gemeinden, auch verpflichtet, die klimarelevanten Emissionen sogar um 50 Prozent zu verringern.

Viele steirische Gemeinden, denen auch sozialdemokratische Bürgermeister vorstehen, bekennen sich ausdrücklich zu diesem Ziel, darunter auch die Landeshauptstadt Graz. Dieser Einsatz von neuen Energieformen dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern eröffnet auch für unsere Land- und Forstwirtschaft neue Wege. Die Wertschöpfung aus heimischen Wäldern macht uns vom Ausland weniger abhängig. Die Erdölvorräte werden immer geringer, während die Biomasse ständig nachwächst. Darüber hinaus ist festzustellen, dass es in der Steiermark auf Grund der besonderen Situation eine hervorragende technische Innovationsentwicklung gibt und heute solche Heizungen gleichzusetzen sind, vom Komfort, von der Anschaffung, von der Bedienbarkeit mit den so viel gelobten Ölheizungen. Das heißt mit anderen Worten, es gibt keine technischen Nachteile, im Gegenteil, dazu gibt es sogar eine Reihe von Innovationen.

Meine Damen und Herren, es wäre falsch jetzt durch vielleicht wirklich die da oder dort auftauchende Sondersituation diese Verordnung zu durchbrechen, denn ich stelle noch einmal fest, von den steirischen 544 Gemeinden haben 161 ein Gasnetz. Es ist selbstverständlich dort gestattet, das Gasnetz in der Wohnbauförderung heranzuziehen. (Abg. Stöhrmann: „Wo steht das?“) In einem internen Erlass der Steiermärkischen Landesregierung, die Herr Landesrat Schützenhöfer uns zur Verfügung gestellt hat. (Abg. Stöhrmann: „Wo steht das? Sie können nicht etwas behaupten. Bleiben wir bei der Wahrheit!“)

Herr Abgeordneter Stöhrmann, darf ich nur sagen, diese Regelungen sind alle im Internet abrufbar, sind öffentlich zugänglich. (Abg. Gennaro: „Meine Großmutter hat kein Internet!“) Ja, aber die hat dann auch das Gesetzblatt, wo es drinnen steht, nicht. Oder hat sie das daheim? Mache ihr aus dem Internet einen Abdruck, bringe ihn ihr nach Hause und sage ihr einen schönen Gruß von mir und von dir und dann hat sich das auch. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, das sind fadenscheinige Begründungen und ich bin stolz darauf, dass ich der Partei angehöre, die in der Steiermark auf diesem Wege einen Schritt nach vorne macht, der uns weiterbringen wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Schleich. Ich erteile es dir.

Abg. Schleich (13.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Es war schon interessant zu hören, was mein Kollege, Herr Abgeordneter Majcen, aus seiner Sicht dargestellt hat. Lieber Franz, ein paar Punkte möchte ich am Anfang gleich einbringen. Ich glaube, bei einem so sensiblen Thema den Vergleich mit den USA zu bringen, da will ich gar nicht anhängen. Ich glaube, das passt sicher nicht, weil die haben am wenigsten dafür getan, du hast es in den Mund genommen. Das Kyoto-Ziel minus 13 Prozent, das unterstreichen wir Sozialdemokraten nicht nur, sondern das fordern wir mindestens ein. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, es wird keiner in diesem Haus – davon bin ich überzeugt – den Sozialdemokraten vorwerfen, dass sie nicht umweltfreundlich sind, dass sie nicht alles tun, um dies zu erreichen und das kann ich schon deshalb vorweg nehmen, denn gerade in unseren Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden sehr viele Gasnetze verlegt und wurde, wenn Sie Leoben und andere Stadtgemeinden hernehmen, dieses Ziel von 13 Prozent nicht nur erreicht, sondern jährlich unterschritten, so groß waren die Mengen und so hat man die Lebensqualität verbessert. (Beifall bei der SPÖ.) Deshalb soll man es nicht in der Form, wie es hier gebracht wird, darstellen. Wenn man bedenkt, dass es hier darum geht, nicht mit einer Verpflichtung und nicht mit einer Verordnung damit Leute zu motivieren, umweltfreundliche Heizungen einzubauen, sondern es sollte das Ziel unser aller sein, Förderungen zu schaffen, dass wir es freiwillig machen, gerne machen und aus Überzeugung machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Überzeugung wäre sehr einfach gewesen. Liebe Freunde von der ÖVP, wir haben euch nicht nur die Hand hingestreckt, sondern es waren ja X Gespräche, wenn ich nur an den Wohnbaubeirat denke, wo ja Herr Abgeordneter Majcen der Vorsitzende ist, wo wir darüber diskutiert haben. Diese Verordnung ist herausgekommen und man hat damals noch nichts im Internet gelesen, aber die Bürger waren schon verunsichert, weil es bekannt war. Dann ist natürlich später im Internet gekommen, dies und jenes wird ausgenommen. Diese Unsicherheit darf einfach nicht da sein. Es muss festgeschrieben sein, wo sind die Ausnahmen und der Bürger muss ganz genau wissen, wie ist er dran, was darf er hoffen. Es geht ja darum, liebe Freunde, wenn dann dieser Antrag zum Landesenergiebeauftragten kommt, dass er auch vorher schon weiß, hat er dort ein Recht was zu machen. Ich glaube, wir alle haben das Ziel, dass es eine Pelletsheizung ist, eine Holzheizung ist. Übrigens, ich heize auch mit Holz, dass niemand sagt, es ist hier die Öllobby unterwegs, mit Sicherheit nicht, sondern die oberste Lobby ist, für die Umwelt etwas zu tun und das kann ich nur mit zusätzlichen Förderungen und nicht damit, dass ich dem Häuslbauer, der sich erstens einmal schwer sein Geld erspart, zweitens mit viel Eigenleistung sein Haus baut und drittens – das muss man sagen – sich nicht verpflichten lassen muss, dass er nur dann eine Förderung bekommt, wenn er diese Heizung einbaut, sondern ihm muss ich einen zusätzlichen Anreiz geben, dies zu verwirklichen. Ich glaube, das wäre das Ziel aller gewesen, wie wir auch alle damit nicht nur leben hätten können, sondern etwas Gutes getan hätten für jene. Mir tut es eben ein bisschen weh, wenn ich denke, dass jene Leute, die kein Problem haben, die ihr Haus mit Auftrag vergeben, die mehr als 300 Quadratmeter haben, keine Auflage haben. Der kann jede Heizung machen, weil er braucht ja die Förderung nicht. Und dann zu vergleichen, dass wir hier das Ziel einhalten müssen, da müssen wir woanders beginnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Seid mir nicht böse, wenn ich ein bisschen einen Vergleich ziehe, der nicht anerkannt ist. Aber wenn wir heute schauen, wo wir überall hin verreisen und dass das Kerosin von oben herunterkommt von den Flugzeugen und dann glauben wir, der kleine Häuslbauer wird das Opfer sein, ich glaube, da haben wir das falsche Ziel gesucht, meine verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Da haben wir eindeutig das falsche Ziel gesucht. Ich möchte auch noch einen zweiten Punkt einbringen. Weil gerade die ÖVP hier so die Heiligkeit nach vor bringt und sagt, wir sind obersten Umweltvertreter. (Abg. Riebenbauer: „Selbstverständlich!“) Da muss ich schon sagen, wie verträgt sich das eine als Eigentumsvertreter – und man weiß ja die verschiedenen Meinungen der verschiedenen Landesräte, ich werde sie hier nicht zitieren, aber wir haben ja gleich danach einen Tagesordnungspunkt, wo man bei einer Novellierung in der Raumordnung auch den Mut hatte, auch etwas zu verändern, denn man lernt eben manchmal ein bisschen später. Anscheinend ist der Mut hier nicht so groß. (Abg. Majcen: „Das liegt nicht bei uns!“) Nein, nein, es liegt schon dort auch bei der ÖVP. Nicht auf andere zeigen, ihr müsst schon im eigenen Haus bleiben und schön vor der eigenen Türe kehren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss sich schon anschauen, wie gehe ich als Eigentümervertreter damit um – wenn ich schaue die Steirische Ferngas, dort ist ja das Land Mehrheits-eigentümer –, wenn ich mit der Verordnung hinausgehe – ich meine, später habt ihr es repariert, keine Frage –, wo ich zuerst nicht einmal die Ferngas drinnen habe. Dass ich dort, wo ich mit viel Geld, Geld der Bürger, Leitungen gebaut habe, Infrastruktur eingesetzt habe und dann komme ich mit der Verordnung. Freilich jetzt habt ihr korrigiert, weil wir natürlich aufmerksam gemacht haben, das sage ich auch, das ist unser Verdienst, dass ihr schneller nachgedacht habt und in manchen Dingen nachgegeben habt. Daher verstehe ich nicht, dass ihr auf unsere Vorschläge nicht eingegangen seid.

Es gibt da oft das Wort: Den Fleißigen oder der, der sich schwer tut oder der, der vielleicht nicht so die Möglichkeit hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es in der Weise so formulieren: Es gibt halt auch Situationen und geographische Lagen, wenn ich ein Haus baue, das vielleicht nur 80 oder 100 Quadratmeter hat, wo ich mich ein bisschen schwerer tue, dort eine solche Heizungsanlage einzubauen. Denen muss man eine Möglichkeit geben. Jetzt gehe ich nicht einmal so weit und sage, der soll eine Ölheizung oder eine andere machen, sondern sage, den muss ich mehr fördern, damit er sich vielleicht diesen Zusatzraum leisten kann. Wir sind nicht gegen die Umwelt, liebe Freunde. Das könnt ihr uns nicht aufs Auge drücken. Da werdet ihr keine Chance haben. (Abg. Majcen: „Er braucht keinen Schutzraum mehr bauen!“) Er braucht keinen Schutzraum mehr bauen, sehr lange haben wir dies vertreten, aber du musst eines sehen, wir reden von neuen Häuslbauern. Also, lieber Herr Abge-

ordneter Majcen, manches Mal glaube ich, wir reden an der Praxis vorbei. Wenn er keinen Schutzraum mehr bauen will, hat er auch keinen zur Verfügung als Heizungslager. Wir reden nicht von jenen Bauten, die damals gebaut wurden, als das Gesetz war, sondern wir reden von jenen Bauten, die morgen gebaut werden. Jene Leute, die vielleicht schon den fertigen Plan zu Hause haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die vielleicht zwei Jahre an ihrem Haus gebastelt haben, der zwei Jahre gezeichnet hat und noch nicht eingereicht hat. Und wenn er jetzt einreicht, dann ist er schon gezwungen dazu, dann habt ihr ihm schon eine Zwangsaufgabe gegeben. An diejenigen habt ihr nicht gedacht. Jeder kann nicht morgen einen Auftrag zur Planung geben und übermorgen wird es umgesetzt, weil er das Geld nicht hat. Weil er sehr lang daran gearbeitet hat, wie er sich das leisten kann. Und jene Menschen, und das sind die Menschen, und auf die Menschen, liebe Freunde aus der ÖVP, soll man nicht immer vergessen, denn sie sind dann die, die es zahlen müssen. Ich weiß, das Thema, das tut euch weh, das gefällt euch nicht, aber das ist auch die Wirklichkeit und die Entscheidung auch in manchen Umsetzungen.

Ich möchte auch auf die Grünen eingehen. Ich verstehe sie, wenn ich die Möglichkeit habe wie hier, wenn es auch sehr hart ist, solche Dinge umzusetzen und einzubringen. Sie haben mein vollstes Verständnis. Mein Punkt trennt sich nur dort, sonst bin ich in der Weise wirklich bei euch, wo ich sage, ich darf es nicht zwangsverordnen und verpflichten. Wenn es mit Förderungen, und da hätte ich wirklich einen sehr, sehr guten Vorschlag, ich glaube, wir haben den Landesumweltfonds, der soll auslaufen. Ich bitte euch, dotieren wir diesen für 2003 und 2004 und verdoppeln wir ihn und erhöhen ihn und sagen wir, für all jene, die sich dazu bekennen, für die Zukunft Heizungen einzubauen, für die Umwelt etwas zu tun, daraus ein nicht rückzahlbares Darlehen zu geben. Ich glaube, das wäre es und damit hätten wir auch einen Schritt vorausgetan. Und nicht, liebe Freunde, mir ist schon klar, er ist so schwach dotiert, aber dass ihr glaubt, dass ihr mit diesem harten Ergebnis in Wirklichkeit bei eurem Wohnbau einspart und nach außen verkaufen wollt: Wir machen das alles für die Umwelt, das werden euch die Bürgerinnen und Bürger nicht abnehmen. Denn ich glaube, das werden sie auch durchschauen. Sparen und sagen, wir machen das alles für die Umwelt. Ihr habt gespart, bei jenen, die es brauchen und die viel Geld haben, da habt ihr überhaupt nichts gespart, dort habt ihr nicht einmal einen Ansatz gesetzt. (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Freunde, ich darf zudem einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen mit folgendem Wortlaut, betreffend der kyotofreundlichen Heizungsanlagen, zu dem Tagesordnungspunkt 13 der Abgeordneten-Schleich, Wiedner und Ferstl.

Mit 1. Oktober 2002 hat die Landesregierung durch Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz die Förderung der Errichtung von Eigenheimen mit konventionellen Heizungen auf fossiler Basis abgeschafft. Im Interesse des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit und damit der Verwirklichung der Kyoto-Ziele wird nach dem Willen der Landesregierung nunmehr auch ein Eigenheim mit einer dem Stand der Technik entsprechenden, energieeffizienten und schadstoffarmen, konventionellen Heizungsanlage zur Gänze nicht mehr gefördert.

Aus Rücksicht auf bereits getätigte und vom Land geförderte Investitionen in den Ausbau eines flächendeckenden Gasversorgungsnetzes wurden in einem abteilungsinternen Erlass zahlreiche Ausnahmen festgelegt. Aus demokratiepolitischen Gründen sollen diese Ausnahmen in die Durchführungsverordnung übernommen werden. Darüber hinaus ist dieser Katalog der Ausnahmen noch um jene Fälle zu erweitern, die nicht die nötige Finanzkraft aufbringen, um die zusätzliche Belastung einer „kyotofreundlichen“ Heizanlage ohne Förderung tragen zu können. Da die kleinen Häuslbauerinnen und Häuslbauer, die auf Wohnbauförderung angewiesen sind, als Einzige zu einem Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen verpflichtet sind, indem sie sich „kyotofreundliche“, aber teurere Heizungen einzubauen haben. Wer sich ein Eigenheim ohne Förderung leisten kann, hat diese Verpflichtung nicht.

Um hier einen Ausgleich zu schaffen, soll der im Zuge der Budgetmaßnahmen entleerte Landesumweltfonds wieder dotiert werden und für zusätzliche Fördermaßnahmen bei Einbau von „kyotofreundlichen“ Heizanlagen herangezogen werden.

Es lautet daher der Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die in einem abteilungsinternen Erlass geregelten Ausnahmen von der generellen Regel des Paragraphen 5 Absatz 4 Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz, LGBl. Nr. 26/1993 in der Fassung LGBl. Nr. 76/2002, wie zum Beispiel in Gemeinden mit bestehendem Gasleitungsnetz, in die Durchführungsverordnung explizit aufzunehmen, zweitens diesen Ausnahmekatalog um eine generelle Ausnahme bei finanziell schwachen Bevölkerungsschichten zu erweitern, wenn die Betroffenen ein bestimmtes Einkommen nicht erreichen, weil durch die kyotofreundliche Heizanlage Zusatzinvestitionen anfallen und drittens, es ist der Landesumweltfonds neuerlich zu dotieren und für Fördermaßnahmen bei Einbau einer kyotofreundlichen Heizanlage heranzuziehen.

Ich hoffe, dass diesem Antrag, den wir hier einbringen, der nicht gegen die Umwelt, sondern für die Umwelt ist, alle zustimmen werden und bitte über diese drei Punkte dann auch eine punktuelle Abstimmung.

Zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich noch sagen: Bei allen Berechnungen, die man anstellt, wann sich etwas zahlt in den Investitionen, steht eines immer am Anfang: Man muss am Anfang investieren und das Geld aufbringen. Das heißt, wenn ich auch höhere Förderungen bekomme, ich muss sie zurückzahlen und habe sie in der Gesamtbelastung. Aber die wirkliche Entscheidung ist immer die Erstinvestition. Ich glaube, hier muss Hilfe geschaffen werden und deshalb hoffe ich auf den Landesumweltfonds, dass wir hier wirklich die Möglichkeit haben, für die Umwelt etwas zu tun und dass der zuständige Landesrat und die ÖVP, die sich hier so stark gemacht hat, dann dafür einsetzen wird, dass es mehr Förderungen gibt, dass mehr Leute mehr für die Umwelt tun können und wir nicht solche Vergleiche ziehen müssen, dass diese kleine Gruppe für das große Ziel verantwortlich ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (14.09 Uhr) – (Abg. Gennaro: „So schauen wir aus. Die Großen schützt ihr wieder, typisch, und die Kleinen bittet man zur Kasse!“) Die Spezialisierung auf die Großen und die Kleinen, Herr Kollege Gennaro, hat in den letzten Jahren eine andere Partei in diesem Lande gepachtet gehabt. Seien Sie vorsichtig. Es geht bei dieser Sache nicht um die Großen und um die Kleinen, es geht auch nicht um die ganz Armen, es geht darum, ob man sich hinstellt und heute etwas sagt und realisiert, was seit 15, 20 Jahren eigentlich schon in diversen Papieren und auch in der Praxis vollzogen wird, nämlich, dass Biomasse nicht teurer ist als ein fossiler Brennstoff. Schlicht und ergreifend. Daher ist es aus der Sicht der Grünen unzulässig, hier eine Sozialdebatte aufzumachen, weil was steht denn in dem Fall dahinter? Dass erneuerbare Energieträger ein Luxus sind, den sich Arme nicht leisten können, und das ist falsch. Erinnern Sie sich bitte an die Situation noch vor zwei Jahren, wo wir im Land die Sozialhilfetöpfe angreifen mussten, weil gerade einmal die Ölpreise wieder gestiegen sind. So schnell vergeht die Zeit. Nur sollte man nicht alles vergessen. Solche Dinge zum Beispiel nicht. Die Biomasse und die fossilen Brennstoffe sind nach heutigen Zahlen gleich teuer. Was glauben Sie, was in 15 Jahren sein wird? Was glauben Sie, was da in der Zwischenzeit noch alles passieren wird? (Abg. List: „Wer weiß das schon!“) Herr Kollege List, Sie sagen zu Recht, wer weiß das. Nur schließen Sie nicht von sich auf andere, das ist nicht immer zulässig. Ihren Wissensstand bestätige ich Ihnen gerne in dieser Materie. Man braucht eben kein Zukunftsforscher zu sein, um davon auszugehen, dass Öl und Gas in 15 Jahren vergleichsweise teurer sein werden als heute und nicht billiger. Sie werden staunen, was ich da für eine gewagte Aussage treffe. (Abg. Wiedner: „Die Pellets werden wahrscheinlich auch teurer sein!“) Sehen Sie, das ist das, was ich an der Freiheitlichen Partei so schätze. Je nachdem, wie es gerade passt, sagt man irgendetwas. Wenn Sie jetzt den Zwischenruf machen, Pellets werden dann auch teurer sein, dann möchte ich Sie einmal und Ihre Leute reden hören vor einer einschlägigen Versammlung von Biobauern oder Biomasseheizungsherstellern, ob Sie dort auch hergehen und auf diese niveaulose Art und Weise polemisieren und den Leuten Angst machen, dass Pelletsheizungen in Zukunft teurer sein werden. Schauen Sie sich die Preisentwicklung an, dann werden sie sehen, dass die Pelletsheizung beziehungsweise die Pellets als Brennstoffe und die Hackschnitzel eben genau nicht jene Ausreißer und jene spekulative Entwicklung gemacht haben, sondern dass da hier ein kontinuierlicher Preis war und die Hersteller irgendwelche Ölpreissprünge zum Beispiel eben nicht ausgenützt haben. Das ist sehr leicht nachzuweisen. Es ist auch in der Sache falsch, Herr Kollege Schleich, dass man sagt, es gibt hier Platzprobleme. Im Gegenteil, es ist notwendig, dass man irgendwann einmal eine Grundsatzentscheidung trifft, wo man sagt, Biomasseheizungen gehören heute genauso in dem Land zum Stand der Technik, sind genauso ein Brennstoff wie jeder andere. Es ist schon gesagt worden, es ist irgendwie absurd, wenn man hergeht und die Versorgungssicherheit bei unseren eigenen steirischen Pellets in Frage stellt und beim Öl und beim Gas von der Versorgungssicherheit ganz automatisch ausgeht. Das ist absurd, das müssen Sie zugeben. Abgesehen davon, dass Pelletsheizungen heute in der Wohnung, auch im Gebäude selbst, einen Platz beanspruchen, der nicht größer ist als jeder andere Öltank und die Versorgung ohne weiteres funktionieren kann. Und sie wird dann funktionieren, wenn man eben solche Bedingungen setzt und Verordnungen erlässt und Förderbestimmungen beschließt, wie sie eben hier zur Diskussion stehen. Da heißt sich nämlich die Katze in den Schwanz. Wenn ich immer wieder Öl und Gas möglich mache, dann habe ich natürlich nicht diese Versorgungsqualität bei den Pellets, logo. Also muss ich diesen Kreislauf unterbrechen! Es ist zulässig aus der Sicht der Grünen – und es ist nicht nur zulässig, sondern ist auch in Zeiten, wo man etwa andere Leistungen aus dem Budget dramatisch kürzt, Pflicht, sich zu überlegen, wie kann ich denn mit einer einzigen Fördermaßnahme mehrere Ziele gleichzeitig erreichen. Das ist einfach intelligentes Sparen, weil effizienter Einsatz von Mitteln. Das ist zulässig und das ist sogar notwendig. Ich muss hier mitdenken, dass ich auch mit Pellets zum Beispiel gleichzeitig Wirtschaftsförderung betreibe. Ich erspare mir also Wirtschaftsförderungsmittel auf diese Art und Weise. Das ist ein Einsparen von Budgetmitteln, wenn man es so will, ohne dass ich einmal ausnahmsweise jemanden ausdrücklich weh tue.

Es ist natürlich weiters zulässig, hier mitzudenken, dass das Kyoto-Ziel erreicht werden muss und dass es in Zukunft auch Strafzahlungen gibt. Übrigens, Herr Kollege Majcen, Sie erinnern an das Kyoto-Ziel. Wen haben Sie denn erinnert, darf ich Sie fragen? (Abg. Majcen: „Uns alle!“) Uns alle? Nein, mich nehmen Sie bitteschön aus! Mir ist es bekannt, dass die Steiermark, nicht nur Österreich, das Kyoto-Ziel nicht erreicht hat und Nachzügler ist. Darf ich Ihnen einen Rat geben? (Abg. Majcen: „War nur verbal gemeint!“) Ja, war nur verbal, eine schöne Formulierung, so sehe ich es auch! Wenn Sie wirklich jemand ernsthaft erinnern wollen, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihre eigenen Parteifreunde in Wien und in Graz, die an der Regierung sind, weil die sind nämlich verantwortlich, dass die Steiermark immer so weit den Mund aufmacht von der ökosozialen Marktwirtschaft und Pipapo und de facto Nachzügler geworden ist. Ganz im Gegensatz etwa zu denen, von Ihnen jetzt im Wahlkampf reichlichst und ausgiebigst verunglimpften etwa deutschen Rot-Grünen, die das Kyoto-Ziel sehr wohl einhalten und übrigens mit ihrer Energiepolitik nicht zuletzt Tausende österreichische Arbeitsplätze und auch steirische nicht zu wenig, insbesondere auch in diesem Pelletsheizungssektor sicherstellen und nicht gefährden. Die Arbeitsplätze in dem Sektor, die hat die ÖVP bis jetzt gefährdet, nicht irgendeine grüne oder in dem Fall rot-grüne Regierung.

Weil ich gerade bei dem Thema bin. Die ÖVP hat sich nicht geschämt, die Grünen auch vor dem Wahltag als diejenigen zu verunglimpfen, die die Zwangsökologisierung betreiben wollen. Jetzt haben wir da eine Zwangsökologisierungsdebatte. Wir sind mitten drinnen. Das Stichwort ist schon gefallen, der Kollege List klatscht Beifall. Sie selbst, Herr Kollege Majcen, haben richtig argumentiert und haben die richtige Antwort gefunden und ich schließe mich Ihnen an. Es handelt sich natürlich nicht um eine Zwangsökologisierung, wenn ich als Staat mir

überlege, wofür gebe ich das gute Geld der Steuerzahler aus und womit setze ich meine Mittel am besten und am effizientesten ein. Sie haben nur zwei Sitze weiter Ihren Kollegen Lopatka, der also bei seinen Mitteln manches Mal Dimensionen anreißt, die eigentlich nicht mehr kommentierbar sind und die eigentlich eine Entschuldigung erfordern und keinen Kommentar. (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist jetzt schon wieder?“) Natürlich, ich sage es Ihnen in vollem Ernst, Herr Kollege Lopatka. Es gibt bestimmte Dinge, die vergisst der Mensch nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Was zum Beispiel?“) Wenn Sie in die Schublade zu tief greifen und wenn Sie andere Parteien demütigen, dann riskieren Sie damit, dass das irgendwann einmal nicht vergessen wird und unter Umständen Sie auch einmal irgendeinen Preis zahlen. Das ist keine Drohung. Sie werden sich vom kleinen Hagenauer nicht fürchten, nehme ich einmal an. Ich sage es Ihnen trotzdem an dieser Stelle, damit Sie – Sie sind noch nicht so alt wie ich – vielleicht das noch einmal mitbedenken in Ihrem politischen Lebensweg. Wissen Sie was? Ich habe zum Beispiel nicht vergessen, wie die ÖVP im 86er-Jahr gegen uns vier andere grüne Listen ins Rennen geschickt hat. Das vergisst man nicht. Andere Sachen vergesse ich in fünf Minuten wieder, weil das gehört zu meinem Geschäft. Solche Dinge vergisst man nicht. Und das, was in dem Wahlkampf passiert ist, zwei von drei Bauern müssen zusperren, Zwangsökologisierung et cetera, all diese Dinge, die vergessen wir nicht. Ich sage es nur der Vollständigkeit halber.

Ich komme zum nächsten Punkt. Es handelt sich hier um einen Bereich, der sich ja nicht nur auf die Biomasseheizungen erstreckt, sondern hier geht es, wenn man das Kyoto-Ziel und den effizienten Einsatz von Fördermitteln anspricht, um andere Bereiche auch. Ich möchte der Vollständigkeit halber da noch ein Beispiel bringen, weil es auch von besonderer Aktualität ist. Der Obmann des Vulkanlandes, der unter uns weilt, der Herr Kollege Ober, hat vor ein paar Wochen in der Öffentlichkeit festgestellt, dass 37.000 Haushalte in der Oststeiermark alleine mit Strom aus Biogas versorgt werden könnten. Wie wahr, wie wahr, Herr Kollege. Nur, was macht denn die ÖVP? Was macht denn Ihre Landeshauptfrau? Sie stellt sich hin und sagt, wir brauchen die 380-kV-Leitung. Nehmen Sie dasselbe Geld von der 380-kV-Leitung – das ist dieselbe Geschichte, die die ÖVP hier und heute zu Recht am Beispiel Biomasseheizungen vertritt, dieselbe Ideologie, dieselbe Haltung – oder machen sie endlich einmal die Studie, die wir hier in der letzten Periode da im Landtag einstimmig beschlossen hatten und die Herr Landesrat Paierl erst gar nicht einmal für notwendig befunden hat, in Auftrag zu geben. Machen Sie nur die Studie, untersuchen Sie das, was das der Oststeiermark bringt und Sie werden feststellen, es tut unserem Land besser, diese von Ihnen zu Recht zitierten Biogasanlagen um dieses Geld zu bauen und nicht die 380-kV-Leitung, die dann genau den Markt für eben diesen Strom aus Biogas notwendigerweise zerstört. Der Vollständigkeit halber an der Stelle: Unser aller und von mir so geschätzte Energie-Landesrat Schögggl hat, Sie haben es alle vergessen, deswegen sage ich es jetzt, einmal vor Monaten verkündet, er will in Sachen Biogas einen Schwerpunkt setzen. Es ist ruhig geworden um diese Aktivitäten, wie um alle seine Aktivitäten. Aber es wäre auch nicht schlecht, wenn der Herr Landeshauptfraustellvertreter um sein Geld nicht nur innerparteiliche Krisen ausstehen und schauen würde, woher der Wind weht, sondern in der Sache für sein Geld auch etwas arbeite.

Zum Abschluss komme ich zu dem Antrag der Sozialdemokraten. Es wurde eine punktuelle Abstimmung beantragt. Wir werden zum ersten Punkt zustimmen. Hier geht es letztlich nur um eine formale Fassung von bereits vereinbarten Ausnahmeregelungen. Beim zweiten Punkt werden wir, wie gesagt, nicht mitstimmen, das ist der eigentliche Kernpunkt, Ausnahme für angeblich wirtschaftliche Belastung aus einer Biomasseheizung. Das trifft nicht zu. Dem können wir nicht zustimmen. Der Punkt drei: Die Dotierung des Umweltlandesfonds, dem stimmen wir zu, so wie es in der allgemeinen Formulierung hier drinnensteht. Wir denken, die Dotierung des Umweltlandesfonds kann nicht schaden. Wir erinnern an der Stelle, dass eigentlich die seinerzeitige Klimaschutzmilliarde, die aus Wohnbauförderungsmitteln gespeist wurde, dazu da war, wie der Name Klimaschutzmilliarde auch schon sagt, hier besondere finanzielle Schwerpunkte zu setzen für Klimaschutzmaßnahmen und eben diesen Umweltlandesfonds zu dotieren. Sie erinnern sich, dass die Grünen hier viele Aktivitäten gesetzt haben, viele Anträge gesetzt haben. Wir waren mit der Dotierung dieses Fonds nie zufrieden. Er wurde zu gering dotiert. Man hat die Wohnbaumittel hergenommen, um Budgetlöcher zu stopfen und hat nur, weil das seinerzeit nicht verpflichtend in diesem Übereinkommen drinnen war, das Zweckverbinden für Klimaschutz, praktisch eine nicht ganz astreine Umwidmung vorgenommen.

Das heißt, wir stimmen diesem dritten Punkt auch zu, so wie er in dem Text jetzt vorliegt. Über genauere Verwendung dieser Mittel aus dem Umweltlandesfonds müsste man sich dann noch unterhalten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Schützenhöfer (14.24 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Erwärmung des Weltklimas als Konsequenz unserer Industrialisierung und wirtschaftlichen Aktivitäten nimmt, wie wir alle wissen, Einfluss auf das gesamte Ökosystem der Erde. Auch die Steiermark ist, wie in jüngster Vergangenheit vor Augen geführt, durch die Hochwasserereignisse, durch die weltweite Klimaveränderung betroffen. Hitzerekorde, extrem unbeständige Wetterverhältnisse, starke Niederschläge und Unwetter sind unter anderem Anzeichen eines Klimawandels. Das wissen wir alle und ich denke, dass wir alle, wie wir hier sitzen oder auch stehen, eine Verantwortung zu übernehmen haben und darüber nachdenken sollten, was zu tun ist, um einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Nach den Vereinbarungen im Kyoto und der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Juni dieses Jahres ist es für Österreich nicht mehr eine freiwillige Aufgabe, meine Damen und Herren, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung, die Reduktion von 13 Prozent Kohlendioxid bis 2008, spätestens 2012, vom Wert 1990 herbeizuführen. Politische Umsetzungsmechanismen gegen die Klimaveränderungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft in Bewegung zu setzen ist daher aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten dringend geboten. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Mit dem Finanzausgleich 2001 und dem Zweckzuschussgesetz 2001 wurden auch im Rahmen der Wohnbauförderung die Weichen für die Zukunft gestellt, damit Wohnbaumittel verstärkt zur Erreichung des Kyoto-Zieles eingesetzt werden können.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf verweisen, dass vom Umweltministerium die Ausarbeitung einer Vereinbarung mit den Ländern nach dem Artikel 15 a der Bundesverfassung vorbereitet wird, um gemeinsam energetische Mindestanforderungen in der Wohnbauförderung zu etablieren und zu sichern. Dazu zählen thermische Gebäudesanierung, die Einführung von Energiekennzahlen zur Senkung des Raumwärmebedarfes, aber auch die Heizungserneuerung sowie die vermehrte Nutzung der Fernwärme und der forcierte Einsatz erneuerbarer Energie.

Meine Damen und Herren, ich denke mir, dass jeder Abgeordnete, dass auch jedes Regierungsmitglied in einem solchen Zusammenhang überlegen sollte, jedenfalls überlegen könnte, was kann ich in meinem Bereich für den Klimaschutz tun. Wir alle erleben es doch Jahr für Jahr, dass auf irgendwelchen Klimaweltgipfeln Maßnahmen beschlossen, aber dann in Wahrheit nicht gesetzt werden. Und wir haben immer die Ausrede, das ist eigentlich weit weg und da gibt es noch keine nationalen oder internationalen Programme und versuchen so unter den Teppich zu kehren, dass wir in unserem kleinen, überschaubaren, aber vorhandenen Bereich auch etwas tun können für die nächsten Generationen. Denn um die geht es, wenn wir Umwelt schützen, unter Bedachtnahme darauf, dass wir nicht Härten, zum Beispiel für Häuselbauer, schaffen und dass wir keine Härten geschaffen haben, möchte ich, wenn Sie mir zuhören wollen, heute hier aus meiner Sicht erläutern.

Ich habe daher die Wohnbaufachleute, die Energiefachleute zusammengeholt und habe mich sehr lange beraten lassen. Ich bin nicht der Weisheit letzter Schluss, ich weiß nicht alles von vornherein besser als alle Fachleute, aber ich habe mir ein Urteil gebildet und bin zu dem Schluss gekommen, man kann etwas tun und ich werde in meinem Bereich für den Teil des Wohnbaus, für den ich zuständig bin, etwas tun und bin auch dankbar, dass die Regierung am 8. Juli einstimmig, mit den Stimmen aller drei in der Regierung vertretenen Parteien eine Novellierung zur Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993 beschlossen hat, mit der die Förderrichtlinien in den Bereichen Eigenheimförderung und kleine Sanierung auf umweltgerechtes Wohnen, also Verstärkung von Akzenten zum Energiesparen und zur Senkung der CO₂-Emissionen abgestellt wird.

Diese Novellierung der Durchführungsverordnung beinhaltet folgende Maßnahmen:

Im Bereich der Wohnhaussanierung, also der kleinen Sanierung, wurden die förderbaren Kosten für die Durchführung von energiesparenden Maßnahmen, also für Wärmedämmung, Fenstersanierung, Heizungsumstellung, Solaranlagen, Regenwassernutzung, Photovoltaik, Mauertrockenlegung sowie für die Wohnungsteilung, Zusammenlegung und Wohnraumschaffung von bisher maximal 25.435 Euro auf 40.000 Euro erhöht. Wer das in Schilling haben will, von 350.000 auf 550.000. Dafür wurde ein ökoeffizientes Sanierungskonzept mit einer Punkteförderung erstellt. Wir haben – ich füge das hier ein – in diesem Bereich der kleinen Sanierung nach vielen Gesprächen mit den Vertretern von Öl, Kohle und so weiter – und ich habe viele, viele Stunden mit denen gesprochen, viele, viele Stunden sind die bei mir gesessen – in Zusammenarbeit mit dem Landesenergiebeauftragten aber auch sehr klare Ausnahmeregelungen geschaffen. Nämlich in der kleinen Sanierung können Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauches von Zentralheizungen dann auch in Zukunft gefördert werden, wenn der Heizkessel, Öl, Gas, nicht älter als 20 Jahre ist, denn damit ist im Allgemeinen eine Energieeinsparung von 15 bis 20 Prozent verbunden, bei Heizanlagen mit Gas ist die Brennwerttechnik heranzuziehen. Ich bin bei diesen Gesprächen, die im wahrsten Sinne des Wortes in den ersten Gesprächen, die wir gehabt haben mit den Vertretern der Ölgruppe, wenn ich das so sagen darf, die sehr energiegeladen waren, am Ende der Gespräche draufgekommen, dass diese Ölgruppe weltweit zu den größten Holzbesitzern gehört. Die haben das vor uns gewusst, was da kommt, was wir spät, aber doch eingeleitet haben, erster Punkt.

Zweiter Punkt, Eigenheimförderung. Die Eigenheimförderung soll wie bisher personenbezogen, also familienfreundlich gestaltet unter Beibehaltung des derzeitigen Förderungssystems gewährt werden, zum Beispiel eine Jungfamilie 43.605 Euro, das sind 600.000 Schilling, jedoch wird künftig durch qualifizierte Planung und nachstehende Mindestanforderungen eine effiziente Energieeinsparung erreicht werden und da sind ein paar Dinge zu beachten, meine Damen und Herren. Ich nenne drei. Erstens, es ist eine Bestätigung über die Durchführung einer bautechnischen Energieberatung von einer amtlich anerkannten Energieberatungsstelle notwendig. Ich habe Augen und Ohren nicht getraut, wie mir erklärt wurde, dass es das bisher nicht gibt, denn dadurch wird heiße Luft gefördert, wenn Sie es so wollen und das steigert die Betriebskosten von vornherein, bevor der anfängt, zu bauen. Zweiter Punkt, der Raumwärmebedarf darf bei einem Wohnhaus mit durchschnittlicher Wohnnutzfläche von 130 Quadratmetern maximal 60 Kilowattstunden je Quadratmeter und Jahr betragen. Das war bisher unbegrenzt, ohne dass jemand gewusst hat, warum. Meine Damen und Herren, das hat erst recht die Heizkosten in die Höhe getrieben. Und schließlich drittens, das ist der Punkt, in dem sich die Geister scheiden, die Verwendung einer Heizanlage mit fossilen Brennstoffen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Die neuen Heizungsformen sind daher Fernwärmeanschluss, Pelletsheizung, Hackschnitzelheizung, Stückholzvergaserkessel mit Pufferspeicher, Wärme-

pumpenheizung. Auch hier haben wir aber nach vielen Gesprächen mit der Wirtschaft begründbare Ausnahmen geschaffen, allerdings sind diese Ausnahmen hinsichtlich der Heizung nur mit Zustimmung des Landesenergiebeauftragten möglich. Gemeinsam mit Dipl.-Ing. Jilek wurde festgelegt, dass bereits bestehende Gutachten für die Heizungsart im Rahmen der Förderung Eigenheime in Gruppen aufrecht bleiben, weiters werden vor dem 1. September 2002 abgeschlossene Verträge über die Wärmeversorgung des Förderungswerbers akzeptiert. Es ist heute hier schon das Gegenteil behauptet worden. Darüber hinaus wird bei bestehenden Versorgungs- und Verteilungseinrichtungen für Gas, welche vor dem 1. Oktober 2002 gebaut worden sind, eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Wenn daher jemand kommt und sagt, eine Heizung mit Gas ist nicht mehr möglich, hat er absolut Unrecht und spricht die Unwahrheit. Es können neben Graz, Leoben und Kapfenberg in 161 steirischen Gemeinden trotz der neuen Förderungsbestimmungen Anschlüsse an eben bestehende – das verlangen wir – Gasleitungen zur Wärmeversorgung vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren, durch die Energieberatung und Begrenzung des Raumwärmebedarfes werden die Wohnobjekte fachlich qualifizierter errichtet, womit ein wesentlicher, ja entscheidender Beitrag für die Energieeinsparung und Betriebskostensenkung um bis zu 20 Prozent in der Zukunft möglich sein wird. Für allfällige Mehrkosten, die bei der Anschaffung alternativer Energieanlagen entstehen können, werden zur Basisförderung Zuschläge in folgender Höhe gewährt. Und das, meine Damen und Herren, bitte ich, dass sich die Kritiker einmal ganz genau anschauen. Erstens, das alternative Heizsystem beziehungsweise der Fernwärmeanschluss sowie zusätzliche alternative energiesparende Maßnahmen, wie zum Beispiel Solaranlage für Warmwasseraufbereitung, Brauchwasserwärmepumpe, teilsolare Heizung, Photovoltaik, werden mit einem Zuschlag von maximal 7000 Euro, das sind 96.300 Schilling, gefördert, bisher waren es 5087 Euro, also 70.000 Schilling, Erhöhung um rund 2000 Euro. Zweitens, ein Niedrigenergiehaus mit einem durchschnittlichen Heizwärmebedarf von maximal 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr Zuschlag von 10.901 Euro, das sind 150.000 Schilling, und völlig neu, Superniedrigenergiehaus, durchschnittlicher Heizwärmebedarf maximal 40 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr Zuschlag von 15.000 Euro, sprich 206.404 Schilling. Was kann daraus abgeleitet und gesagt werden. Meine Damen und Herren, das ist mir sehr wichtig, weil ich Vorhalte, dass ein Häuslbauer, ein schlichter Häuslbauer, sich etwas nicht leisten kann, sehr, sehr ernst nehme, dass eine Pelletsheizung auch im Zusammenhang mit der Direktförderung für den Häuslbauer bei Anschaffung ziemlich gleich viel kostet wie eine Ölheizung und durch diese Maßnahmen, die wir insgesamt treffen, sprich durch die Tatsache, dass wir die Betriebskosten um 20 Prozent senken können, Betriebskosten in Hinkunft von 1610 Euro im Jahr, bisher 1980 Euro im Jahr, also dauerhafte Betriebskostensenkung von 370 Euro im Jahr auf Jahrzehnte gesichert werden Durch diese neue Art wird das Wohnen auch für den Häuslbauer auf Sicht billiger und nicht teurer. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil der Herr Abgeordnete Schleich von den Reichen und weniger Reichen geredet hat. Herr Kollege Schleich, ich kenne mich gut aus mit den Reichen und weniger Reichen. Ich habe auch schon ein paar Reiche kennen gelernt, ich kenne mich bei der anderen Gruppe relativ gut aus und da gehen bei mir die Signale hoch, das schaue ich mir bei Maßnahmen, die ich zu treffen habe, daher sehr genau an.

Es stimmt, was du sagst. Der Reiche kann sich seine Villa bauen und mit dem Öl heizen. Das ist möglich. Ich sage aber, dass die Wohnbauförderung für jeden Häuslbauer Finanzierungsvorteile bringt, die ihm kein System auf dieser Welt, und noch können wir uns das leisten, geben kann.

Folgendes Beispiel:

Für ein Kapitalmarktdarlehen in der Höhe von 50.605 Euro sind an die Bank monatlich 325,46 Euro zurückzuzahlen. Im Rahmen der Wohnbauförderung, von der ich spreche, beträgt die monatliche Rückzahlungsrate nur 61,28 Euro. Jene Häuslbauer, die sich für ein Heizungssystem mit erneuerbaren Energieträgern entscheiden, haben daher die Möglichkeit, ihr Eigenheim mit Rückzahlungsbeträgen zu finanzieren, die zu Laufzeitbeginn nur ein Fünftel der Belastung gegenüber einem Bankdarlehen betragen. Die Rückzahlung eines Privatkredites an die Bank erfolgt innerhalb von 20 Jahren. Die Wohnbauförderung ermöglicht einen Finanzierungszeitraum von 31 Jahren. Ja, meine Damen und Herren, die Steiermark schaut gut auf die Häuslbauer. Das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil da so Beispiele genannt werden. Ich könnte Ihnen von Bausparkassen berichten, die mir schreiben. Ich könnte Ihnen berichten von Brennstoffhändlern. Der hat nach wie vor auf seinem Titel Kohle oben. Der mir schreibt, dass er seit 22 Jahren Brennstoffhändler ist und wie enorm die Bereitschaft der Bevölkerung ist, diese neue Förderung anzunehmen. Und dass bei seiner Energiemesse in Fohnsdorf, das dürfte eine Gemeinde sein, die die meisten auch links von mir gesehen recht gut kennen, 400 Leute bei der Energiesparmesse waren und dass eigentlich alle nach Aufklärung gesagt haben, das ist insgesamt eine gute Förderung.

Ich komme daher zum Schluss und ich darf, meine Damen und Herren, Folgendes sagen:

Mit diesen Förderungsänderungen wird in der Wohnbauförderung ein Meilenstein im Bereich des Klimaschutzes gesetzt. Mit der damit verbundenen Energieeinsparung und Verringerung der CO₂-Emissionen werden nicht nur die Betriebskosten gesenkt, sondern gleichzeitig für die Zukunft unserer Familien und Kinder ein sinnvoller Umweltbeitrag zur Erhaltung unserer Heimat geleistet. Die Steiermark ist das erste Bundesland, das sich massiv für den ökoeffizienten Wohnbau entschieden hat. Es gibt dafür für den Häuslbauer eine nie dagewesene Höhe an Förderungen. Ich sage halt, so viele reden von Umweltschutz, wir haben auf der Ebene, wo wir durch Eigeninitiative handeln können, was getan.

Meine Bitte an die Damen und Herren des Hohen Landtages ist, keinen Beschluss zu fassen, der mich zwingen würde, er könnte mich nicht zwingen, aber ich würde ein Mehrheitsvotum des Landtages selbstverständlich akzeptieren und selbstverständlich im Sinne von Landtagsbeschlüssen agieren. Ich würde den Landtag bitten, keinen Beschluss zu fassen, diese Durchführungsverordnung zu ändern und in Zukunft wieder fossile Brennstoffheizungen zu fördern, weil damit weitere CO₂-Belastungen ermöglicht werden. Ein solcher Beschluss und in der Folge die Änderung der erst beschlossenen Durchführungsverordnung, meine Damen und Herren, würde gegen die Umwelt gerichtet sein und die nächsten Generationen belasten.

Ich habe mir diesen Entschließungsantrag, der heute eingebracht wurde, gut durchgelesen. Man könnte dem einen oder anderen zustimmen. Wir tun es, soweit ich vom Klub her informiert bin, nicht, weil wir Ausnahmen dort schon festgelegt haben. Wo das begründbar im Sinne des Wohnungswerbers und Häuslbauers sinnvoll ist, im Sinne der Arbeitsplätze und der Wirtschaft sinnvoll ist, aber – und das, meine Damen und Herren, ist eben der Punkt – im Prinzip wollen wir beim eingeschlagenen neuen Weg bleiben. Man kann sich nicht ein bisschen für was und ein bisschen für was nicht entscheiden, sondern man muss einen Weg ganz oder gar nicht gehen. Und ich bitte Sie, diesen Weg mitzugehen, nämlich den Weg der ökologischen Erneuerung in der Wohnbauförderung. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 14.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (14.47 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren!

Herr Landesrat Schützenhöfer, eine kleine Ergänzung. Wenn man merkt, dass man mitten auf dem Wege, vielleicht auf dem falschen Wege ist, ist es auch gestattet umzukehren. Es ist nicht verboten. (Beifall bei der SPÖ.) Jetzt möchte ich nicht behaupten in dieser Angelegenheit, dass wir unbedingt auf dem falschen Wege sind. (Landesrat Schützenhöfer: „Ist das eine verspätete Wortmeldung von Sonntag?“) Es ist keine verspätete Wortmeldung von Sonntag, sondern das ist eine allgemeine Feststellung, lieber Herr Landesrat. Und ich möchte auch, wenn du jetzt richtig zugehört hast, nicht unbedingt diesen Weg als komplett falsch bezeichnen, das ist sicherlich nicht der Fall. Wogegen ich mich wehre, ist diese Zwangsbeglückung. Diese Zwangsökologisierung, die hier heute bereits angesprochen wurde. Und meine Freunde, das ist es, weil schon ein Punkt macht mich da ein bisschen hellhörig, wenn im Ausschuss gefordert wird, lieber Franz Majcen, dass man zur besseren Information über diese neue Verordnung, es gibt scheinbar doch noch viele Fragen dazu, jeder kennt sie noch nicht. Wenn hier gefordert wird, bitte schön, drehen wir eine Runde Unterausschuss, damit wir uns informieren können, vielleicht ein paar Verbesserungen, Veränderungen hat irgendwer gesagt, es interessiert uns gar keine neue. (Abg. Dr. Lopatka: „Kommt ja auch nichts raus. Schau deine Raumordnung an!“) Danke für das Stichwort. Das, was wir in der Raumordnung machen, ist eine demokratische Vorgangsweise, in der sich wirklich jeder einbringen kann, wo wir versuchen, im Sinne des Ganzen Verbesserungen zu machen. Auch hier wollten wir im Sinne des Ganzen Verbesserungen machen. Nur die ÖVP hat gesagt, das interessiert uns nicht, da machen wir den Deckel zu und über das Ganze fahren wir drüber. Das ist eine Zwangsökologisierung, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bin da dagegen. Es ist ganz interessant, wenn ich vergleiche vorher, wie der Kollege Majcen gesprochen hat und wie der Kollege Schleich gesprochen hat. Es ist interessant, wie man da in der Zwischenzeit die ideologische Wege verlassen hat oder komplett verlässt. Jetzt auf einmal ist die ÖVP dafür, dass man Zwänge einführt. Wir müssen da rüber. Ich erinnere, Kollege Kasic – (Abg. Majcen: „Entschuldigung, das ist ja kein Zwang!“) Reg dich nicht auf, Kollege. Lass mich ausreden. Du kommst raus und widerlegst das Ganze.

Es ist schon interessant, Kollege Kasic setzt sich gerade nieder, wenn wir diskutieren zum Beispiel über die Lehrlingsförderung, den Lehrlingsfonds, fällt mir gerade ein. Da sagt die ÖVP immer, und das unterstütze ich, keinen Zwang gegenüber jenen Betrieben, die nicht ausbilden. Sind wir uns einer Meinung? Kurt Gennaro steht dafür und sagt Zwang. Jetzt auf einmal sagt die SPÖ nein, keinen Zwang darf man ausüben. Das muss frei bleiben. (Abg. Majcen: „Aha, die SPÖ, so schaut es aus!“) SPÖ jetzt. Aber bitte, Freunde, ihr seid in dem Fall genauso umgefallen. Alle zwei seid ihr umgepudelt in der Partie.

Eines ist klar bitte. Wir sind dafür als Freiheitliche, dass wir hier hergehen und positive Anreize schaffen für dieses Ziel. Da brauchen wir nicht darüber zu diskutieren. Es ist nichts Schlechtes, aber es geht nicht, nur eine Ausschließlichkeit zu machen. Eines passiert uns sicherlich auch, liebe Freunde, dass sich in diesem Bereich ein Monopol aufbauen wird. Es wird sich in dem Bereich mit der ganzen Biomasse ein Monopol aufbauen, weil die sagen, wir haben im Endeffekt freie Fahrt und es gibt im Endeffekt keinen Wettbewerb bis auf die wenigen Bereiche, die noch möglich sind. Herr Besser- und Alleswisser, Entschuldigung, dass ich das so formuliere, Kollege Hagenauer, mir tut das manches Mal schon weh, was Sie alles besser wissen. Ich schätze, wenn Sie wissen, was vielleicht in 15 Jahren passiert. Ich traue mir das nicht zu und ich glaube, Sie wissen es auch nicht. Wir wissen es alle zusammen nicht. Eines ist sicher klar und das haben wir bei allem gemerkt: Dort, wo der Mantel darüber gestülpt wird, entwickelt sich der Preis nicht unbedingt zum Besseren für den Konsumenten. Das wird in dem Fall sicherlich auch passieren – die Gefahr besteht. Darum ist diese Zwangsökologisierung ein Problem. Ich habe den Verdacht, dass hier ein Monopol aufgebaut wird. Es ist gut, dass herausgekommen ist, dass bereits dort, wo die ganzen Orte mit Gasanlagen versorgt werden, trotzdem die Förderung möglich ist. Ein Problem besteht bei

Gemeindegrenzen, wo Wohngebiete anschließen, wo über die Grenzen dann nichts mehr geht. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung, die wir nicht unbedingt wollen. Eines verstehe ich auch nicht, lieber Kollege Majcen, dass ihr euch über diesen Antrag, den wir jetzt gemeinsam gemacht haben, so alteriert. Wir haben, wie Sie wissen, gestern einen Selbstständigen Antrag gemacht, um die Möglichkeit zu schaffen, die Ausschließlichkeit in dem Fall zu streichen und positive Anreize zu schaffen. Ich weiß nicht, was in dem Antrag drinnen ist, den wir jetzt gemeinsam gemacht haben, worüber du dich alterierst. Was ist so Böses drinnen, dass man die Durchführungsverordnung explizit hineinschreibt. Das ist ja nichts Böses. Okay. Mit dem Punkt zwei, diesem Ausnahmekatalog, kann man leben, wenn man sagt, es gibt eine Zusatzförderung für jene, die mehr Kosten durch die Investition haben. Das wird es ja auch geben in dem Fall. Es ist teilweise sicherlich angesprochen. (Abg. Majcen: „Es ist alles drinnen!“) Lieber Kollege Majcen, ich hoffe, du kennst dich immer bei dem aus, was du redest. Es ist vielleicht nicht immer alles abgegolten. Es ist ja nichts Böses, wenn man hineinschreibt, dass einer, der von mir aus einen zusätzlichen Lagerraum damit bauen muss, die Möglichkeit hat, dass das abgegolten wird. Weil das so ist, ist das ganz und gar nichts Böses, wenn das so drinnensteht und wir beschließen es noch einmal. Beim dritten Punkt ist auch nichts dabei, was schlecht wäre. Ich weiß nicht, warum man sich hier so alteriert. Offenbar braucht man ein hitziges Thema noch kurz vor Weihnachten. Man hätte in einer Runde Unterausschuss vielleicht mehr erreicht (Beifall bei der FPÖ.), als jetzt unbedingt zu versuchen, uns gegenseitig anzuhängen. Der Weg ist prinzipiell kein Schlechter. Ich bin aber dagegen, dass man hier auf Ausschließlichkeit geht. Ich bin dafür, dass man auf positive Anreize setzt. Ich hoffe, dass wir diesen Weg der Förderung in Zukunft gehen können. (Beifall bei der FPÖ. – 14.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (14.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die SPÖ will im Fall einer Regierungsbeteiligung den Klimaschutz vorantreiben. Umweltsprecherin Uli Sima, mittlerweile wieder Parlamentarierin, und Budgetsprecher Rudolf Edlinger kündigen entsprechende Maßnahmen an. Wie Sima erklärte, tue die schwarz-blaue Regierung, Kollege Wiedner, zu wenig für den Klimaschutz. Besonders wichtig sei daher, Häuser thermisch zu sichern, um Wohnbauförderungsmittel entsprechend richtig einzusetzen. Soweit die Worte im Wahlkampf bei der SPÖ – Ende September 2002. Nun, Mitte Dezember 2002, sind nur wenige Wochen vergangen, wenn es um Taten geht, die eigentlich den Worten folgen sollten, hier sollten wir uns einig sein, sieht für die SPÖ alles ganz anders aus. Man muss das nur im Internet nachlesen, denn plötzlich entdeckt man die kleinen Häuslbauer, die in diesem Zusammenhang die ganzen Lasten tragen müssen, und das dürfte nicht geschehen. Und hier ist für mich der entscheidende Punkt, und Landesrat Schützenhöfer hat das schon sehr ausführlich dargestellt: Wir sind hier natürlich in einem Spannungsfeld, unseren internationalen ökologischen Verpflichtungen nachzukommen. Ich muss daher auch nichts mehr wiederholen, denn wir kennen ohnehin das Stichwort Kyoto und die Verpflichtungen, die wir übernommen haben, aber bisher leider nur sehr ungenügend erfüllt haben. Nun wollen wir ganz konkrete Taten setzen. Als Land haben wir aber nur wenige Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist es schon, Förderungen auch als Lenkungsinstrument zu sehen, um diesem Ziel näher zu kommen. Das hat nichts mit Zwang zu tun. Wir haben aber schon die Verpflichtung, alles zu tun, damit wir unserer Verantwortung nachkommen und Förderungsmittel richtig einsetzen, und hier darf ich auch zu Ihrem Entschließungsantrag etwas sagen: Hier im Punkt 1. ist ausgeführt worden und da brauche ich keinen Entschließungsantrag, dass dort, wo bestehende Gasleitungen sind, die entsprechend ausgenommen sind. Ist erfüllt und ich brauche keine zusätzliche Aufforderung, dass der Landtag etwas beschließen soll, was die Regierung ohnehin macht. Auch beim Punkt drei: Selbstverständlich sind im Landesumweltfonds die entsprechenden Mittel vorgesehen, um im Sinne von Kyoto vorzugehen. Was den Punkt zwei betrifft sind wir in dieser Form dagegen, denn das ist der große Unterschied zwischen uns und der SPÖ: Wir wissen, dass wir nicht allen alles versprechen können. Das ist nicht unsere Art von Politik. Diese Politik führt in die Schuldenpolitik und ist zum Scheitern verurteilt. Das ist so. (Beifall bei der ÖVP.)

Ehrliche Politik ist, mit den vorhandenen Förderungsmitteln, und diese sind begrenzt, entsprechend umzugehen, sie effizient und zielgerichtet einzusetzen. Wenn wir im Wahlkampf auch oft nicht der Meinung der Grünen waren, auch sonst oft nicht ihrer Meinung sind, hier decke ich mich in meiner Einschätzung hundertprozentig mit dem, was seitens des Redners der Grünen gesagt worden ist. Daher abschließend ganz klar von uns die Feststellung: Bedenken wir, dass die Steiermark – es gab vorher gerade eine ausführliche Debatte über die Land- und Forstwirtschaft – das waldreichste Bundesland ist, dass auch hier Chancen für unsere Land- und Forstwirtschaft bestehen. Alle von uns sind stolz, wenn es darum geht, wenn die Steiermark als Grünes Herz Österreichs bezeichnet wird. Mit der heutigen Vorgangsweise werden wir unserer Verantwortung gerecht, auch dem ökosozialen Gedanken und unseren internationalen Verpflichtungen. Daher waren wir hier konsequent und wir brauchen keine Zusatzrunden, keine Ehrenrunden, sondern wir gehen einen geraden Weg. Ich bin froh, dass wir im Landtag die notwendige Mehrheit bekommen werden. (Beifall bei der ÖVP. – 14.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (14.59 Uhr): Herr Präsident, werte Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Kollege Lopatka hat mir eigentlich das Stichwort gegeben, als er von der Landwirtschaftsdebatte gesprochen hat. Ich habe sie sehr aufmerksam verfolgt. Es hat im Laufe dieser Debatte die ÖVP doch alles aufgeboten, was sie letzten Endes gehabt hat: Sehr wortreich gestikulierend und scheinbar überzeugend wollten Sie uns beibringen, dass Sie bei der Landwirtschaftspolitik am richtigen Weg sind. Für mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das jemand in dieser Intensität macht, drängt sich immer die Meinung auf, er hat ein schlechtes Gewissen. Letzten Endes ist es auch so. Sie wissen genau, dass Sie in der Landwirtschaftspolitik im Großen und Ganzen versagt haben. Das zeigt der BSE-Skandal, das zeigt der Schweinemastskandal und der eklatante Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben auf diesem Gebiet versagt. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Bei diesem so wichtigen Punkt probieren Sie das gleiche Spielchen, nur mit einer großen Portion Scheinheiligkeit mehr. Das ist das Problem bei dieser Sache. Sie wollen sich in dieser Angelegenheit noch zusätzlich das Mäntelchen des Umweltschutzes und des Umweltbewusstseins umhängen. Kollege Hagenauer, wenn es so weiter geht, werden sie Ihnen bald den Rang abgelaufen haben. Aber eines bedrückt mich wirklich sehr von den Grünen in diesem Zusammenhang, dass ihr euch wieder einmal hergibt, für eine Partei, die ja nicht nur in der Landwirtschaftspolitik, sondern auch in der Umweltpolitik versagt hat, das Feigenblatt macht, um ihnen diese Chance zu geben, sich aus diesen Dingen herauszuwinden. Das ist betrüblich, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wurde schon wiederholt angesprochen. Natürlich, es hat einen einstimmigen Beschluss in der Landesregierung bezüglich dieser Verordnung gegeben. Das wissen auch wir, keine Frage. Kollege Wiedner hat es gesagt, man kann auch auf einem falschen Weg umkehren. Und dass dieser Weg, dieser Beschluss, falsch war, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wissen auch die Mitglieder unserer hochlöblichen Regierung in der Zwischenzeit. Paieryl und Hirschmann haben diese auch öffentlich kundgetan. Sie haben ja gesagt, dass das ein falscher Beschluss war, der so nicht zu vollziehen sein wird.

Dann sage ich noch etwas: Am 18. Oktober dieses Jahres hat in Mitterdorf, in der forstlichen Ausbildungsstätte des Schlosses Pichl die Eröffnung der Holz- und Energiemesse stattgefunden. Der Herr Landesrat Schützenhöfer hat diese Messe eröffnet und ist auch auf dieses Thema zu sprechen gekommen. Und wenn ich vielleicht bis dorthin noch geglaubt hätte, dass der Umweltschutzgedanke im Vordergrund steht, als ich die Zwischenrufe und die Gespräche hinten im Publikum, wo alles hohe Kammerfunktionäre der Landwirtschaftskammer waren, gehört habe, dann habe ich gewusst, von woher der Wind pfeift. Wenn der Herr Landesrat hier behauptet, er ist leider nicht mehr hier, dass er sehr viel Zustimmung für diese Verordnung bekommt, dann hätte er den Messerumgang aufmerksamer machen sollen. Denn dort haben ihm die Unternehmer genau gesagt, wo der Hase im Pfeffer liegt und wo die Probleme liegen und was das für die Wirtschaft bedeutet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber es gibt auch ganz konkrete Zahlen, die gegen diese Verordnung sprechen. Vor langer Zeit, als andere noch mit den Karlschachtern geheizt haben, die 75 Prozent und noch mehr Schwefel gehabt haben, die nicht funktionierende Heizungen gehabt haben, haben wir uns in der Marktgemeinde Mitterdorf schon mit diesem Problem beschäftigt. Bereits 1971 wurde bei uns Erdgas eingeführt. In der Zwischenzeit ist dieses Netz allein in unserem kleinen Ort auf 31 Kilometer Netzlänge angewachsen. 708 hergestellte Hausanschlüsse gibt es. Das sind 95 Prozent der Feuerungsanlagen. Die Gemeinde und natürlich auch das Unternehmen, das übrigens, soviel ich weiß, jetzt im Landesbesitz ist, und ich frage mich ja wirklich, was die sagen, wenn man ihnen das Geschäft wegnimmt, haben viel Geld investiert, um damals schon umweltbewusst zu heizen. Und wir haben in all diesen Jahren keine Probleme mehr gehabt mit unserem Hausbrand. Einmal, als das Schloss Pichl das Feuer zitierte, die erste Hackschnitzelheizung im Bezirk eingeführt hat. Da haben wir zwei Jahre lang Probleme gehabt, weil der Ofen nicht richtig eingestellt war, weil es gerußt hat, weil es gestunken hat und sich die Nachbarschaft aufgeregt hat. Ich gebe zu, das waren Anfangsschwierigkeiten. In der Zwischenzeit wurden diese Probleme erledigt.

Aber nicht nur in kleinen Orten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das so. Ich denke an die Stadt Leoben, die sich auch schon sehr lange mit der Einführung des Erdgases nicht nur beschäftigt hat, sondern das auch durchgeführt hat. Und seit 1988 werden in der Stadt Leoben exakte Messungen durchgeführt, um zu beweisen und nachzuvollziehen, was das bringt. Und letzten Endes, seit 1988 durch Messungen nachgewiesen, hat sich der CO₂-Ausstoß in Leoben um 50.000 Jahrestonnen verringert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind alles Zahlen, die ihre Gültigkeit haben. Ich sage es jetzt ganz dezidiert, weil man immer so versucht, uns in dieses Eck zu stellen, wir hätten dafür nichts übrig. Dieser Beschluss war unsinnig, er war falsch, das wissen diejenigen, die ihn gefasst haben und sie sollten ihn gefälligst auch korrigieren. Wir lassen uns nicht in dieses Eck stellen, weil für uns der Schutz der Umwelt vorderste Priorität hat und wir natürlich immer dafür eintreten werden, dass Biomasseheizungen besonders gefördert werden. Und genau in diese Richtung zielt auch unser Antrag. Wenn sie gut beraten sind, dann werden sie unserem Antrag auch zustimmen. Was wir nicht wollen, das sage ich hier auch ganz deutlich, was wir nicht wollen, ist, dass man die Menschen in diesem Land in eine von Ihnen gewollte Richtung drängt. Ja, wo fängt das an und wo hört das auf? Jetzt reden wir von den Bioheizungen, das nächste Mal fällt es der allmächtigen ÖVP im Land ein, die Fenster dürfen nur bei der Firma Huber gekauft werden und die Ziegel nur in Gleinstätten und sonst gibt es keine Förderung. Ja, wo kommen wir denn da hin? So weit kann es doch nicht gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Kurt Tasch, du bist lange genug in diesem Haus, dass du dich an diese Zeiten erinnern kannst, wo die Ziegelproblematik auch hier besprochen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Zielen drängt uns nichts Wesentliches. Wir wollen, genauso wie Sie, und das gestehe ich Ihnen auch gerne zu, die Umweltbelastungen in unserem Land senken, für eine gesündere Umwelt sorgen. Nur im Unterschied von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen wir, wie es den Menschen draußen geht. Ich kann mir leicht vorstellen, dass der Kollege Majcen kein Problem hat, einige 1000 Euro mehr für diese Heizung zu bezahlen. Auch dem Kollegen Lopatka und auch mir wird es kein Problem bedeuten. Aber ich weiß, in einem Ort, wo in den letzten 30, 40 Jahren 50 Prozent der Eigenheime durch den Fleiß und die Kraft der Menschen geschaffen wurde, die sich das Letzte vom Mund abgespart haben, um zu ihrem Eigenheim zu kommen, dass für die jeder Schilling zählt. Und da unterscheiden wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren. Noch ist es Zeit genug, stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu und wir sind wieder auf dem richtigen Weg. (Beifall bei der SPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (15.08 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren.

Nur Ruhe bewahren. Herr Kollege Stöhrmann, ich versuchte in meiner Diskussion in der Landwirtschaftsdebatte mit aller Vehemenz den Steirerinnen und Steirern zu erklären, dass wir gesunde Produkte produzieren. Ich versuchte, ihnen den Appetit zu machen auf unser heimisches Fleisch und auf unsere Produkte. Und dann geht der Kollege Stöhrmann da raus und sagt: Schweinemastskandal, Fassaden der Agrarpolitik! Herr Kollege, wo waren die Schweinemastskandale in Wahrheit? 99,9 Prozent der Betriebe sind in Ordnung und ich lasse mir unsere Bauern nicht schlecht machen von euch, absolut nicht. Es gibt immer wieder schwarze Schafe, aber die Bauern sind in Ordnung. (Beifall bei der ÖVP.)

Genau durch diese Diskussionen haben wir diese Verunsicherung geschaffen, wo es unsere gemeinsame Aufgabe ist, darum zu kämpfen, dass wir wieder Absatz und guten Preis für unsere Produkte haben und dass die Steirerinnen und Steirer vorwiegend auch zu unseren Qualitätsprodukten greifen.

Ein Zweites:

Wenn ich den Menschen den Weg nicht zum Ziel zeige, werden sie nicht dorthin kommen. Und genau mit dieser unserer neuen Wohnbauförderung wollen wir den Steirerinnen und Steirern den richtigen Weg zeigen. Wir wollen ihnen helfen, dass sie vor allen Dingen auch in die erneuerbare Energie einsteigen. Das ist keine Zwangsbeglückung, absolut nicht, und alles was du vorher gesagt hast, das sind Horrormeldungen, was du machst mit den Fenstern und so weiter. Das ist Angstmachen und so weiter, das kennen wir schon. Das hat sich eh gezeigt, wohin dieser Weg mit dem Angstmachen führt. Du hast da geprahlt mit deinen Anschlüssen bei deiner Erdgasleitung. Wir haben auch ein Fernwärmenetz, ich habe es, glaube ich, da schon einmal gesagt, aber aus Biomasse. Wir haben im Jahr 1991, als wir es gebaut haben, 49 Anschlüsse gehabt. Wir haben im Jahr 2002 zurzeit 140 Anschlüsse. Also, so dumm und so schlecht beziehungsweise teuer, wie ihr das immer hinstellt, kann ja das absolut nicht sein. Wenn ich das mit normalen Worten nicht erklären kann, was ich von der Energie aus Biomasse halte, dann sage ich es in Form eines kleinen Gedichtes: Energie aus Biomasse ist doch wirklich große Klasse. Er hält die Umwelt uns gesund und wächst nach auf Bauers Grund. Wir wollen uns nicht den Ölscheichs beugen, wir wollen in der Steiermark die Wärme selbst erzeugen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (15.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen!

Ich muss ganz kurz Stellung nehmen, weil die Grünen direkt angesprochen worden sind. Herr Kollege Stöhrmann, Sie haben gesagt, dass Sie enttäuscht sind, dass die Grünen sich als Feigenblatt hergeben beziehungsweise machen, indem sie hier mit der ÖVP stimmen. Das ist ganz einfach zu erklären: Wir stimmen hier für die Biomasse, wir stimmen hier für den Klimaschutz und nicht für die ÖVP. Ich war der bescheidenen Meinung, dass ich das in meiner Wortmeldung klar zum Ausdruck gebracht habe. Ich sage es aber noch einmal.

Ich halte es für ein Problem, wenn man die Welt nur in Parteien einteilt. Ich bin deswegen nicht in die Politik gegangen, ich habe deswegen die Grünen nicht mitgegründet und die Grünen haben sich deshalb nicht gegründet, weil solche Parteien haben wir schon genug gehabt. Die Grünen sind deswegen entstanden, damit man sich an der Sache orientieren kann und nicht dass man hergeht und sagt, da ist die eine Seite, da ist die andere und weil ich zu der Seite kann, stimme ich mit, und warum es geht, ist eigentlich sekundär – das ist das Erste. Das Zweite: Zum Stichwort Monopol muss ich auch noch etwas anmerken. Herr Kollege Wiedner, ich bitte um Entschuldigung, denn ich habe Sie vorhin mit einem falschen Namen angesprochen. Sie haben vor einem Monopol gewarnt bei der Biomasse. Sie haben mich freundlicherweise wieder einmal als Alles- oder Besserwisser bezeichnet. Sie machen mir das zu leicht, und das ist das Problem. Sie haben vor zwei Minuten selber ihre eigene Wortmeldung konterkariert, indem Sie gefragt haben, kommen die Hackschnitzel alle aus Österreich. Das ist ein Problem, wenn Sie Ihre eigenen Gedanken fünf Minuten lang nicht durchhalten können. Aber da bin nicht ich der Alleswisser, sondern da haben Sie mit Ihrem Wissensstand und mit der Fähigkeit, logisch zu argumentieren, ein kleines Problem. Sind Sie mir nicht böse. (Abg. Wiedner: „Die Händler können ein Monopol bilden!“) Die

Händler können ein Monopol bilden. Das ist theoretisch natürlich möglich. Das wissen wir. Wenn man aber hier gleichzeitig das hohe Lied vom Gas singt, dann frage ich mich, ob hier kein Monopol droht. (Abg. Stöhrmann: „Nur einen Moment, Kollege, wenn ich heute eine Hackschnitzelheizungsanlage habe, muss ich sie auch über Ferngas betreiben, hast du das noch nicht bedacht?“)

Das war Kollege Stöhrmann. Das ist ja die Alternative. Davon reden wir. Oder soll ich vom Öl reden oder womit wollen Sie den heizen? Sagen Sie mir einen Brennstoff, wo es so viele Produzenten gibt wie bei der Biomasse. Es ist absurd, vor einem Monopol zu warnen, wenn ich gleichzeitig seit Jahrzehnten den Ölkonzernen ausgeliefert werde oder bin. Es ist absurd zu schreien, wenn der Benzinpreis wieder einmal um so und so viele Groschen oder jetzt Cent erhöht wird und gejammert wird, wie hier die Multis zuschlagen und dann stellt man sich bei der Biomasse hin und warnt vor den Monopolisten. Sind Sie mir nicht böse, denn da kann ich nicht mit. Da bin ich kein Besserwisser, sondern das ist ein allzu bescheidener Wissensstand. In dem Zusammenhang, Herr Kollege Stöhrmann, Folgendes: Sie sind stolz, und bis zu einem gewissen Grad anerkenne ich das auch an, wenn Sie sagen, Sie haben 31 Kilometer Netz an Erdgas im Ort. Sie haben dazugesagt in einem kleinen Ort. Ich sage Ihnen jetzt etwas als Grüner und ich bitte das auch zu respektieren, soweit das möglich ist: Das ist es, wovon wir seit Jahren und Jahrzehnten schon warnen, dass wir sagen, macht etwas, tut was zum Klimaschutz, tut was für den Umweltschutz, aber seid euch bitte bewusst, dass das Erdgas euch auf Jahrzehnte bindet und dass die Rechnung noch einmal sehr hoch ausfallen kann für das. Ich habe dann eine Menge Geld vergraben, nämlich in Form des Netzes. Es ist keine Frage, dass das Erdgas eine Verbesserung gebracht hat. Die Frage war nur immer, und das haben wir vor zehn Jahren auch gesagt, aber leider vergeblich in diesem schönen Land, dass wir gesagt haben, nein, das Erdgas nur für die Großstädte, für die Ballungsräume, wie Leoben oder Graz, aber eben nicht zum Beispiel für Ihre Gemeinde, nur weil es gerade vorbeigeht. Inzwischen geht das Erdgas überall vorbei, in Bairisch-Kölldorf und in Ihrer Gemeinde auch. (Abg. Stöhrmann: „Wissen Sie nicht, dass ein Erdgasnetz auf Gas aus Biomasse umgerüstet werden kann?“) Doch, natürlich und das seit 30 Jahren. Das ist auch die einzige Chance, die ich irgendwann einmal habe, ist, dass ich die bestehenden Gasnetze auf biogene Stoffe umrüste. Da gebe ich Ihnen Recht. Sie sehen, was jetzt für Zwänge entstehen. Wie viele Kriege haben wir denn schon geführt in den letzten zehn, 15 Jahren, wo wir gesagt haben, dort hätte schön eine Biomassenahwärmeversorgung hineingepasst. Nichts, weil die Ferngas ist hineingefahren und hat bewusst ein Dumpingangebot gemacht. Die Liste dieser Gemeinden ist unendlich bereits in der Steiermark. Insofern muss man das auch mit der Ferngas und mit der Umweltfreundlichkeit des Gases durchaus relativieren. Es ist auch absurd und entlarvend, wenn jetzt plötzlich davon gesprochen wird, wenn man sagt, was wird denn die landeseigene Ferngas sagen, wenn ihr Markt beschnitten wird. Es ist auch entlarvend, wenn man vom Messebummel und von den Sorgen der Wirtschaft spricht. Welche Wirtschaft ist denn das? Das ist eben die Ölheizungs- und Gaswirtschaft. Wissen Sie, dazu bin ich da, dass die Sorgen haben.

Es ist heute von Herrn Landesrat Schützenhöfer schon gesagt worden, machen Sie sich keine Sorgen um die Shell. Machen Sie sich um die keine Sorgen. Um alles, nur nicht um die, weil die haben schon halb Amazonien aufgekauft und Sibirien dazu. Wenn ich mich vor einem Monopol fürchte, dann ist es genau dieses Biomassemonopol von Shell, Exxon und Co. übrigens. Es ist auch absurd, demagogisch und unzulässig. Ich muss das leider feststellen, wenn Sie sagen, dann kommt das nächste Mal eine Verordnung, dass man die Fenster nur mehr dort kaufen darf. Das ist nicht vergleichbar, und Sie wissen das. Das mit den Ziegeln ist ein anderes Kapitel. Ich kann mich erinnern an Anträge der Grünen zur Niedrigenergiehausförderung, wo ich nicht durchgekommen bin, wo übrigens auch die Sozialdemokratie nicht mitgestimmt hat. Mit den Ziegeln hatten wir ein Problem und haben es auch heute noch. Herr Kollege Majcen, wenn Sie jemand erinnern wollen an die Kyoto-Ziele, dann tun Sie es bei Herrn Landesrat Hirschmann. Sagen Sie ihm, es gibt einen Landesrat namens Schützenhöfer. Der könnte ihm etwas erzählen in dem Zusammenhang, wie man wirklich eine tolle, klasse Klimaschutzpolitik macht, was nämlich den Geschößbau angeht, der bei Herrn Landesrat Hirschmann ressortiert. Dort sind wir nämlich nicht erste Klasse in Österreich. Dort hätten wir einiges aufzuholen. Dort haben uns inzwischen alle anderen Bundesländer überholt – Stichwort abgestufter Förderungsschlüssel beim Niedrigenergiehaus. Summa summarum: Wenn ich der Meinung bin, dass es in diesem Lande Leute gibt, die ein Problem haben aus finanziellen Gründen, wenn sie ein Haus bauen, dann ist das eine Sache. Wir sagen, es muss eine Biomasseheizung hinein, weil wir feststellen, dass uns die Polarkappen abschmelzen, dass man eigentlich niemandem von den jungen Leuten heute sagen kann, das mit der Klimakatastrophe wird nicht eintreten. Das kann niemand mehr sagen und das haben wir hier schon ein paar Mal leider festgestellt, mehr oder weniger ehrlich. Daher koppeln wir jetzt, und solange es noch irgendwie geht, versuchen wir, etwas zu tun und wir tun das. Das ist die eine Sache. Die andere ist die: Wenn wir der Meinung sind, es gibt arme Leute oder zu wenig Einkommensstarke, dann erhöhen wir für diese die Wohnbauförderung, insgesamt. Der baut ein Haus und nicht eine Heizung. Der baut ein Haus. Dann tun wir dieses. Ich erinnere Sie an der Stelle an die Aktionen, die auch der Landtag, mit Ausnahme der Grünen, in der letzten Periode beschlossen hat, wo der Wohnbautopf einhellig mehr oder weniger geplündert wurde. Der Herr Landesrat Schmid war nicht sehr erfreut, dass man ihm da wieder einmal ein paar 100 Millionen Schilling damals so auf die Seite geräumt hat. Die gehen jetzt ab. Das ist aber nicht mein Problem. Das war früher, für Bauoffensiven, was weiß Gott wofür überall, Budgetlöcher stopfen, wofür haben sie das ganze Wohnbaugeld genommen? Das könnte man jetzt hernehmen, wenn sie sagen, da gibt es ein paar ganz arme Leute, die sich den Wohnraum nicht leisten können.

Zum Schweinemastskandal, gegen alle Erwartungen, sage ich nichts. Sonst würden wir da hier die dritte Runde dieser schönen Debatte einleiten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 15.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (15.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren.

Ich halte das schon für eine sehr interessante Diskussion, wenn man sich seitens der ÖVP da herstellt, und ich sage euch eines, schade, es ist zwar die besinnliche Vorweihnachtszeit, normal müsst ihr alle, die heute da rausgegangen sind, mit einem Heiligenschein dastehen, weil so redet ihr über die Umwelt. Ihr habt aber alle vergessen, dass es sogar den 17. Umweltschutzbericht aus dem Jahr 2001 gibt. Den dürft ihr nicht gelesen haben, weil dort ist klipp und klar drinnen, dass der Landesrat Schöggel beschuldigt wird, weil er in der Verkehrspolitik nichts unternommen hat, dass die Emissionen gesenkt werden. Und es ist auch der Landesrat Pörtl darin kritisiert, dass er im Umweltschutzbereich nichts getan hat oder zumindest die Dinge nicht gemacht hat, so wie es vorgeschrieben ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt sage ich euch einmal was: Wenn ich mir den Globus anschau, das ist mir jetzt da drüben so eingefallen, und ihr redet da alle vom Umweltschutz und tut so, als wenn nur die ÖVP und die Grünen vom Umweltschutz was verstehen. Bei den Grünen tue ich mich schwer, weil da ist eines klar, bei denen kommt der Strom aus der Steckdose und warm wird es, wenn sie im Wald sitzen und demonstrieren und mit dem Holz Feuer machen. Auch keine Frage. Ist uns alles bekannt. Wenn man den Globus anschaut und weiß, dass 60 Prozent der Weltenergie allein von Amerika verbraucht wird, dass die sich um das überhaupt nicht pfeifen. Und dann schau ich auf Österreich runter und ich stehe dazu, dass man alles tut. Wir haben in Österreich, das dürfen viele schon vergessen haben, zum Beispiel die Katalysatoren bei den Pkws betrieben. Super, das ist zwar nicht zwangsverordnet worden, aber man hat gesagt, die neuen müssen aufgerüstet werden und Schritt für Schritt hat man mit Aufklärung bei der Bevölkerung erwirkt, dass das überhaupt keine Diskussion mehr war und vorher haben sie sich auch gewehrt und gesagt, jetzt müssen wir Katalysatoren nehmen.

Wenn ich mir dann anschau, dass sich die Übrigen um nichts pfeifen, dann sage ich, ist das, was ihr macht, ein reiner Lobbyismus für die Holzwirtschaft. Wir als Sozialdemokraten – Lobbyismus ist nichts Schlechtes, ich bin auch ein Lobbyist. Wir betreiben Lobbyismus für die, wo der Schützenhöfer zugegeben hat, dass die, die keine Förderung brauchen, sich um gar nichts pfeifen brauchen. Um kein Kyoto-Ziel, um gar nichts. Die machen einfach, was sie wollen und ihr geht her und sagt, das ist eine Sauerei, wenn die Sozialdemokraten sich dazu bekennen, dass wir zum Umweltschutz was beitragen müssen. Das ist uns allen klar. Ich möchte auch bitte in einer ordnungsgemäßen Umwelt leben und möchte auch einen Beitrag dazu leisten. Ich habe es auch gemacht, ich habe einen Fernwärmeanschluss gemacht. Mein Nachbar hat weiter oben einen machen wollen, der hat es nicht mehr können. Wisst ihr, warum nicht? Weil die gesagt haben, das sind noch 150 Meter rauf und wenn er das haben will, muss er den Anschluss selber zahlen. Meine andere Nachbarin hat das Pech, dass sie jetzt alleine angekommen ist. Sie haben eine Ölheizung gehabt, dann haben sie es umgestellt, weil die Fernwärme noch bequemer und klass ist, nur jetzt kann sie es nicht mehr zahlen, weil sie zu teuer ist und sie allein stehend ist mit einer kleinen Pension. Jetzt muss sie wieder mit Öl heizen, weil zurzeit das Öl billiger ist. Also nicht an der Realität vorbei reden, sondern wir treten und ich trete nach wie vor für das ein.

In Graz, und das ist in diesem Haus behandelt worden und wir haben dagegen gestimmt, die Grazer Abgeordneten damals, ist verordnet worden, dass in Graz Zwangsanschluss für Fernwärme ist. Weil wir gesagt haben, die ganzen Kohleheizungen und die Umweltverschmutzung war alles klass, haben wir gesagt, wenn ihr das macht im Zwangsanschluss, dann müsst ihr auch den älteren Leuten, die das machen müssen, die Anschlusskosten zahlen. Die waren damals bei rund 80.000 Schilling. Und dann haben viele, die E-Wirtschaft hat gesagt, aha, das werden wir gleich berechnen, haben dann angeboten, eine E-Heizung zu machen. Das war der große Boom. Das war billig, die Alten haben sich das reinmachen lassen, haben sich um das Öl und die Kohlen nicht mehr scheren brauchen. Faktum war, dass dann der Energiepreis so gestiegen ist, dass viele nicht einmal mehr die Heizung aufdrehen haben können. Das unterscheidet uns. Wir Sozialdemokraten haben den Menschen im Mittelpunkt, der letztendlich das zahlen muss, was ihr verlangt, in der Form, was nicht finanzierbar ist. Und deshalb tut nicht so scheinheilig, dass ihr für den Umweltschutz seid, sondern steigt über euren Schatten drüber und helft den Leuten, die wirklich Bedenken haben. Es sind von euch auch Bürgermeister dabei, die gesagt haben, bitte schön, das muss man reparieren. (Abg. Gödl: „Wer?“)

Unsere Regierer sind nicht angestanden zu sagen, wir haben das übersehen. Wenn man dann die Diskussion draussen führt, das wisst ihr genauso gut wie wir. Wenn einer von euch aufstehen kann und sagt, es hat ihn kein Bürgermeister angeredet, dass der Beschluss Probleme mit sich bringt, dann sagt ihr die Unwahrheit. Und in der Situation meine ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, schließt euch unserem Antrag an, fixieren wir das, schreiben wir das nieder, wo Ausnahmen sind. Das hat nichts damit zu tun, dass der Schützenhöfer sagt, wir wollen keine Ausnahmen. Dort wo euch die Ausnahmen passen, kommen sie immer. Tut eure Mehrheit nicht missbrauchen, unterstützt das, dass wirklich der, der es sich nicht leisten kann und gerne möchte oder vielleicht im zweiten Anlauf erst eine teure Heizung einbaut. Beim Häusbauen ist jeder Schilling zweimal zum Umdrehen. Ich hätte mir auch gerne eine Solarheizung oder Solarzelle gemacht. Ich habe es nicht mehr finanzieren können, weil ich nicht mehr Geld gehabt habe dazu. Und ein anderer hat nicht einmal diese Voraussetzungen und ich zähle mich nicht zu den Kleinverdienern, Gott sei Dank. Deswegen ersuche ich euch, unseren Antrag bitte dementsprechend zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche zunächst die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der SPÖ und FPÖ, betreffend kyotofreundlicher Heizungsanlagen. Gemäß des Entschließungsantrages gibt es einen Antrag für punktuelle Abstimmung. Es sind hier drei Punkte zur Abstimmung.

Punkt eins lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die in einem abteilungsinternen Erlass geregelten Ausnahmen von der generellen Regel des Paragraphen 5 Absatz 4 Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz, Landesgesetzblatt Nr. 26/1993 in der Fassung Landesgesetzblatt Nr. 76/2002, wie zum Beispiel in Gemeinden mit bestehendem Gasleitungsnetz, in die Durchführungsverordnung explizit aufzunehmen.

Wer dem Punkt eins seine Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Punkt zwei lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, diesen Ausnahmenkatalog um eine generelle Ausnahme bei finanziell schwachen Bevölkerungsschichten zu erweitern, wenn die Betroffenen ein bestimmtes Einkommen nicht erreichen, weil durch die kyotofreundliche Heizanlage Zusatzinvestitionen anfallen.

Wer dem Punkt zwei seine Zustimmung gibt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt drei lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, es ist der Landesumweltfonds neuerlich zu dotieren und für Förderungsmaßnahmen beim Einbau einer kyotofreundlichen Heizanlage heranzuziehen.

Wer diesem Punkt drei seine Zustimmung gibt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt drei hat ebenso nicht die erforderliche Mehrheit. (Abg. Stöhrmann: „Das stimmt nicht!“)

Herr Dr. Weiss hat genau abgezählt. Der Punkt drei hat keine mehrheitliche Annahme erhalten. 27 zu 26 abgelehnt. Ebenso der Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten. Auch hier steht die Abstimmung 27 zu 26. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Das ist ja ungeheuerlich. Ich kann mich nicht erinnern, dass beim Punkt eins abgezählt wurde!“) Ich möchte wissen, was hier ungeheuerlich ist, wenn abgezählt wird. Herr Dr. Weiss hat exakt nachgezählt. Jawohl. Es ist auf Grund der Zählung einwandfrei festgestellt, die Punkte haben nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 622/1, der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Landesschulrates.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (15.34 Uhr): Ich darf zu diesem Antrag berichten, dem der Antrag, Einl.-Zahl 622/1, der Abgeordneten Lafer und Graf zugrunde liegt. Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 4. Dezember 2001 und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Von der Landesregierung liegt folgende Stellungnahme vor: Gemäß Paragraph 17 Landes-Verfassungsgesetz ist der Landtag befugt, zur Wahrung allgemeiner Interessen zu beraten und Entschlüsse zu fassen. Der Landesschulrat ist eine Bundesbehörde. Entschlüsse können sich in gewissem Umfang auf den Landesschulrat beziehen. Abschließend wird festgestellt, dass aus den dargestellten Verfassungs- und einfachgesetzlichen Regelungen sich ergibt, dass die Steiermärkische Landesregierung keinen Einfluss auf die Geschäftsordnung nehmen kann. Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 622/1, der Abgeordneten Lafer und Graf, betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Landesschulrates, wird zur Kenntnis genommen. (15.34 Uhr.)

Präsident Purr: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir nicht vor.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

27. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Fortsetzung der Verhandlungen „Steiermärkisches Baugesetz“ und „Steiermärkisches Raumordnungsgesetz“, zum Antrag, Einl.-Zahl 57/1, der Abgeordneten Schleich und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes, zum Antrag, Einl.-Zahl

58/1, der Abgeordneten Halper und Schleich, betreffend verstärkte Berücksichtigung energiepolitischer Ziele in der Raumordnung, zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490/1, Beilage Nr. 61, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974, LGBl. Nr. 127/1974, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 64/2000 geändert wird, sowie zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 913/1, Beilage Nr. 123, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum von Herrn Präsidenten bereits bekannt gegebenen Geschäftsstück. Wir haben heute dazu noch eine Ausschusssitzung gehabt. Es liegt Ihnen der Inhalt vor. Ich ersuche daher um Annahme. (15.35 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (15.36 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Novellierung, die novelliert wird, darf ich Folgendes sagen: Man kann sich vorweg einmal in der Vorweihnachtszeit bedanken, und zwar bei den Freunden der ÖVP, weil sie einsehen, dass etwas falsch war. Das ist eigentlich keine Schande und so hätte ich es mir schon vorher gewünscht, weil dann hätten wir uns wesentlich leichter getan und die Menschen hätten uns verstanden. (Abg. Riebenbauer: „Die Bauern sind die Armen!“) Nein, immer sind die Bauern nicht arm. Ich kenne Bauern, denen es ganz gut geht. Du brauchst nicht immer zu jammern. Es gibt ein Sprichwort, das lautet: Die Kinder hätten schon die Schuhe verkehrt an, damit sie jammern lernen. Aber ich denke, das wird nicht immer so sein. Entschuldige, es war nicht so ernst gemeint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in dieser Novellierung natürlich ein paar Punkte, die man positiv sehen kann. So sehe ich natürlich auch, wenn man jemand, ohne dass er das beantragt, aus dem Bauland nimmt, dass man ihn dann verständigt. Die meisten, die ins Bauland kommen, kommen sowieso mit dem Wunsch, dass man ihn endlich erfüllt, dass er ins Bauland kommt. Für jene, bei denen das nicht zutrifft, dass man den natürlich auch schriftlich verständigt. Ich glaube, das ist eine Sache der Kommunikation, die nicht schaden kann, obwohl es natürlich für Großgemeinden ein Formalismus ist, der nicht einfach ist – das ist keine Frage. Das In-Kraft-Treten dort in den Industriegrundstücken, wo heute Einkaufsmärkte gebaut wurden, mit sofort umzusetzen, das war für mich eine unmögliche Sache. Ich glaube, das hat man inzwischen auch in den anderen Fraktionen voll akzeptiert und eingesehen, denn sonst wäre diese Novellierung in dieser Form nicht möglich. Sie müssen sich vorstellen, hier sind ja, wie immer belehrbar von der Praxis, Vorbereitungen geschehen, nicht nur in Planung, Kommissionierung und Umsetzung, sondern auch viele in der Vorbereitung etwas zu bauen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ich glaube daher, denen kann man nicht von heute auf morgen sagen, das geht nicht. Deshalb die Verlängerung auf 1. Jänner 2004. Ich hätte mir natürlich hier eine noch längere gewünscht, denn wir alle wissen, wenn man vorbereitet hat und das in dieser Weise nicht umsetzen kann, dann ist in der jetzigen Situation der Bürgermeister dann jener, der bei der Baukommission verordnen muss beziehungsweise mit dem Baubescheid sagen muss, das geht nicht. Das Einfachste ist halt immer, wie auch bei anderen Dingen, an die Gemeinden das abzuschieben und den Bürgermeister in Verantwortung zu nehmen. Prinzipiell zur Raumordnung haben wir natürlich damals, als das beschlossen wurde, wie Sie wissen, mehr Wünsche und Korrekturen vorgehabt, die leider nicht angenommen wurden. In dem Abänderungsantrag, den wir damals eingebracht haben, wurde leider so manchem nicht zugestimmt, das sehr wichtig gewesen wäre. Wenn man auch in der Bodenpolitik etwas erreicht hat, so fällt das nach wie vor in die Intensivtierhaltung. Alle, die mit Landwirtschaft zu tun haben, wissen, was das heißt. Ich glaube, hier bräuchte es auch einen Schutz für die Bauern. Es gibt auch noch Dinge, die in den Dorfgebieten noch zu erledigen wären. Hier muss man sich sicher überlegen, dass man in Zukunft auf einfachere Art auch jenen das, die dort ein Haus bauen wollen, ermöglichen soll. Die Einzelstandortverordnung würde ich wirklich an den Gemeinderat anlehnen und auch bei der Landesregierung sagt eine Zweidrittelmehrheit, denn im Gemeinderat brauche ich es für die Raumordnung und in der Landesregierung kann ich mit einfacher Mehrheit dann in einer Region bestimmen, wo gibt es diese Einzelstandortverordnung. Die Auffüllungsgebiete, ein alter Wunsch der Südoststeiermark: Ich glaube, hier wird man sicher etwas verändern müssen. Ich bin überzeugt, dass wir mit einem gemeinsamen Willen auch die Raumordnung dorthin bringen, wo sie hingehört, dass die Menschen sparen, mit wenig Infrastruktur bessere Bauplätze haben, besser Möglichkeiten haben zu bauen und dass es nicht so ist, dass ich alles verordnen muss, um dann jemanden zu zwingen wie in der Umwelt, sondern lassen wir unseren Bürgern noch den freien Willen für die Umwelt und für sich, das Bessere herauszufinden. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Wiedner. Bevor wir zu einer Abstimmung kommen, möchte ich die Damen und Herren, soweit sie im Plenum sind, wirklich bitten und Sie sind aufgerufen, wenn es heißt Zustimmung, Gegenprobe und so weiter, tatsächlich eine Hand zu bewegen. Wenn mir hinterher von einem Klubobmann, von einer Klubobfrau, wie immer, gemeldet wird, wir haben ohnehin und der

eine war nicht da und der andere hat sich mit jemandem unterhalten, dann ist das alles sehr lieb und sehr recht. Aber bitte nur eines: Wer im Plenum ist, möge bitte bei der Abstimmung mit tätig sein, damit ich dann wirklich nachzählen kann. Ich danke. Herr Abgeordneter Wiedner, Sie sind am Wort.

Abg. Wiedner (15.41 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ganz kurz ein paar Worte zu der Novelle der Novelle. Wir haben ja vor einiger Zeit den großen Wurf der neuen Novelle beschlossen. Leider sind trotz zweijähriger Verhandlungen und unzähliger Runden ein paar Unschärfen in dieser Novelle aufgetreten. Wie es eben mit Übergangsbestimmungen, wie es der Kollege Schleich schon gesagt hat, so ist. Wir haben das nun im Sinne der Gemeinden und der leichteren Vollziehbarkeit geändert. Es ist zwar nicht so, dass wir die Frist erstreckt haben, wie der Kollege Schleich es gesagt hat, sondern wir haben es nur auf Bereiche eingeschränkt. Also es ist dann mit 1. Jänner 2004 bei den Bauverfahren die neue Rechtslage anzuwenden. Hier trifft es speziell die Industriegebiete und die Märkte, die in der letzten Zeit auf der grünen Wiese entstanden sind.

Wir haben auch in der Zwischenzeit mit der Stadt Graz gesprochen. Nicht nur im Zuge des Raumordnungsbeirates, sondern auch mit einer Stellungnahme. Und wir haben auch in diesem Sinne versucht, größtmöglichen Konsens zu erreichen. Es ist uns natürlich klar, dass die Stadt Graz andere Anliegen hat als eine kleine Landgemeinde draußen, aber ein Gesetz gilt nun einmal für 543 Gemeinden der Steiermark und nicht allein für die Stadt Graz. Aber ich glaube, wir haben einen guten Weg im weiten Bereich gefunden. Mit der Verständigung, die ja auch jetzt spezialisiert wurde wirklich auf Dinge, die die Leute betreffen, und auch die Bodenpolitik ist endgültig geklärt und ich hoffe, dass damit nun der erste große Wurf der Raumordnungsnovelle passiert ist und es ist ein dynamischer Prozess, der in den nächsten Jahren im Sinne einer guten Entwicklung der Steiermark fort- und weitergeführt wird. (Beifall bei der FPÖ. – 15.43 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Danke und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

15. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 854/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend barrierefreie Mobilität.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.44 Uhr): Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend barrierefreie Mobilität.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 28. Mai und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegt dazu eine Stellungnahme der Regierung vor zu den Fragestellungen:

Einbeziehung von Behindertenvertretern in die Verkehrsplanung, verpflichtender Einsatz von seh- und gehörbehindertengerechten Ampeln, Gewährleistung von barrierefreiem öffentlichem Verkehr (durch Niederflurtechniken und Einstiegshilfen), Verpflichtung für RollstuhlfahrerInnen, bei Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln eine Begleitperson mitzunehmen und Fahrplanauskunft via Internet.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der obgenannte Antrag der grünen Abgeordneten, betreffend barrierefreie Mobilität, wird zur Kenntnis genommen. (15.45 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile der Frau Anne Marie Wicher das Wort.

Abg. Wicher (15.45 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es liegt uns jetzt eine Stellungnahme der Landesregierung vor auf den Antrag, betreffend barrierefreie Mobilität. Was kann man unter barrierefreier Mobilität verstehen? Es tut mir wirklich sehr leid, dass relativ wenige Kolleginnen und Kollegen hier im Raum sind, weil ich denke, es wäre informativ für alle meine Kolleginnen und Kollegen, aber es ist leider ein Behindertenthema kein so brisantes wie die Wohnbauförderung oder eventuell auch landwirtschaftliche Angelegenheiten. Aber ich werde es mich nicht verdrießen lassen und wie gesagt, die Frage war, was versteht man unter barrierefreier Mobilität.

Barrierefreie Mobilität bedeutet, dass ein Mensch mit einer Behinderung, im Speziellen Rollstuhlfahrer oder Menschen, die mit Krücken gehen, ich würde aber ältere Menschen auch nicht da außer Acht lassen oder auch Mütter und Väter, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind, dass die sich von einem Ort zum anderen so weit wie möglich selbstständig und ohne auf Barrieren stoßen zu müssen, fortbewegen können. Ich würde da durchaus auch noch Barrieren ins Spiel bringen, die sich in Gebäuden befinden, also nicht nur den öffentlichen Raum,

wo Barrieren Gehsteigkanten sind, und das möchte ich auch anführen, weil das immer wieder Probleme für Rollstuhlfahrer und Blinde gibt, die vor den Geschäften aufgebauten Warenkörbe oder Kleiderstangen oder was immer auch. All das sind Gefahrenquellen vor allem für blinde und sehbehinderte Menschen. Rollstuhlfahrer können da vielleicht noch ausweichen, wenn der Gehsteig breit genug ist. Also da gibt es immer wieder Probleme.

Ich möchte jetzt noch gerne auf diese fünf Punkte eingehen, die hier in dieser Vorlage sind. Es wird beim Punkt eins angeführt, dass Behindertenvertreter zur Verkehrsplanung miteinbezogen wurden. Das stimmt, nur in der Umsetzung dieser Vorschläge, die von Seiten der Behinderten und ihrer Organisationen kommen, da hapert es noch in vielen Fällen, dass gut gemeinte oder schon besprochene Konzepte dann im Endeffekt nicht ausgeführt werden.

Punkt zwei behandelt den verpflichtenden Einsatz von seh- und gehörbehindertengerechten Ampeln. Es ist in Graz diesbezüglich schon einiges passiert. Ich möchte auch anführen, dass in vielen Fällen Fußgängerampeln sehr kurz geschaltet sind, so dass sowohl Rollstuhlfahrerinnen, Rollstuhlfahrer als auch Gehbehinderte, ältere Menschen und wie die schon angeführten Mütter und Väter mit Kinderwagen Mühe haben, über den Fußgängerübergang zu kommen. Das einmal zur Kurzschaltung von Ampeln.

Und was mir absolut nicht gefällt in dieser Stellungnahme, ist, dass man Lichtsignale beziehungsweise eben die Ampeln nach der zu erwartenden Frequenz von sehbehinderten oder blinden Menschen einrichten will. Ich denke, da hört sich bei mir der Spaß auf, dass man sozusagen beeinträchtigte Menschen mehr oder minder zwingt, dort zu gehen, dort ihre Geschäfte zu erledigen und Straßen zu überqueren, wo man meint, dass die Frequenz groß genug ist. Also es müsste doch durchaus möglich sein, dass jeder sehbehinderte oder blinde Mensch und auch gehörbeeinträchtigte dort gehen kann, wo er möchte. Also diese Antwort gefällt mir absolut nicht.

Der dritte Punkt betrifft die Gewährleistung von barrierefreien öffentlichen Verkehrsmitteln. Es ist, wie ich schon gesagt habe, einiges passiert. Ich kann wirklich nachempfinden, weil ich auch seit Jahren, eigentlich schon seit Jahrzehnten Mitstreiterin für Niederflurbusse, Niederflurstraßenbahnen bin, für den öffentlichen Verkehr überhaupt, für die barrierefreie Benützbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln bin. Ich glaube aber, dass, wie in dieser Antwort auch angeführt wurde, mit den Verkehrsbetrieben ein Abkommen getroffen wurde, dass zumindest jeder zweite Bus ein Niederflerbus sein soll, der auch von Rollstuhlfahrern benutzt werden kann. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass dem leider nicht so ist. Ich darf nur ein ganz kleines Beispiel aus der vorigen Woche erzählen. Ich fühle mich, weil ich eben so eine Streiterin um Niederflurbusse war, dazu verpflichtet, auch öffentliche Verkehrsmittel zu benützen. Soweit es mir die Zeit erlaubt, und das muss ich auch dazusagen, versuche ich sie zu benützen und benütze sie auch gerne. Nach der Ausschusssitzung dachte ich mir, ich fahre zum Jakominiplatz, um den Bus 39, der zu mir nach Hause fährt, zu nehmen. Der erste Bus, der kam, war absolut unbenützbar. Dann sagte man mir, der nächste ist ein Niederflerbus. Es hatte inzwischen zu nieseln begonnen. Das Wetter war alles andere als angenehm. Ich habe gewartet. Der Nächste war zwar nicht einer von den ganz alten Bussen. Er hatte hinten einen Einstieg, wo der Fahrer mit etwas gutem Willen behilflich sein kann, eventuell noch mit Hilfe eines Passagiers, dass ich in den Bus hineinkomme. Der Fahrer ist dann in die Fahrplanauskunft gegangen. Dann kam eine Dame heraus, die anscheinend zuständig war. Sie sagte, ich hätte vorher anrufen müssen, wenn ich mit dem Bus fahren will, weil dann hätte man mir sagen können, wann der nächste Niederflerbus kommt. Ich habe doch ein stärkeres Selbstbewusstsein als viele andere behinderte Menschen. Aber diese Auskünfte haben mit Integration oder mit der Möglichkeit behinderter Menschen, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, absolut nichts zu tun. Etwas möchte ich dazu noch anführen: Die neuen Cityrunner, das sind die Niederflurstraßenbahnen, haben nur für einen Rollstuhlfahrer die Möglichkeit mitzufahren. Wenn zwei Rollstuhlfahrer miteinander fahren möchten, müssen sie verschiedene Straßenbahnen benützen. Ich werfe das einfach so in den Raum. Was man mir von Seiten Schwerbehinderter, also mit Krücken sich fortbewegender Menschen, gesagt hat, ist es schwierig, die Fahrkartentwerfer in den Bussen zu betätigen. Vielleicht könnte man von Seiten der Verkehrsbetriebe eine Änderung herbeiführen. Beim vierten Punkt geht es um die Verpflichtung von Rollstuhlfahrern, bei Fahrten mit einem Bus eine Begleitperson dabeizuhaben. Es wird damit begründet, dass die Sicherheit ansonsten nicht gewährleistet werden könnte. Jetzt frage ich Sie, müsste man dann vielleicht auch jedem älteren Menschen, der schon etwas wackelig auf den Beinen ist, eine Begleitperson mitgeben, damit er in der Straßenbahn oder im Bus nicht bei jeder Bremsung eine Gefährdung für andere Mitfahrende darstellt? Es müsste hierbei ein Umdenken schon einsetzen. Vor allem möchte ich eines sagen, dass Rollstuhlfahrer, die Busse benützen, doch eher zu den selbstständigen Menschen gehören, die sehr wohl wissen, dass sie ihren Rollstuhl einzubremsen haben, damit nichts passieren kann. Ich habe die Erfahrung auch auf dem Gebiet gemacht und habe manchmal sehr zu meinem Leidwesen die Erfahrung machen müssen, dass nicht die Sicherheit eigentlich im Vordergrund steht, sondern manche – ich will aber kein Pauschalurteil abgeben – Fahrer waren mir einfach nicht behilflich. Sie haben gesagt, ich müsste eine Begleitperson mithaben. Diese Begleitperson hat auch dafür zu sorgen, dass ich in den Bus hineinkomme. Das hat mit Sicherheit eigentlich nicht mehr viel zu tun. Es gibt eine Dienstanweisung von Seiten der Verkehrsbetriebe, dass Fahrer von Bussen und Straßenbahnen durchaus gehbehinderten Menschen oder Rollstuhlfahrern im Speziellen behilflich sein sollen. Das Letzte, was ich noch sagen will: Es wird angeführt, dass Fahrplanauskünfte über das Internet abgefragt werden können. Ich gebe schon zu bedenken, dass nicht alle oder ein großer Teil von behinderten Menschen über einen Internetzugang verfügen. Man sollte Fahrplanauskünfte vielleicht dann auf andere Art und Weise den Menschen zur Kenntnis bringen. Das war eigentlich das, was ich Ihnen sozusagen als kleine Information geben wollte, was die Mobilität behinderter Menschen anlangt, welche Barrieren es gibt, Barrieren, die sich natürlich auch in Häusern auftun mit mangelnden Liften oder Liften, die nur über Stiegen zu erreichen sind und, und, und. Bei der nächstfolgenden Landtagssitzung gibt es ein Stück, wo es um den Umbau der Alten Universität

geht, worüber ich mich wahnsinnig freue, dass diese wunderschönen Räume adaptiert werden sollen. Ich habe nirgendwo in dieser Vorlage erkennen können, dass an barrierefreie Zugänge gedacht ist. Ich bitte Sie, auch wenn es nicht zu diesem Tagesordnungspunkt ausgeführt ist, dass man darauf sehr wohl bei der Planung Rücksicht nehmen soll. Wie man aus Erfahrung weiß, kosten nachträgliche Adaptierungen bei weitem mehr. Ich würde ehrlich gesagt nicht einsehen wollen, dass man behinderte Menschen, gehbehinderte Menschen und Rollstuhlfahrer im Speziellen vom Besuch dieser herrlichen Alten Universität und der neu zu adaptierenden Räume ausschließt. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.59 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf in Erinnerung bringen, dass die Landtagssitzung ununterbrochen fortgeführt wird und trotzdem alle Abgeordneten gebeten sind, hierzubleiben, weil wir kommen von einer Abstimmung zur anderen. Das geht jetzt laufend durch, weil ich habe kaum Wortmeldungen. Ich nehme an, dass die Damen und Herren das wohl wissen, dass die letzte Sitzung vor Weihnachten noch nicht zu Ende gegangen ist. Ich sage das nur dazu und ich hoffe, dass man das auch über das Mikrofon in den Nebenräumen hört. Das ist der Sinn und Zweck meiner Aussage, um sehr deutlich zu sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass im Moment etwas wichtiger ist, als bei der Sitzung anwesend zu sein.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1098/1, betreffend den Verkauf von Teilflächen der L 313 – Seiersberger Straße, Grundstücke Nr. 306/5 und 1020/1, EZ. 2464, KG. Seiersberg, im Ausmaß von zirka 462 Quadratmeter zum Kaufpreis von 60.060 Euro an die BAWAG P.S.K. Immobilienleasing GmbH., 1190 Wien, Heiligenstädter Lände 29.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (16.00 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf von Teilflächen der L 313, Seiersberger Straße, Grundstücke Nr. 306/5 und 1020/1, EZ. 2464, KG. Seiersberg, im Ausmaß von zirka 462 Quadratmeter zum Kaufpreis von 60.060 Euro an die BAWAG P.S.K. Immobilienleasing GmbH., 1190 Wien, Heiligenstädter Lände 29.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 11. November 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Teilflächen an der L 313, Grundstücke Nr. 306/5 und 1020/1, EZ. 2464, KG. Seiersberg, zum Kaufpreis von 60.060 Euro an die BAWAG P.S.K. Immobilienleasing GmbH., 1190 Wien, Heiligenstädter Lände 29 wird genehmigt. (16.01 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Wenn sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 966/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Mag. Erlitz, Lafer, Lechner-Sonnek, Dr. Forenbacher und Tasch, betreffend Sammelbestattung für tot- oder fehlgeborene menschliche Früchte.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Hans Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (16.02 Uhr): Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 966/1, betreffend Sammelbestattung für tot- und fehlgeborene menschliche Früchte.

Es wurde in den Sitzungen des Ausschusses am 10. September 2002 und am 3. Dezember 2002 behandelt und mit folgenden Änderungen beschlossen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Leichenbestattungsgesetz 1992 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (16.02 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Forenbacher.

Abg. Dr. Forenbacher (16.03 Uhr): Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag aller vier Parteien einbringen. Durch die Änderung der Vorschriften der Paragraphen 16 und 23 Steiermärkisches Leichenbestattungsgesetz werden die rechtlichen Grundlagen für eine würdevolle Behandlung aller fehlgeborenen Föten beziehungsweise totgeborenen mit obligater Bestattung geschaffen. Bevor Sammelbestattungen nach dem novellierten Leichenbestattungsgesetz aber in der Praxis durchgeführt werden können, muss noch geklärt werden, wer zur Obsorge für die Sammlung, den Transport, die Bestattung und die Graberhaltung verpflichtet

sein soll. Damit es Eltern in Hinkunft möglich ist, ihre tot- oder fehlgeborenen Kinder pietätvoll zu bestatten, sollen diese Vereinbarungen rasch unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten der Steiermark getroffen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass die Durchführung von Sammelbestattungen für tot- oder fehlgeborene menschliche Früchte unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten der Steiermark möglichst rasch ermöglicht wird. (Beifall bei der ÖVP. – 16.04 Uhr.)

Präsident: Danke. Ich komme damit, meine Damen und Herren, zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Durchführung von Sammelbestattungen für tot- oder fehlgeborene menschliche Früchte, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen und stelle dazu ebenso die einstimmige Annahme des Antrages fest.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1070/1, der Abgeordneten Dr. Forenbacher, Hammerl, Bacher, Wicher und Mag. Drexler, betreffend Schlaganfallvorsorge auf Grund bereits vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Hans Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (16.06 Uhr): Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat sich in seiner Sitzung am 3. Dezember 2002 mit der Schlaganfallvorsorge auf Grund bereits vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse beschäftigt und stellt folgenden Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, aufbauend auf die seit mehr als zehn Jahren erworbenen Kenntnisse der Austrian Stroke Prevention Study und des Steirischen Schlaganfallvorsorgeprogramms Maßnahmen zur Schlaganfallprävention zu setzen. Ich bitte um Annahme. (16.06 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Nunmehr haben Sie sich zu Wort gemeldet. Abgeordneter Dr. Forenbacher ist am Wort zu diesem Tagesordnungspunkt, Einl.-Zahl 1070/1.

Abg. Dr. Forenbacher (16.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Österreich liegt leider weltweit unter den Industrieländern bezüglich Todesfälle durch Schlaganfall an der Spitze und die Steiermark ist österreichweit wieder an erster Stelle. Diesen unerfreulichen Status quo können weder Medizin noch Politik tolerieren. Während in der Akutversorgung in letzter Zeit doch einige Fortschritte erzielt werden konnten, Steiermarkweit existieren bereits vier Stroke Units, eine fünfte in Feldbach ist geplant, schaut es mit der Prävention dieser Erkrankung eher düster aus. Dieser Antrag wurde daher eingebracht, um diese unerfreuliche Situation zu verbessern. Denn gerade in der Steiermark wurden von Klinik und verschiedenen Instituten grundlegende Forschungen betrieben und wesentliche Erkenntnisse über Ursachen und daraus resultierende Maßnahmen beim Schlaganfall gewonnen. Aufbauend auf diesem Wissen wurde bereits in Salzburg ein Projekt gestartet unter dem Titel: „Gib dem Schlaganfall keine Chance!“ Dieses Projekt hat bereits zu einer Reduktion der Schlaganfallhäufigkeit in Salzburg geführt. Ich meine, es ist höchste Zeit, dass wir auch in der Steiermark entsprechende Schritte setzen.

Auch eine Empfehlung des Landessanitätsrates in diese Richtung zur Senkung der Schlaganfallhäufigkeit liegt seit einiger Zeit vor. Für mich ist es frustrierend, wenn anlässlich der Gesundheitsdebatte Jahr für Jahr von den Rednern aller Fraktionen auf die Wichtigkeit der Prävention hingewiesen wird, wenn aber keinerlei entsprechende Konsequenzen folgen. Mir ist schon bewusst, dass die Ressourcen im Gesundheitsressort knapp sind, aber das darf nicht dazu führen, dass wir die Hände in den Schoß legen, sondern muss uns zu besonderen Anstrengungen motivieren.

Sehr verehrter Herr Landesrat, du selbst hast mit nicht unberechtigtem Stolz darauf hingewiesen, dass man auch mit geringen finanziellen Mitteln spektakuläre Erfolge erzielen kann, Stichwort: plötzlicher Kindestod.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass durch Zusammenarbeit bereits vorhandener Strukturen, Sozialversicherung, Ärztekammer, Gesellschaft für Gesundheitsschutz, aber auch der Distriktsärzte eine positive Entwicklung gestartet werden kann. Die Bemühungen bei der Bekämpfung des Typ 2 Diabetes haben ja schon einen Weg vorgezeichnet.

Ich ersuche Sie daher um Annahme dieses Antrages, denn gemeinsam, glaube ich, wird es uns möglich sein, in dieser Hinsicht Nägel mit Köpfen zu machen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.11 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Herr Landesrat, ich bitte Sie um Ihre Ausführungen.

Landesrat Dörflinger (16.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Aus Rücksicht auf den Grazer Gemeinderatswahlkampf, Herr Abgeordneter Forenbacher, werde ich mich hüten, den „Nagel auf den Kopf zu hauen“. Das würden Sie mir sicher vorwerfen. „Nägel mit Köpfe“ kann man sicherlich anders behandeln. Ein paar sehr ehrliche und offene Bemerkungen: Das Gesundheitsbudget im Bereich Vorsorge, Ansatz 519005, umfasst 1,676.000 Euro. Sie können sich in etwa vorstellen, das geht von Präventionsmaßnahmen im Bereich der Ernährung bis hin zum Suizid, das geht von Diabetesprojekten bis hin zur Aids-hilfe, das geht von bis. In Wirklichkeit stört mich ein einziger Punkt an dieser Diskussion, weil du gemeint hast, es stört dich, dass wir jedes Jahr beklagen, dass wir eigentlich etwas tun sollten. Erstens: Wir tun sehr viel für das wenige Geld, das wir zur Verfügung haben. Du hast angeführt das Projekt gegen den Diabetes, wo wir – so glaube ich – österreichweit eine beachtliche Geschichte mit Prof. Pieber auf die Beine gestellt haben. Wir haben im Bereich der Ernährungsberatung, Ernährungsumstellungen sehr viel an Maßnahmen gesetzt. Wir haben etwa im Bereich Bewegung, Aufforderung zu mehr Bewegung, sehr viel gemacht. Wir haben im Bereich Schulsport et cetera sehr viel gemacht. Es stört mich aber auch, dass wir immer wieder zu spät anfangen. Während wir beklagen, dass das Schlaganfallrisiko bei uns so hoch ist, akzeptieren wir zugleich die Streichung von Turnstunden, Schulstunden, wo wir Kinder zur Bewegung veranlassen sollten. Das sind die Gegenmaßnahmen, die drinnenstehen. Aus meiner Sicht ein positiver Antrag: Ich habe auch gesagt, wir werden diesen Antrag umsetzen. Ich werde Sie aber um eines nicht herumkommen lassen, meine Damen und Herren Abgeordneten: Ich werde Ihnen auch sagen, was das Projekt kostet und ich werde in diesen Antrag auch hineinverpacken, welche Institutionen und welche Bereiche dann eben kein Geld mehr bekommen. Dann bitte ich Sie allerdings um eines: Unterstützen Sie mich auch da und schicken Sie mir dann nicht die, die kein Geld haben, her und sagen, das ist ein Wahnsinn. Der müsste dort auch etwas bezahlen. Das gilt im Übrigen auch für den vorher besprochenen Tagesordnungspunkt. Ich bin dankbar für die einstimmige Beschlussfassung in dieser Frage, sage aber schon etwas dazu: Wenn man auf der einen Seite die Budgets kürzt und man auf der anderen Seite sagt, mache mehr gegen den Schlaganfall, schau, dass mit den menschlichen Früchten ordentlich, auch pietätvoll umgegangen wird, das alles aber mit weniger Geld, dann meine ich, dass das auf die Dauer nicht geht. Wir werden hier zu einer ehrlicheren Diskussion kommen müssen, wollen wir nicht nur schönreden. In der Schlaganfallgeschichte werde ich Ihnen sehr rasch – ich habe im Ausschuss darum gebeten, dass man das zu einer Stellungnahme an die Regierung weiterleitet – innerhalb von zwei Monaten eine Stellungnahme zukommen lassen. Sie haben mehrheitlich das dann so durchgezogen. Ich nehme das zur Kenntnis. Wir werden Ihnen Vorschläge machen, werden aber auch dazu sagen, welche Projekte dann nicht mehr finanziert werden können. Der dritte und letzte Punkt für mich: Wenn wir das wirklich ehrlich meinen, dann müssen wir auch im Rahmen einer Konsolidierung der Verwaltung dafür sorgen, dass alle Bereiche, die Geld für Vorsorgemaßnahmen ausgeben, wieder im Gesundheitsressort konzentriert werden, dass nämlich eine Institution wie die der Frau Präsidentin Kalnoky im Zuge der letzten Landtagswahlen und der Verhandlungen danach aus dem Gesundheitsressort ausgegliedert wurden und die in Wirklichkeit ohne Kontrolle des Landtages, ohne Einflussnahme des Landtages, hier die Projekte, die durchaus gut, wünschenswert und toll sind, durchziehen können, während wir hier mit einem sehr kleinen Bereich alles abdecken sollen. Das geht einfach nicht. Wie schon gesagt, ganz ehrlich danke für den Antrag. Sie werden auch von mir konkrete Vorschläge bekommen. Helfen Sie mir dann aber auch bei jenen, die kein Geld bekommen, zu sagen, dass es eben nicht geht. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.15 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt dazu von Herrn Abgeordneten Bacher vor.

Abg. Bacher (16.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ein paar Sätze dazu, Herr Landesrat, weil du angeschnitten hast, eine Stellungnahme dazu einzuholen. Wir haben einen zweiten derartigen Antrag im Ausschuss auch gehabt. Er wurde leider nicht behandelt. Du hast eine Stellungnahme zu einem ähnlichen Antrag abgegeben, der eigentlich auf den Inhalt nicht eingegangen ist. Faktum ist, und das hat Primarius Forenbacher vorgetragen, dass wir doppelt so viele Todesfälle im Zusammenhang mit Schlaganfall haben als in der Schweiz, in Kanada, in den USA. Wenn ich deiner Argumentation folge, nämlich immer dann, wenn von uns eine Idee, eine Initiative kommt im Bereich Gesundheit, dann heißt es deinerseits, ich gehe gerne mit, ich unterstütze das alles, aber ihr müsst mir auch das Geld geben. Ich weiß schon, dass das sehr eng mit der finanziellen Ausstattung zu tun hat. (Landesrat Dörflinger: „Ein bisschen!“) Das würde auch bedeuten, dass wir in den Spitälern, weil die KAGES das ja auch alles nicht bekommt, was sie sich vorgestellt hat, irgendwann einmal Mitte des Jahres nicht mehr operieren können, keine Herztransplantationen mehr machen können und, und, und. Es endet immer dort, dass gesagt wird, das wäre alles schön, das wäre alles wichtig, aber es geht deshalb nicht, weil der Hohe Landtag mir kein Geld gibt. Diese Argumentation ist eigentlich ein berühmtes Killerargument. Du baust dir so quasi einen Selbstschutz auf in dem du sagst, ich würde eh alles machen. Ihr müsst mir nur das Geld dafür geben. (Abg. Gennaro: „Das ist die Wahrheit!“) Es geht in Wahrheit darum, Kurt Gennaro, dass das alles Betroffene sind. Das sind alles Betroffene. Schau dir einmal die Statistik im Detail an. Immer mehr junge Menschen sind betroffen, immer mehr Menschen insgesamt sind betroffen. Das setzt doch auch eine Initiative von uns und vom Landtag voraus, endlich zu reagieren, endlich zu sagen, was tun wir jetzt. Es gibt letzten Endes, aufbauend auf den Antrag, die Initiative und die Idee, es gibt Unterlagen, es gibt Studien. Tun wird doch bitte in der Steiermark auch etwas dazu. Das kostet nicht immer sofort wahnsinnig viel Geld. Das ist genauso wie beim vorhergehenden Stück: Wir haben lange Zeit zugeschaut, dass leider Totgeborene durch den Sonderabfall entsorgt werden. Jetzt haben wir gesagt, das ist doch pietätlos. Wir haben uns zusammengesetzt und haben gesagt, regeln wir das. Es geht hier ja primär auch nicht nur um das Geld. Es geht

aber immer nur um das Geld. Du sagst, die Gesundheit muss uns etwas wert sein. Dann müssen wir aber etwas dagegen tun. Ich kann nicht immer sagen, ich täte eh, aber ihr gebt mir kein Geld. Das ist kein Lösungsansatz, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP.)

So kann es auf die Dauer ja bitte nicht gehen. Wenn ich Prognosen habe, dass das in den nächsten Jahren noch mehr zunimmt, dann muss ich jetzt reagieren. Vor kurzem war im ORF eine ganze Woche lang eine Sendung zu diesem Thema. Du hast es vielleicht selbst auch gehört, wie viele Betroffene sich melden und wie viele Leute eigentlich die Politik um Hilfe rufen und wie die Politik zu diesem Thema reagiert. Ich setze voraus und würde dich ersuchen, dass wir uns endlich einmal bei solchen Themen zusammensetzen, uns ausreden und der nicht immer Schuldzuweisungen macht, nämlich von deiner Seite, und sagt, ihr tut uns immer tolle Vorschläge machen, aber das Geld bekomme ich nicht. Das ist deine Aufgabe, Gesundheitspolitik in der Steiermark zu machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.19 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Dörflinger hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte.

Landesrat Dörflinger (16.19 Uhr): Lieber Herr Abgeordneter Bacher, die Franzosen würden sagen: „I am deeply impressed!“ Du hast jetzt eine tolle Vorstellung abgeliefert, bloß scheint sich auf den etwa zwölf Metern, die uns trennen, irgendwo ein Knopf in der Leitung gebildet zu haben. Ich frage die Damen, wann das Protokoll von dem, was wir hier an intelligenten Dingen von uns geben, fertig ist. Ich höre, eine Woche, danke. Hans, du bekommst von mir ein Weihnachtsgeschenk in Form eines Paketes mit einem Wortprotokoll dessen, was ich hier gesagt habe. Irgendwie habe ich ein bisschen den Eindruck, dass du eine wunderschöne Rede vorbereitet hast und heute, ein paar Tage vor Weihnachten, regst du dich noch einmal ordentlich auf und denkst, dem pracke ich eine. (Abg. Bacher: „Ich habe dich nicht kritisiert.“) Jetzt lasse mich einmal reden. (Präsident: „Am Wort ist Herr Landesrat Dörflinger. Herr Abgeordneter, am Wort ist Herr Landesrat!“)

Eine der wichtigsten Aufgaben bei der Schlaganfallprophylaxe ist, dass man sich nicht allzu viel aufregt, Hans, und zuhören sollte man auch können. (Abg. Bacher: „Günter!“) Darf ich jetzt weiterreden? Lieber Hans! Ich habe vorher gesagt, ich werde euch, früher als es euch lieb ist, ein Konzept vorlegen. Ich werde auch sagen, was das kostet. Ein Teil dieses Antrages wird auch sein, dass ich hineinschreibe, wer dann kein Geld mehr bekommt. Weil den berühmten Esel, der Golddukaten schießt, gibt es nicht und den werde ich auch zu Weihnachten nicht bekommen.

Jetzt sage ich dir etwas, Hans: Du wirst in diesem Antrag ein Konzept vorfinden, wo alle Fachleute sagen werden, super, klass, wir werden das auch finanzieren. In diesem Antrag wird auch drinnen stehen, wer kein Geld mehr bekommt. Wenn ein Einziger dann noch bei denen interveniert und sagt, der Dörflinger könnte denen auch noch ein Geld geben, dann werde ich sagen, dass ihr unehrlich seid. Ich glaube auch, dass wir hier etwas tun können. Aber ihr müsst dann auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen oder Politisches mittragen, dass es in anderen Bereichen weniger gibt. Weil aus weniger mehr machen kann auch Kurt Tasch nicht. Das können nur Weinhändler. Dann ist aber Wasser drinnen und dann schmeckt es nicht mehr. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.21 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 19 bis 21 gibt es einen engeren sachlichen Zusammenhang. Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln und einzeln über jeden Tagesordnungspunkt abzustimmen.

Wie Sie meinem Vorschlag zustimmen, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1086/1, betreffend die Kostenbeteiligung des Landes Steiermark am Zu- und Umbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, Graz-Marschallgasse.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (16.22 Uhr): Herr Präsident, ich habe jetzt fast Hemmungen, über diese Vorlage zu berichten, nachdem es da ums Geld geht, wenn wir das nicht brauchen würden und für die vorige Diskussion verwenden, hätten wir es uns erspart. Ich komme zur Vorlage.

Der Konvent der Barmherzigen Brüder, Graz-Marschallgasse, betreibt in Graz ein Krankenhaus und leistet seit vielen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung vor allem des Großraumes Graz mit stationären Krankenhausangeboten. Um diesen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können, beabsichtigt der Konvent einen Zu- und Umbau dieses Krankenhauses vorzunehmen.

Das Leistungsangebot dieses Krankenhauses soll nach der Baumaßnahme die Fachbereiche Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Akutgeriatrie/Remobilisation und Intensiv (interdisziplinär) mit insgesamt 226 Planbetten umfassen.

Die Detailplanungen für dieses Projekt wurden bereits abgeschlossen, die Baubewilligung des Magistrat Graz liegt vor, der Baubeginn ist für das Frühjahr 2003 ins Auge gefasst. Die Gesamtkosten für diesen Zu- und Umbau belaufen sich auf rund 50,144 Millionen Euro (690 Millionen Schilling).

Seitens des Landes Steiermark soll ein Finanzierungsanteil in der Höhe von maximal 33,430 Millionen Euro (460 Millionen Schilling) geleistet werden.

Es soll daher seitens des Landes Steiermark jedenfalls grundsätzlich die Übernahme einer Kostenbeteiligung in der Höhe von maximal 33,430 Millionen Euro (460 Millionen Schilling) zugesichert werden. Dieses Zu- und Umbauprojekt ist der Projektkontrolle beziehungsweise Projektabwicklungskontrolle durch den Landesrechnungshof zu unterziehen. Für diese Situation ist noch eine Finanzierungsvereinbarung abzuschließen und zur Verfügung zu stellen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Das Land Steiermark stellt für den Zu- und Umbau des Krankenhauses des Konventes der Barmherzigen Brüder in Graz-Marschallgasse nach Maßgabe einer noch abzuschließenden Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Konvent und dem Land Steiermark Mittel in Höhe von bis zu maximal 33,43 Millionen Euro zur Verfügung.

Drittens: Der Landesrechnungshof wird beauftragt, den Zu- und Umbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, Graz-Marschallgasse einer Projektkontrolle beziehungsweise Projektabwicklungskontrolle zu unterziehen. Ich bitte um Annahme. (16.25 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1094/1, betreffend Finanzierungsvertrag mit den Rechtsträgern der Ordensspitäler Barmherzige Brüder Graz-Marschallgasse, Barmherzige Brüder Graz-Eggenberg, Krankenhaus der Elisabethinen Graz und Marienkrankenhaus Vorau.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (16.25 Uhr): Hier geht es um die Ordensspitäler Barmherzige Brüder Marschallgasse in Graz, die Barmherzigen Brüder in Graz-Eggenberg Krankenhaus der Elisabethinen Graz und Marienkrankenhaus Vorau.

Im Rahmen dieser Regierungsvereinbarung zum Budget 2003 wurde unter Punkt VII.2 der Beschluss gefasst, dass das Land Steiermark zwecks Herstellung von Rechtssicherheit entsprechende Finanzierungsverträge mit den Krankenanstalten abschließt. Mit dieser Finanzierungsvereinbarung sollen Zuschüsse zur Betriebsabgangsdeckung geregelt werden, um damit die finanzielle Lage der gemeinnützigen steirischen Ordensspitäler längerfristig abzusichern. Das Land hat in diesem Zusammenhang den Gesamtbetrag für die Zuschüsse zur Betriebsabgangsdeckung für Krankenanstalten, sonstiger Rechtsträger, auf insgesamt 11,749.500 Euro aufgestockt. In zahlreichen Verhandlungen hat die Fachabteilung 8A nunmehr im Einvernehmen mit den Rechtsträgern, den bereits von mir genannten Spitälern, eine Finanzierungsvereinbarung ausgearbeitet, die in der Beilage dieser Vorlage im Anhang ist.

Diese Zuschüsse sind für die Jahre 2003 und 2004. Für diese beiden Jahre sind Fixbeträge von jeweils maximal 5,814.000 Euro vereinbart. Für den Zeitraum ab 2005 enthält die Finanzierungsvereinbarung nur eine Absichtserklärung und sind im Hinblick auf eine Verlängerung dieser Vereinbarung rechtzeitig Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern aufzunehmen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der beiliegende Finanzierungsvertrag zwischen dem Land Steiermark und den steirischen Ordensspitälern wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (16.27 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1093/1, betreffend Neubau des LKH Bad Aussee, Sonderfinanzierung des Landes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (16.27 Uhr): Am bestehenden Standort ist eine langfristige Entwicklungsmöglichkeit für das LKH Bad Aussee nicht gegeben, eine Sanierung des bestehenden Hauses ist wirtschaftlich nicht vertretbar. Die Steiermärkische Landesregierung hat daher mit Beschluss vom 15. November 1999 dem Neubau des LKH Bad Aussee grundsätzlich zugestimmt und die KAGES beauftragt, Bezug habende Vorarbeiten und Planungen zu betreiben.

Mit Regierungsbeschluss vom 22. Mai 2000 wurde die KAGES beauftragt, die notwendigen Planungen und Vorarbeiten so voranzutreiben, dass das LKH Bad Aussee ehestmöglich gebaut werden kann und mögliche Kooperationspartner zu einem späteren Zeitpunkt eingebunden werden können. Ziel ist die Umsetzung des Gesamtprojektes Gesundheitspark Ausseer Land, bestehend aus den drei Modulen LKH Bad Aussee, Psychosomatische Modellklinik Dr. Rother, Pflege- und Sozialzentrum Volkshilfe.

Sinn des angestrebten Leistungsaustausches ist eine Kosteneinsparung bei Investitionen und Betrieb durch Zentralisierung, bessere Auslastung von technischen und medizinischen Funktionseinheiten sowie Personaleinsparungen. In der Psychosomatischen Modellklinik soll die Behandlung psychosomatischer Krankheiten erfolgen und ist das erste konkrete Projekt in dieser Fachrichtung in Österreich. Weitere Modellkliniken zur Integration zur Psychosomatik sind in den Bundesländern Niederösterreich und Kärnten vorgesehen. Auch diese Kliniken haben sich dazu bekannt, die für die Steiermark entwickelten Standards vollinhaltlich zu übernehmen und sich zu deren Einhaltung vertraglich zu verpflichten.

Die bauliche Umsetzung dieser Modellklinik hängt jedoch vom Neubau des LKH Bad Aussee ab. Dies deshalb, da wesentliche Bauelemente im Sinne eines „Synergiemoduls“ gemeinsam genutzt werden, wie gemeinsame Energiezentrale und Haustechnikbetreuung für alle Baumodule; gemeinsame Speiserversorgung und Physiotherapie; gemeinsame Nutzung und Wartung der Verkehrs- und Parkflächen sowie Zusammenarbeit im Bereich Personal und Einkauf, wie zum Beispiel Bereitschaftsdienste, Medikamenteneinkäufe et cetera.

Was das LKH Bad Aussee anbelangt, findet durch den Neubau eine Reduktion von 77 auf 66 Betten statt.

Die Kosten für den Neubau des LKH Bad Aussee belaufen sich auf insgesamt 30,89 Millionen Euro inklusive des Synergiemoduls Eingangshalle, Speiserversorgung und Physiotherapie. Diese Gesamtkosten sollen aufgebracht werden durch eine Sonderfinanzierung des Landes Steiermark in der Höhe von 16 Millionen Euro, durch eine Investitionsforderung aus dem SKAFF sowie eine Kostenbeteiligung des Betreibers der Psychosomatischen Modellklinik an den gemeinsam genutzten Synergiemodulen.

Auf Grund der vorstehend geschilderten Aufbringung der Gesamtkosten soll das Land Steiermark einen Finanzierungsanteil in der Höhe von 16 Millionen Euro leisten, um eine zügige und termingerechte Projektanwicklung zu ermöglichen. Die Fachabteilung 8A wird mit der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. die Finanzierungsform konkretisieren und nach Abschluss der Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof einen Finanzierungsvertrag vorlegen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher auf Grund des Beschlusses vom 11. November 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Das Land Steiermark stellt für den Neubau des LKH Bad Aussee der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. im Rahmen einer Sonderfinanzierung, beginnend mit dem Jahr 2007, in einem Zeitraum von mindestens 15 Jahren Mittel in Höhe von maximal 16 Millionen Euro zuzüglich der ab 1. Jänner 2007 anerlaufenden Finanzierungskosten zur Verfügung. Der Differenzbetrag auf die Gesamtterrichtungskosten in Höhe von rund 30,89 Millionen Euro wird aufgebracht durch Investitionsmittel des SKAFF sowie einen adäquaten Kostenanteil des Betreibers der Psychosomatischen Modellklinik für die gemeinschaftlich genutzten Teile des neuen LKH Bad Aussee.

Drittens: Die Fachabteilung 8A wird beauftragt, gemeinsam mit der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. eine Finanzierungsvereinbarung auszuarbeiten und diese unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof beziehungsweise der Studie Köck/ Ebner & Partner der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen. Der Verkaufserlös aus dem bisherigen Standort verbleibt dem Land Steiermark. Im Falle, dass ein Abschluss der Finanzierungsvereinbarung aus dem Land Steiermark zu vertretenden Gründen nicht erfolgen sollte, verpflichtet sich das Land Steiermark, binnen sechs Monaten jedenfalls den anerlaufenden Planungsaufwand (maximal 8 Prozent von 30,89 Millionen Euro) zu ersetzen.

Viertens: Das für das Gesundheitswesen zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Günter Dörflinger, wird ermächtigt, in einer Generalversammlung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. folgenden Beschluss zu fassen: Im Fall der Realisierung des Gesamtprojektes „Gesundheitspark Ausseer Land“ wird der Vorstand der KAGES beauftragt, in Verhandlungen mit dem künftigen Kooperationspartner einen adäquaten Kostenanteil an den gemeinschaftlich genutzten Teilen des neuen LKH Bad Aussee (gemeinsame Eingangshalle, Speiserversorgung und Physiotherapie) auf dem Verhandlungsweg sicherzustellen. Ich bitte um Annahme. (16.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass diese Nebengespräche unbedingt wichtig sind. Ich bitte Sie aber, den Lärmpegel etwas abzusenken. Es ist trotz der Lautsprecheranlage fast nicht möglich, der Berichterstattung Folge zu leisten. Ich habe eine Wortmeldung vorliegen. Herr Abgeordneter Köberl hat sich zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter, Sie sind schon am Wort. Weitere Wortmeldungen liegen mir derzeit noch nicht vor.

Abg. Köberl (16.34 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der 11. November 2002 war für das Ausseer Land ein historischer Tag, und zwar nicht, wie Sie meinen, auf Grund des Faschingsbeginns und der vorausseilenden Landesausstellung zu diesem Thema „Narren und Visionäre“, sondern am 11. November 2002 ist in der Landesregierung einstimmig der Beschluss zum Neubau des Landeskrankenhauses in Bad Aussee gefasst worden. Erlauben Sie mir daher, dass ich zu diesem Anlass als Vertreter der Region doch ein paar Worte bringe. Lassen Sie mich beginnen mit einem Vergleich, der weit zurückführt. Ich glaube, es ist aber ein interessantes Detail, dass bereits seit dem 13. Jahrhundert in Bad Aussee ein Spital existiert, nämlich ein Betriebsspital der Salinen, wo Arbeiter, aber auch die Bevölkerung medizinisch versorgt wurden, also eine Tradition von fast 800 Jahren als Spitalsstandort. Seit den fünfziger Jahren verfügt Bad Aussee über ein öffentliches Krankenhaus mit einer chirurgischen und mit einer internen Abteilung. Der Standort in Bad Aussee, und wer die Situation kennt, weiß es, ist ein denkbar ungünstiger: Zwischen einer engen Landesstraße und der Traun, die aus Grundlsee kommt, befindet sich dieses Gebäude, das im Laufe der sechziger und siebziger Jahre ständig in einzelnen Schritten erweitert wurde, aber nie ein gesamtes Konzept ergeben hat. Die Entscheidung, die letzten Endes eng mit der Neubautscheidung verbunden war, ist 1993 gefallen, als die Erhöhung der Bebauungsdichte für einen weiteren Ausbau notwendig gewesen wäre, vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. Zur gleichen Zeit, etwa Anfang der neunziger Jahre, wurde vom Land eine Studie über die Spitalsstandorte in der Steiermark beauftragt. Vielleicht können sich einige noch daran erinnern. Es war diese berühmte Suter-&-Suter-Studie. Auch bei dieser Studie hat der Standort im Ausseer Land nicht gut abgeschnitten. Angesprochen wurden vor allem die Probleme mit der Situation im innerörtlichen Bereich beziehungsweise die nicht optimale betriebswirtschaftliche Größe mit etwa 120 Betten. Es hat dann natürlich auch Interventionen der Politiker aller Couleurs gegeben und hat letzten Endes damit geendet, dass im Jahr 1994 von der Landesregierung eine so genannte Standortgarantie gegeben wurde, dass die derzeitigen Spitalsstandorte auch in Zukunft aufrecht bleiben. Gleichzeitig wurde aber auch das Signal gegeben, dass man sich an diesen kritischen Standorten im Sinne einer mittelfristigen und längerfristigen Planung um neue innovative Zukunftslösungen umschaun sollte. Dieser Auftrag ist an die Gemeinde und an die KAGES gegangen. Man hat vor allem versucht, hier Kooperationen mit anderen Einrichtungen im Gesundheitsbereich zu finden. In gemeinsamer Arbeit mit der KAGES wurde 1995 dann die ersten Gespräche mit Herrn Dr. Rodler geführt. Für alle, die ihn nicht kennen, darf ich ihn kurz vorstellen: Er ist der Betreiber zweier Modellkliniken für angewandte Psychosomatik und Ganzheitsmedizin in Deutschland, die er nach wie vor mit Erfolg in Simbach und in Königsfeld betreibt. Nach diesen Gesprächen stand bald fest, dass der Standort Bad Aussee auch für den Doktor interessant wäre und er bereit ist, bei der Entwicklung des so genannten Gesundheitsparkes Ausseer Land mitzuarbeiten. 1995 war auch der Stopp von Seiten der KAGES für größere Investitionen am Gebäude selbst. Man hat gesagt, das macht keinen Sinn, hier in ein altes Haus zu investieren, wenn man weiß, dass nach einem neuen zukunftssträchtigen Projekt, also einem Neubau, gesucht wird. Ein modulartiges Miteinander von Landeskrankenhaus, Psychosomatik, Seniorenresidenz, Gesundheitshotel und Fachärzteezentrum war in diesem ersten Entwurf des Gesundheitsparkes vorgesehen. 1995 erfolgte bereits die Sicherstellung der notwendigen Grundstücke durch die Gemeinde Bad Aussee im Ausmaß von 60.000 Quadratmeter und gleichzeitig die raumordnungstechnischen Voraussetzungen, die Umwidmung mit einer Sondernutzung. Die Grundkonzeption des Gesundheitsparkes stand bald fest: ein Krankenhausneubau mit etwa 70 Betten und die Errichtung der Modellklinik mit zirka 120 Betten. Wie bei allen Prototypentwicklungen hat es natürlich auch bei der Entwicklung der Modellklinik für Psychosomatik in Österreich viele Höhen und Tiefen gegeben. Ich erinnere mich an diese Zeit, wo wir zwischen Jubel und Enttäuschung geschwankt sind. Es war eigentlich eines kennzeichnend für den Weg zwischen 1995 und dem Jahr 2000: Es wollten alle dieses Projekt. Jeder hat gesagt, es ist eine gute Lösung, nur es wollte letzten Endes keiner bezahlen. Das ist wahrscheinlich, Herr Landesrat, bei vielen anderen Projekten auch so. 1996 wurde dann die Projektentwicklung, die vorher von der Gemeinde durchgeführt wurde, an den Regionalverein „Steirisches Salzkammergut“ übertragen – das ist eine Vereinigung der Gemeinden in dieser Region. Ich darf hier auch sagen, dass die Region allein für die Projektentwicklung Kosten von etwa 6 bis 8 Millionen Schilling ausgegeben hat. Ich darf mich bei unserer Frau Landeshauptmann bedanken, die uns auch unterstützt hat, diese Projektentwicklung zu finanzieren. Ich bin noch heute davon überzeugt, ohne das Miteinander von KAGES, der Region mit Unterstützung des Privaten wäre das Projekt nicht zustande gekommen. Interessant wäre auch noch 1998 die Entscheidung der Bundesstrukturkommission im Jahr 1998 zu erwähnen. Zuerst war in Diskussion, ob es ein Landesprojekt ist oder doch ein Bundesprojekt. Im Dezember 1998 – wie ich schon gesagt habe – hat es diese Entscheidung gegeben, wo man das Projekt positiv befürwortet hat. In einem ersten Gespräch mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger hinsichtlich der Leistungsfinanzierung im Bereich der Psychosomatik wurde vom damaligen Präsidenten Sallmutter zugesagt, dass auch der Hauptverband sich bei der Leistungsfinanzierung beteiligen wird. Um das Projekt herauszustreichen und auch die notwendige wissenschaftliche Absicherung zu gewährleisten, es stand oft in Diskussion, wer kommt von Deutschland, was passiert im Bereich der Psychosomatik und der Ganzheitsmedizin, wurde von Prof. Karl Harnoncourt ein interuniversitärer Fachbeirat gegründet in Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Abteilungen der Universitätskliniken in Wien, Graz und in Innsbruck, die sich auch hinter dieses Projekt gestellt und gesagt haben, es ist richtig und es ist österreichweit die Psychosomatik und die Ganzheitsmedizin ein wichtiges Thema.

Im Jahr 1999 erfolgte auch der Startschuss zum dritten Modul in diesem Gesundheitspark, einem Seniorenwohnheim beziehungsweise Pflege- und Sozialzentrum durch die Volkshilfe und auch hier konnte Einigung erzielt werden, so dass ein dritter Partner für diese Realisierung des Gesundheitsparkes gewonnen werden konnte.

1999 gab es auch den ersten Antrag hier im Landtag von Kollegen Tasch und Bacher dazu. Die Entscheidung, die grundsätzlich wichtig war und den Grundsatzbeschluss ermöglichte, fiel am 22. Mai im Jahre 2000. Es war ein Regierungsbeschluss zum Neubau des Landeskrankenhauses Bad Aussee, die Beauftragung der KAGES mit den notwendigen Vorarbeiten und Planungen zu beginnen. Es war dies ja auch ein einstimmiger Beschluss. Und lassen Sie mich das auch sagen, quer über alle Parteigrenzen hinweg. Ich war immer stolz darauf, dass dieses wichtige Projekt in der Region und letztendlich auch im Land nie zu einem politischen Spielball geworden ist. Ich darf in diesem Sinn auch danken dem zuständigen Landesrat Günter Dörflinger für deine Arbeit zu diesem Projekt. Ich glaube, es war wichtig, hier gemeinsam zu arbeiten. Mein Dank gilt aber auch unserer Frau Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat Herbert Paierl. Denn mit dem heutigen Beschluss, meine Damen und Herren, geht es nicht mehr um den Grundsatzbeschluss, sondern es geht auch um die Sicherstellung der Finanzierung, einer langfristigen Absicherung einer Investition im Gesundheitsbereich, die notwendig ist und für viele andere Bereiche, glaube ich, auch beispielgebend sein könnte und wo der politische Wille vorhanden ist, dort kommt auch eine Lösung heraus. Das hat dieses Projekt gezeigt.

Die Psychosomatik ist ein Thema, das bis jetzt noch nicht gelöst ist. Es gibt ein erstes konkretes Angebot, Herr Landesrat, vom Hauptverband. Nicht nur Worte, sondern auch Zahlen. Ich glaube, dass es mit einem notwendigen Goodwill und weiteren Verhandlungen auch hier zu einer endgültigen Lösung kommen kann.

Ich möchte nicht weiterführen die Berichterstattung. Hier wurden die wesentlichen Zahlen schon genannt. Lassen Sie mich aber eines noch erwähnen: Ich glaube gerade das Krankenhaus in Bad Aussee, das letzten Endes eine Region von etwa 15.000 Personen direkt versorgt, die Region verfügt auch etwa über 800.000 Nächtigungen, ist zu einem Symbol geworden, wie sich auch im regionalen ländlichen Bereich Kooperation zwischen den Gemeinden und Kooperation zwischen dem Land Steiermark und den Regionen positiv entwickeln kann. Es geht dabei, und es gibt ja auch einen Beschluss für eine Investitionskostenunterstützung im Bereich der Psychosomatik von etwa 5,8 Millionen Euro, von etwa 500 Millionen Schilling. Mit diesem Wirtschaftsimpuls ist nicht nur langfristig die medizinische Grundversorgung einer Region sichergestellt, es geht letzten Endes auch um zirka 250 bis 300 direkt betroffene zusätzliche hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Deshalb werden Sie verstehen, dass eigentlich unisono bei den Bewohnern des steirischen Salzkammergutes der Wunsch nach der Errichtung des neuen Landeskrankenhauses, aber auch des gesamten Gesundheitsparkes an erster Stelle stand.

Ich bedanke mich bei all denen, die dieses Projekt ermöglicht haben. Es war nicht immer leicht, gerade in den Jahren 1995 bis 2000 hier den konkreten Ansprechpartner zu finden. Vergessen wir die Vergangenheit, schauen wir in die Zukunft. Freuen wir uns gemeinsam, dass dieses wichtige Projekt in der Steiermark und das wichtigste Projekt für die Region des steirischen Salzkammergutes mit einer breiten Unterstützung, ich betone noch einmal die Einstimmigkeit, heuer so als kleines – es ist in Wirklichkeit ein sehr großes Christkindl – umgesetzt wurde und heute hoffentlich auch mit einem unumstößlichen einstimmigen Landtagsbeschluss unterstrichen wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Mag. Erlitz. Herr Abgeordneter, bitte!

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit. Es handelt sich nur mehr um einige wenige Tagesordnungspunkte. Es liegt an Ihnen, wie lange die Sitzung heute dauert. Das wissen Sie ja sehr wohl. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Mag. Erlitz (16.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich fasse mich kurz, aber umso intensiver.

Ich möchte vielleicht nur festhalten, dass auch Landesrat Günter Dörflinger bei diesem Projekt Bad Aussee beteiligt war. Ich glaube, er ist so nebenher sogar erwähnt worden. Ist ja quasi fast sensationell. Würde dieses große Werk einem ÖVP-Landesrat gelingen, würden da alle mit dem Weihrauchkessel stehen und würden ihn da hochleben lassen. Ich muss das schon ein bisschen nachholen. Es ist nämlich mit Bad Aussee die Saat von Günter Dörflinger aufgegangen. (Beifall bei der SPÖ.)

Weißt, lieber Hans, Ehre, dem Ehre gebührt. Da ist das aufgegangen, worin er sich jahrelang bemüht hat. Nicht nur Bad Aussee, ich kann da eine ganze Schneise erwähnen: Bad Aussee, Schladming wird kommen, Weiz, Hartberg und so weiter. Er hat nämlich das getan, was eigentlich wirklich die Intention sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist. Die Menschen vor Ort zu versorgen. Den Menschen dort zu belassen in der Region, wo er sich beiheimatet fühlt, wo er sich wohlfühlen kann. Und das hat Günter Dörflinger damit umgesetzt und wird diese Politik jetzt auch in Bad Aussee zum Wohle der Bevölkerung dort weiter fortsetzen. Er hat nämlich genau das getan oder genau gegen den Strom gearbeitet, nämlich der Strom geht heute dahin, die Regionen auszuhungern und auszudünnen: Postämter, Finanzämter, Gendarmerieposten und dergleichen mehr. Günter Dörflinger tut genau das Gegenteil, nämlich das Richtige. Er stärkt die Regionen, indem er eben Spitäler dort ansiedelt, ausbaut und mit Qualität versieht. Nämlich nicht nur, um dort die Menschen zu versorgen, um der Gesundheit der Menschen sich anzunehmen, um die Qualität der Gesundheitsangebote dort zu präsentieren, sondern, wir wissen es, Spitäler sind auch enorme Wirtschaftsfaktoren. Die Spitäler sind ja die größten zum Teil, die größten Arbeitgeber in der Region und sorgen eben dafür, dass die Menschen dort ihr Leben in entsprechender Form verbringen können und nicht absiedeln müssen. Das heißt, ich glaube ganz einfach, hier darf man und muss man, glaube ich, von dieser Stelle aus Günter Dörflinger wirklich gratulieren zu dieser Politik, zu dieser Politik mit Zukunft, einer zukunftsorientierten Politik, einer – ich glaube auch – modernen und durchaus auch kostenbewussten Gesundheitspolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch du, Kollege Tasch, wirst davon profitieren, weil Bad Aussee ist nicht so weit weg. Das wollte ich hier noch einmal festhalten.

Noch einmal: Bad Aussee, ein Symbol dafür, wie wirklich also mit Blick in die Zukunft für eine gute Gesundheitspolitik, für eine steirische Gesundheitspolitik, für eine wirkliche Gesundheitspolitik, die wirklich den Menschen Qualität bringt, den Menschen versorgt und auch dem Mensch, wie gesagt, die Zukunft als Arbeitsplatz sichert. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.49 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesen Tagesordnungspunkten 19, 20 und 21 liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1086/1, das ist der Tagesordnungspunkt 19, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1094/1, das ist der Tagesordnungspunkt 20, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle ebenfalls dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1093/1, das ist der Tagesordnungspunkt 21, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 407/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Dipl.-Ing. Grabner, Prattes und Kaufmann, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (16.51 Uhr): Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 407/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Dipl.-Ing. Grabner, Prattes und Kaufmann, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 11. September 2001, 9. April 2002 und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es liegen uns zwei Stellungnahmen der Landesregierung vor. Von Seiten des Tourismusverbandes zur Therme Gabelhofen gab es einen abgeänderten Beschluss der Landesregierung am 26. November 2001, der Förderungsmittel in der Höhe von 145 Millionen Schilling in Form eines nicht rückzahlbaren und zinslosen Zuschusses gewährt hat. Von Seiten des Finanzressorts wird berichtet, dass die Region Aichfeld-Murboden als Bestandteil der westlichen Obersteiermark durch die Vielfalt von innovativen Vorhaben und durch leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen als nunmehr attraktiver Zukunftsstandort zu bezeichnen ist, der sich durch ein hohes Wachstumspotenzial auszeichnet, wodurch diese Region durchaus in der Lage zu sein scheint, sich den vor allem in letzter Zeit abzeichnenden Arbeitsmarktproblemen zu stellen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 407/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber, Dipl.-Ing. Grabner, Prattes und Kaufmann, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen, wird zur Kenntnis genommen. (16.52 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Die Frau Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Margarethe Gruber, hat sich auch die Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Abgeordnete.

Abg. Margarethe Gruber (16.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob alle wissen, was der 10. Dezember ist. Es ist der Tag der Menschenrechte. Im Artikel I dieser Menschenrechtserklärung heißt es: Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würden geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollten aneinander ein Zeichen der Brüderlichkeit begegnen. Das passt sehr gut zu diesem Landtag, das passt sehr gut zu diesem Advent, das passt aber auch zu diesem Antrag, weil ich denke, dass alle Regionen der Steiermark gleich behandelt werden sollten. Uns liegen zwei Stellungnahmen vor, die eine zur Therme Gabelhofen. Dieses Projekt Therme Gabelhofen ist ein Zukunftsprojekt für unsere Region. Alle Gemeinden, alle Bürgermeister, egal welcher Couleurs, stehen voll und ganz hinter diesem Projekt. Es ist nur schade, denn wir könnten jetzt schon in Thermenwasser uns wohlfühlen, würden nicht die Aktienmärkte verrückt gespielt haben. So wird das Projekt etwas verzögert und die Gemeinden sind wirklich drauf und dran, Investoren zu finden, dass dieses Zukunftsprojekt für unsere Region durchgeführt werden kann. Bei der zweiten Stellungnahme handelt es sich um eine Aufzeichnung. Es wurde bereits in diesem Bericht gesagt, dass es sehr innovative Vorhaben sind, die diese Region durchgeführt hat. Es wird vom HIZ berichtet – Holzinnovationszentrum. Hier haben sich acht Gemeinden des Zirbenlandes zusammen mit der Stadt Zeltweg – ich darf dazufügen, es kommt auch die Stadt Judenburg dazu, weil sie von Anfang an dabei war – bereit erklärt, mit privaten Investoren und Banken eine Verbindung einzugehen, um den Rohstoff Holz nicht in Italien weiter veredeln zu lassen, sondern zu schauen, dass die Wertschöpfung in der Region, in der Steiermark bleibt. Weiters wird vom Unternehmungszentrum in Zeltweg gesprochen, dem so genannten AIZ. Hier darf ich berichten, dass dieses AIZ nicht mehr im Besitz dieser 15 Gemeinden ist, sondern bereits an die Sparkasse Knittelfeld verkauft wurde und der Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriepark Judenburg-Nord ist ein alleiniges Kind der Stadtgemeinde Judenburg. Ich darf Herrn Landesrat Paierl ersuchen, dass er seine Zusagen bei einer

Pressekonferenz, nämlich ein Impulszentrum – im HIZ – in Zeltweg voll zu fördern, auch einhält, es wäre wirklich wichtig für unsere Region, weil wir es wirklich verdient haben, gleichgestellt zu werden mit den Regionen unterhalb von Graz. Ich hoffe, dass es gelingt, dass die Regierung uns hilft, dass wir in der Obersteiermark auch wirklich hoffnungsvoll in die Zukunft sehen können. Ich darf noch einen Entschließungsantrag einbringen, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen. Zu einem von den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei eingebrachten Antrag, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen, dessen Beschlusstext „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens ein Finanzierungs- und Entwicklungskonzept für die Region Aichfeld-Murboden unter Einbeziehung der Therme Gabelhofen zu erstellen und zweitens konkret zu sagen, in welcher Form und in welcher Höhe sie sich eine öffentliche Förderung dieses Thermenprojektes vorstellen kann und drittens sich dazu zu bekennen, dass eine Förderung dieses Projektes durch das Land nicht an den innerösterreichischen, von ÖVP und FPÖ zu verantwortenden neuen Budgetregeln scheitert.“ lautete, liegt heute ein Ausschussbericht vor, der die beiden Stellungnahmen der für das Tourismusressort und für das Finanzressort zuständigen Regierungsmitglieder auszugsweise wiedergibt. Für das Thermenprojekt selbst ist es betrüblich, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass es seit dem letzten Beschluss in der Landesregierung vor mehr als einem Jahr offensichtlich keine aktiven Bemühungen der zuständigen Regierungsmitglieder gegeben hat, zusammen mit den Verantwortlichen der Region dieses Projekt voranzutreiben. Noch schlimmer allerdings ist es um die (nicht vorhandene) Bereitschaft der verantwortlichen Regierungsmitglieder bestellt, sich dem Punkt eins des Antrages, ein „Finanzierungs- und Entwicklungskonzept für die Region Aichfeld-Murboden ... zu erstellen“ zu widmen. Die Stellungnahme des zuständigen Wirtschafts- und Finanzlandesrates beschränkt sich nämlich nur auf eine, noch dazu in mehreren Fällen nachweislich inhaltlich falsche Beschreibung von bereits umgesetzten beziehungsweise in Umsetzung begriffenen Projekten. Er verliert jedoch kein Wort darüber, welche Zukunftspläne es für die Region, die Menschen in dieser Region und für deren Arbeitsplätze gibt, was die Vermutung nahe legt, dass es keine Zukunftspläne für diese Region gibt. Das in einer Zeit, in der die Arbeitslosenraten der Bezirke Knittelfeld und Judenburg noch immer deutlich über dem steirischen Durchschnitt liegen (Steiermarkdurchschnitt Ende Oktober 2002 6,2 Prozent, Judenburg 6,7 Prozent und Knittelfeld sogar 7,5 Prozent). Wenn ein Wirtschaftslandesrat in einer solchen Situation seine Stellungnahme mit dem Satz „Die Erstellung zusätzlicher Finanzierungs- und Entwicklungskonzepte für die Region Aichfeld-Murboden erscheint entbehrlich“ enden lässt, zeigt sich deutlich, wie wichtig ihm die Probleme der Menschen vor Ort wirklich sind. Im Interesse der Menschen in der Region kann es allerdings nicht hingegenommen werden, dass deren berechnigte Anliegen, formuliert durch den politischen Willen von Abgeordneten der Sozialdemokratie, dermaßen ignoriert werden. Eine massivere Unterstützung als bisher für das Projekt Gabelhofen ist notwendig und die Bereitschaft, sich ernsthaft Gedanken um ein Entwicklungskonzept für die Zukunft zu machen und nicht nur Vergangenes aufzuzählen, ist dringend geboten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens ein ernst gemeintes Finanzierungs- und Entwicklungskonzept für die Region Aichfeld-Murboden unter Einbeziehung der Therme Gabelhofen zu erstellen und zweitens aktiv alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, die eine rasche Umsetzung des Thermenprojektes Gabelhofen ermöglichen. Ich ersuche Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur Abstimmung komme, erteile ich Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann das Wort. Herr Landesrat bitte.

Landesrat Dr. Hirschmann (17.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In aller Kürze: Liebe Frau Abgeordnete, es kränkt mich nicht, dass Ihnen die Arbeit des Kollegen Paierl und von mir für diese Region entgangen ist. Das ist ja keine so boshafte Sache von Ihnen. Sie dürfen mir aber eines glauben, Frau Abgeordnete, dass wir sehr wohl mit dem Herrn Dipl.-Kfm. Zeudl, dann auch mit dem von mir sehr geschätzten Herrn Bürgermeister Stranner und mit den Verantwortlichen der Region, was die Therme anbelangt, nicht nur, wie es so schön heißt, in Kontakt sind, sondern schauen, dass wir retten, was zu retten ist, liebe Frau Abgeordnete. Also das nur für das Protokoll hier. Das Licht der Öffentlichkeit erblickt so was sowieso nicht. Was im Übrigen auch besser ist.

Das Zweite, was die Arbeit für die Region anbelangt, liebe Frau Abgeordnete, erlauben Sie mir, ein bisserl was Kryptisches zu sagen. Wir haben in den letzten Jahren, glaube ich – und da darf ich ausnahmsweise für meine Partei sprechen, was ich hier nicht gerne tue, weil es nicht parteipolitisch gemeint ist –, doch sehr versucht, mit einigen Dingen, und das gilt insbesondere auch für meinen Kollegen Paierl, ein paar Dinge in Gang zu setzen, die ja auch für Sie unübersehbar sein sollten, liebe Frau Abgeordnete. Dass wir aber einige Dinge auch in Gang zu setzen unterwegs sind, die wir noch nicht dem Hohen Haus hier berichtet haben und die wir nicht, weil da hinten ein Journalist sitzt von der „Kleinen Zeitung“, der Kollege Albertani sozusagen, irgendeinem Medium gesteckt haben, das ist auch im Interesse der Region. Ich darf Ihnen nur sagen, dass Herbert Paierl, ich und einige andere für einige dieser Projekte seit Jahren, aber insbesondere seit vielen Monaten sehr intensiv unterwegs sind und dass wir hoffentlich in einigen Wochen auch dem Hohen Haus von einem sehr schönen Ergebnis berichten dürfen. Sie wissen, wir sind da nicht beleidigt und nicht angerührt, aber ich sage, ich bin jetzt in einem Alter, wo ich zunehmend auch ein bisserl empfindlich werde, und wenn sich dann da jemand herstellt und sagt, ja, aber die da oben haben ja gar nichts getan und die Menschen, wissen Sie, Frau Abgeordnete, die Menschen da oben, ja, sind mir 100 Prozent auch so viel ein Anliegen wie Ihnen. Danke Ihnen, guten Abend! (Beifall bei der ÖVP. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Förderung der Errichtung der Therme Gabelhofen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe und stelle hier die mehrheitliche Ablehnung fest.

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1097/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Klasnic.

Abg. Kasic (17.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren. Lieber Kurt, ich werde keine Fehler machen.

Ich darf Ihnen berichten, dass die Steiermärkische Landesregierung gemäß Paragraf 32 Absatz 2 L-VG 1960 bei der Besorgung des Landeshaushaltes an den Landesvoranschlag gebunden ist. In dringenden Fällen ist eine Überschreitung einer Voranschlagspost oder eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe zu beschließen. Ich darf Ihnen daher mitteilen, dass vom 9. September bis 4. November 2002 dringende Ausgaben im Gesamtausmaß von 4,643.158,05 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden und ein Mehraufwand auch bedeckt wurde. Eine dem Antrag beigeschlossene Aufstellung gibt Ihnen einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und ich gehe davon aus, dass Sie die ausgiebigst studiert haben und daher brauche ich sie Ihnen nicht vorzutragen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der achte Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 4,643.158,05 Euro wird gemäß Landes-Verfassungsgesetz 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (17.06 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

24. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1027/1, der Abgeordneten Halper, Margarethe Gruber, Kröpfl, Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (17.07 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich darf berichten zum Antrag, Einl.-Zahl 1027/1, der Abgeordneten Halper, Hamedl, Dr. Bleckmann, Mag. Zitz, Margarethe Gruber, Kröpfl, Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Detlef Gruber und Böhmer, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 5. November und 3. Dezember 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag, betreffend Kennzeichnungspflicht von Internet-, PC- und Konsolenspielen, wurde dem laufenden Unterausschuss „Enquete Suchtverhalten“ zugewiesen.

In der Sitzung des Unterausschusses am 27. November 2002 wurde einstimmig beschlossen, diesem Antrag mit der Änderung, dass die Kennzeichnungspflicht in den Kategorien sechs bis zehn Jahre, zehn bis 15 Jahre und 15 bis 18 Jahre erfolgt, zuzustimmen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, eine Kennzeichnungspflicht für Internet-, PC- und Konsolenspiele in die Kategorien sechs bis zehn Jahre, zehn bis 15 Jahre und 15 bis 18 Jahre in die Wege zu leiten. Ich bitte um Annahme. (17.08 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung dazu liegt mir nicht vor.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 818/1, der Abgeordneten Kröpfl, Schrittwieser, Gross und Gennaro, betreffend die Beibehaltung steuerlicher Begünstigungen für gemeinnützige Vereine.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (17.08 Uhr): Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt uns ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vor. Wir haben in diesem Ausschuss zwei Sitzungen abgehalten zu diesem Thema und außerdem gibt es dazu eine Stellungnahme der Landesregierung. Aus dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, dass für Vereine und gemeinnützige Vereine keine Schlechterstellungen durch die Änderung ins Haus stehen.

Daher stellt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 818/1, der Abgeordneten Kröpfl, Schrittwieser, Gross und Gennaro, betreffend Beibehaltung steuerlicher Begünstigungen für gemeinnützige Vereine, wird zur Kenntnis genommen. (17.09 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit schon zur Abstimmung, weil keine Wortmeldung vorliegt.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

26. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht, Einl.-Zahl 1003/1, des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2001.

Berichterstatterin ist Herr Landtagsabgeordneter Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (17.10 Uhr): Ich darf berichten zur Einl.-Zahl 1003/1, der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Kontrolle, betreffend Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2001, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (17.10 Uhr.)

Präsident: Danke für die exakte Berichterstattung. Herr Abgeordneter Hagenauer ist am Wort, bitte. Danach Herr Abgeordneter Prattes.

Abg. Hagenauer (17.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptfrau, Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen und geschätzte Zuhörerinnen!

Ich möchte bei diesem Tagesordnungspunkt beziehungsweise bei diesem Bericht des Bundesrechnungshofes auf einen Bereich eingehen, nämlich die Finanzierung der Länder- und Gemeindehaushalte und hier wiederum jenen Bereich, was die Länderhaushalte anbelangt, ist der Bericht an sich positiv, nicht jedoch, was die Gemeindehaushalte anbelangt. Hier gibt es einige kritische Anmerkungen des Rechnungshofes, auf die ich – wie ich schon gesagt habe – kurz eingehen möchte. Auf der Seite 29 findet sich eine Hitliste jener steirischen Gemeinden, die durch die Höhe der Zinssätze, die sie vereinbart haben für ihre Kredite, aufgelistet werden. Da sind Zinssätze dabei, die bis in einem Fall – Sankt Oswald-Möderbrugg – 15,91 Prozent hinaufgehen. Insgesamt finden sich aber unter den steirischen Gemeinden etliche, die immer noch Zinssätze haben, wie sie an sich zur damaligen Zeit überhaupt nicht mehr üblich und notwendig waren, also jenseits – hier auch aufgeführt – der 6 Prozent. Warum sage ich das, weil erstens immerhin, und das darf man nicht vergessen, im Namen des Umganges mit Steuermitteln, der öffentlichen Gelder, im Namen der so genannten Einsparungsmaßnahmen in den letzten Jahren Einschnitte passiert sind bei einzelnen Bevölkerungsgruppen, von den Studiengebühren bis zu der Besteuerung der Unfallrenten und, und, und, die wirklich schwere und sehr harte Belastungen in vielen Fällen bedeutet haben. Ich rede auch nicht davon, dass fallweise in den Schulen den Kindern schon die Luster auf den Kopf fallen, weil das Geld für die Reparatur fehlt. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, wo hier überall in dem schönen Land die Einsparung schon erhalten hat müssen, wenn man für etwas kein Geld ausgeben wollte, dann listet hier der Bundesrechnungshof nicht nur Zinssätze, das heißt Ausgaben, auf, die jenseits von Gut und Böse sind. Sondern er bringt auch eindrucksvolle Beispiele, wie so etwas vermieden werden kann und das Land selber wird hier lobend erwähnt, wie man Derartiges vermeidet. Das macht das Ganze spannend. Das ist einmal mehr das Kapitel, wie wir es nennen, „Steirischer Brauch“, sprich Gemeindeaufsicht. Die Strukturen hier im Land, Frau Landeshauptfrau, die man weniger jetzt mit Nähe zu den Menschen, und die Menschen leben alle in den Gemeinden, beschreiben kann meiner Meinung nach, sondern einfach mit einem Machtkartell. Hier sieht man sehr schön, nach welchen Prinzipien die Steiermark organisiert ist. Da gibt es Bürgermeister beider Farben, wenn ich aber so hinschaue, dürften das eher ÖVP-Angehörige sein, aber nicht nur, die leisten sich Kredite von 16 Prozent und die Frau Landeshauptfrau als Gemeindereferentin wackelt nicht mit den Ohren, denn sonst würde das hier nicht drinnenstehen. Was ist das oberste Prinzip – ich habe das schon kritisch Richtung Sozialdemokratie angemerkt: Es gilt das Prinzip, das ist einer von uns und fertig. Wenn irgendetwas daneben geht, dann wird man den einmal zu einem freundschaftlichen Gespräch einladen oder man wird ihm jedenfalls helfen, weil er ist trotzdem einer von uns und das läuft so. Sonst würde das da nicht drinnenstehen. Ich sage es noch ein-

mal in der Sache: Jeder Kreditvertrag, der irgendwie eine Bindungsfrist beinhaltet oder eine Unkündbarkeitsklausel, verstößt gegen die guten Sitten. Das kann Ihnen jeder kleine Konsumentenschützer irgendwo nebenan in irgendeinem Beratungsbüro der Arbeiterkammer sofort glaubwürdig beibringen. Das Land macht das – wie ich schon gesagt habe. Das Land weiß das auch, es macht das selber. Es wurde hier aber nicht umgeschuldet. Man hat nicht einfach bestehende – über 16 Prozent oder 12 Prozent braucht man gar nicht reden darüber, denn das war immer jenseits von Gut und Böse – Kredite gekündigt, weil man gesehen hat, jetzt zwischen 1997 und 1999 waren diese Kredite um die 4 Prozent und darunter zu haben. Es hat steirische Gemeinden gegeben, und das muss man dazusagen, dass mir jetzt jemand entgegenet und ich würde alle Bürgermeister oder Gemeindechefs beschimpfen, mitnichten, die haben das exekutiert und haben das umgesetzt, Herr Kollege Ober, Auersbach, 14,03 Prozent. Ist das nicht ein bisschen viel, unter uns gesagt? So klein kann die Gemeinde nicht sein, dass der Bürgermeister nicht weiß, dass 14 Prozent viel Geld ist. Wenn das Ganze dann 25 Jahre lang läuft, dann kommt hier schon ein ganz schönes Gerstel zusammen, wie wir wissen. (Abg. Ing. Ober: „Würden Sie das heutige Ergebnis auch verkünden?“) Nein, Herr Kollege Ober. Wenn Sie von mir verlangen, dass ich den jetzigen Zustand auch verkünde, dann meine ich, ich bin nicht dazu da, dass ich von allen 544 steirischen Gemeinden jedes Jahr die Zinssätze hier vom Podium verlese. Das ist ein Missverständnis. Die Frage lautet anders. Warum ein Verantwortungsträger, ein Bürgermeister, die Frau Landeshauptfrau beziehungsweise ihr Stellvertreter solche Zustände zulassen. Wenn hier ein Abgeordneter als Aufsichtsrat, wie Herr Kollege Paierl, der jetzt nicht da ist, uns immer gerne bezeichnet, richtigerweise, dann hat der Aufsichtsrat auf Missstände hinzuweisen und nicht irgendwelche Märchenstunden abzuhalten, was in dem Land alles schön und weniger schön ist – damit wir uns richtig verstehen. Die Frage lautet bei solchen Geschichten immer und bei jeder Kontrolltätigkeit, wieso ist so etwas überhaupt möglich gewesen. Dann muss ich diese Frage beantworten, damit es dann in Zukunft in jedem Fall – soweit es geht – ausgeschlossen wird. Das ist meine Aufgabe und deswegen stelle ich hier die Frage, wo war die Gemeindeaufsicht. Die Gemeindeaufsicht war dort, wo sie immer war, nämlich abwesend. Die Gemeindeaufsicht sagt, der gehört zu uns und dann reden wir einmal, denn der bemüht sich ohnehin und der ist nicht so schlecht. Das bestreitet ja gar niemand. Sie brauchen mir auch nicht zu erzählen, dass diese Kreditinstitute, die in bewährter Weise mit den Gemeinden offensichtlich zusammenarbeiten, sich als Sponsoren jeweils ausgezeichnet haben. Das brauchen Sie mir nicht zu erzählen. Das kenne ich aus der Bauwirtschaft. Ich sage Ihnen nur eines: Das sind die schlechtesten Geschäfte, egal, ob sie jetzt irgendeine Firma nennen. Ich nenne jetzt bewusst eine, wo mir nichts passieren kann, die im Baukartell verknackt wurde, wie zum Beispiel die Porr oder die TEERAG-ASDAG. Wenn Sie so einen verdienten Sponsor nehmen und glauben, dass Sie damit ein Geschäft gemacht haben als Gemeinde oder als Land, dann irren Sie sich, weil da bezahlen Sie das Fünffache schlussendlich, egal, ob Sie jetzt eine Straße asphaltieren lassen oder ob Sie solche Zinssätze begleichen. Man sieht es ohnehin von weitem. Das Ärgerliche dabei ist, dass das – wie schon gesagt – von oben offensichtlich toleriert wurde. Zur Möglichkeit, falls irgendjemand auf die Idee kommt zu sagen, das ist die Gemeindeautonomie, zwei Dinge: Erstens, das sind keine reichen Gemeinden bis auf ein paar Ausnahmen, wenn sie sich das anschauen. Das sind Gemeinden, die sehr wohl wieder den Weg zum Land finden, die sehr wohl wieder den Weg um eine Bedarfszuweisung finden, die sehr wohl wieder genau bei Frau Landeshauptfrau und bei ihrem Stellvertreter anklopfen, denen man natürlich sehr wohl in die Augen schauen kann und sagen, pass auf, lieber Freund, unser Landesbudget ist nicht dazu da, um euch ein Geld zu geben, wenn ihr auf der anderen Seite das beim Fenster hinauswerft, was offensichtlich der Fall ist, abgesehen von den technischen Möglichkeiten. Abgesehen von den technischen Möglichkeiten, es gibt inzwischen so etwas wie die EDV, die elektronische Datenverarbeitung. Es ist unglaublich, aber es gibt sie. Eine dieser Segnungen der EDV ist, dass man hier auf Knopfdruck feststellen kann: Was ist der durchschnittliche Zinssatz, den die Gemeinden in der Steiermark zahlen? Welche Gemeinden zahlen wie viel? Das heißt, falls irgendjemand auf die Idee kommt, zu sagen, das war nicht möglich und es wird im Einzelfall ohnehin angeschaut, das ist ein Schmafu. Wenn man will, kostet das nur ein paar Minuten, wenn man will. Ich betone das Wort „will“. Was lernen wir also daraus: Wenn man hier in diesem schönen Lande von Spargesinnung und von Verantwortung für die nächsten Generationen spricht, dann soll man das nicht immer so ernst nehmen. Es könnte sich herausstellen, dass das in Wirklichkeit nur Interessenspolitik ist, dass man in bestimmten Bereichen Geld nicht mehr hergibt und in anderen Bereichen aber sehr wohl sehr großzügig über Verschwendung hinwegschaut.

Zum Abschluss: Ich gehe davon aus, dass, wie gesagt, das Land die politische Kraft hat und die Verantwortlichen die Kraft haben, das zu tun, was sie bei ihrem eigenen Budget, damals der Herr Landesrat Ressel übrigens getan hat. Der Bericht stammt aus einer Zeit, wo der Herr Landesrat Ressel verantwortlich war, er bekommt auch gute Zensuren für diese Seite seiner Zinsgebarung, ich gehe davon aus, dass also das Land die Kraft hat, seinen Gemeinden und seinen Bürgermeistern zu sagen, pass auf, das ist vorbei, du arbeitest also jetzt nicht mehr mit der Bank deines Vertrauens zusammen, sondern du gehst her, und schreibst das jetzt aus. Einfach ganz normal beziehungsweise was hier auch der Rechnungshof anregt, man geht her und macht einen Pool und das Land tritt auf für seine Gemeinden, schreibt Kredite aus und gibt es dann an die Gemeinden weiter. Dass man damit seinen Gemeinden sehr viel Geld ersparen kann, liegt auf der Hand.

Zum Abschluss noch eine kleine Anmerkung, weil es da dazugehört: Sie erinnern sich, weil man nämlich bei der Gemeindeaufsicht ist, an unsere Vorstöße, wo es darum gegangen ist, die Bedarfszuweisungen offen zu legen. Sie erinnern sich an die Versprechungen, die das Land damals gemacht hat und gesagt hat, nein, nein, das brauchen wir jetzt gar nicht zu machen, die Bedarfszuweisungen offen legen, abgesehen davon, dass es das vom Statistischen Zentralamt ohnehin gibt, das brauchen wir nicht offen legen. Das Land samt allen Verantwortlichen auch in der Verwaltung hat sich nicht gescheut, sich hinzustellen und zu sagen, wir geben das nicht her, obwohl

es dieselben Informationen an sich eh öffentlich gibt. Aber das ist ein eigenes Kapitel. Damals wurde versprochen, dass man einen Förderungsbericht machen wird, wo nicht nur die Bedarfszuweisungen drinnen sind, sondern überhaupt gleich alle Förderungen, die an die Gemeinden gehen.

Ich darf das, Frau Landeshauptfrau, bei der Gelegenheit gleich aussprechen: Sagen Sie mir, wenn mir das entgangen ist, aber einen derartigen Förderungsbericht habe ich bis jetzt noch nicht auf meinem Abgeordnetenpult gesehen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 17.25 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung. Herr Abgeordneter Prattes, bitte.

Abg. Prattes (17.25 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zu diesem Rechnungshofbericht einige grundsätzliche Feststellungen. Ich frage Sie, wer kontrolliert die Kontrollierer? Es war sehr eigenartig, dass sich der Delegationsleiter der Beamtenschaft des Bundesrechnungshofes zu Beginn des Ausschusses dafür entschuldigt hat, dass der Bericht des Bundesrechnungshofes verspätet in das Haus kommt. Und es hat sich auch darin dokumentiert, dass vieles bereits überholt ist, nämlich der Bericht über die Thermen, wo wir wissen, dass jene Thermen, die angesprochen worden sind, bereits verkauft wurden oder hier bereits im Verkauf sind. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür waren sechs hochbezahlte Beamte des Bundesrechnungshofes extra aus Wien angereist. Mich würden die dafür entstandenen Kosten sehr, sehr interessieren. Hier herrscht, so meine ich, ein krasser Gegensatz.

Einerseits listet man akribisch Einsparungen oder Einsparungsmöglichkeiten bis 1000 Euro auf, und dann kommt man mit einem Monsteraufgebot an Beamten nach Graz. Ich meine, es müsste doch möglich sein, dass ein Vertreter des Bundesrechnungshofes so firm ist, dass er über diesen Bericht Auskunft geben kann.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Bereiche, die ich doch kurz streifen möchte. Der erste ist die Finanzierung der Länder- und Gemeindehaushalte und der zweite Teil befasst sich mit den Thermen. Hier ist es doch erwähnenswert, dass der Rechnungshof das Schuldenmanagement des Landes Steiermark für den überprüften Zeitraum als sehr effizient erachtet. Die Steiermark nutzte wie Tirol, Salzburg und Oberösterreich die von 1997 bis 1999 andauernde Phase niedriger Zinsen bei Sekundärmarktrenditen auf dem inländischen Rentenmarkt. Außerdem wies die Steiermark in diesem Zeitraum mit plus 51 Prozent ein unterdurchschnittliches Schuldenwachstum auf. Ebenfalls sehr gut schneidet die Steiermark mit dem Schuldenwachstum von plus 25 Prozent im Bereich der Maastricht-Schulden ab. Die Tilgungen stiegen im Österreichschnitt um durchschnittlich 80 Prozent, jene der Steiermark um 148 Prozent. Sehr gut war auch der Zinsendienst, wobei die Steiermark bei jenen Ländern ist, die mit minus 35 Prozent die größten Rückgänge verzeichneten. Bei den Fremdkapitalkosten waren fast 75 Prozent mit einem Zinssatz von unter 4 Prozent verzinst. Und das anerkannte auch der Rechnungshof und lobte, ich habe es bereits eingangs erwähnt, dass effiziente Schuldenmanagement des Landes Steiermark.

Ganz anders, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bereich der Gemeinden. Hier erreichen im Zeitraum 1991 bis 1999 die steirischen Gemeinden mit einem Plus von 76 Prozent überdurchschnittliche Zuwachsraten in der Verschuldung und stiegen die Finanzschulden der österreichischen Gemeinden allein 1999 um 582 Millionen Euro, wobei die Schulden bei den Gebietskörperschaften abnahmen, sich aber jene bei den Banken erhöhten. Daraus kann, so der Rechnungshof, das ist aber bei uns hier im Haus schon sehr oft diskutiert worden, eine zunehmende Kostenbelastung der Gemeinden abgeleitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese negative Entwicklung ist leider weitergegangen. Dazu kam, dass vom Bund immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegiert wurden und werden. Ich erwähne hier nur die bereits erfolgte Übergabe des Meldewesens, ab 1. Februar 2003 kommen die Reisepässe dazu und auch die Agenden des Fundamtes werden auf die Gemeinden ausgelagert. Dazu kamen einschneidende finanzielle Einbußen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Getränkesteuer. Denn die Refundierung mit den Bundesabgabenertragsanteilen ist mehr als zu wenig.

Nach der Volkszählung 2001 verlieren viele Gemeinden bei den Abgabenertragsanteilen. Eine Reduktion der Kommunalabgabe wird immer wieder auf Bundesebene diskutiert. Nach dem Motto: „Der Bund befiehlt, die Länder folgen und die Gemeinden brennen!“, werden die Gemeinden mit immer neuen Belastungen konfrontiert. Und wenn nun auch diese Reduktion, wie gesagt wird, von 3 Prozent auf einen Prozent bei der Kommunalsteuer kommen würde, ich betone „würde“, dann würde das sicher den endgültigen finanziellen Kollaps der Gemeinden bedeuten. Hier gilt es, rechtzeitig entgegenzusteuern. Nun einige Bemerkungen noch zu den Thermen. Wir haben das auch im Tourismusbericht diskutiert. Hier müssen wir sagen, dass zuerst die Abgrenzung zwischen den Beteiligungen des Landes und den Förderungen privatwirtschaftlicher Initiativen zu treffen ist. Die Beteiligung des Landes ist für mich als Infrastrukturmaßnahme zu sehen, die in volkswirtschaftlich benachteiligten Regionen regionale Entwicklungen ermöglichen. Dies merkt übrigens auch der Rechnungshof positiv an. Zum Vorwurf, dass kein Konzept bezüglich der Thermenentwicklung vorläge, darf ich bemerken: Wenn es auch von der Landesregierung kein schriftlich genehmigtes Konzept gab, wurde ein Teilkonzept, das Alpenschikonzept der Steiermark Anfang der neunziger Jahre erstellt, in der Landesregierung aber nie beschlossen. Es gab zum einen mehrere Anfragen im Landtag, die von Landesrat Ressel jedes Mal ausführlich beantwortet wurden und Konzept und Strategie erkennbar machten. Im Rahmen der Landesholding gab es ein Leitbild, welches auch vom Aufsichtsrat der Landesholding genehmigt wurde. Dieses Konzept bestand im Wesentlichen aus den beiden Standbeinen Schiberge und Thermen, wobei es hier klar definierte Zielgruppenabgrenzungen gab, nämlich Loi-

persdorf – eine Erlebnistherme, Therme der fünf Sinne, Wellness. Radkersburg, die ruhigere Therme, Therme für Familien, Kuraufenthalte in speziellen Bereichen. Bad Gleichenberg, die Therme für Ältere, jedoch mit speziellen Angeboten im Bereich der Hauttherapien. Ein drittes Standbein sollte im Feld der Freizeitparks angesiedelt werden und stand im Jahr 2000 am Beginn der Entwicklung. Es sollte jeweils eine regionale Entwicklung mit der Errichtung eines oder zweier Leitprojekte einhergehen. Dabei gab es unterschiedliche Überlegungen zu den Leitprojekten. Ich darf hier zwei Beispiele anführen: Erz und Eisen oder den Wildpark Mautern oder ein drittes, die Entwicklungsideen im Mürztal. Wie wichtig dabei die regionalen Entwicklungen sind, zeigt das Beispiel Östereichring, wo zwar ein Leitprojekt verwirklicht wurde, eine regionale Entwicklung jedoch damit nicht einherging. Wie erfolgreich die volkswirtschaftlichen Entwicklungen in den Regionen um die Landesbeteiligungen waren, zeigten die Bettenentwicklung und Nächtigungsentwicklungen, von denen der steirische Tourismus heute noch profitiert. Eines muss man sagen: Es ist jedoch zu befürchten, dass in zwei bis fünf Jahren diese Entwicklungen wieder rückläufig sein werden, denn dann wären nicht nur Ersatz, sondern auch Erweiterungs- und Entwicklungsinvestitionen erforderlich, um den Gast weiterhin anzusprechen. Ob diese Entwicklungen von privater Hand durchgeführt werden, wird sich zeigen. Ein letzter Punkt noch, betreffend die Therme Blumau: Hier wird das hohe Engagement des Landes kritisiert und das faktisch nicht vorhandene Recht mitzusprechen. Es gab mehrere Anfragen auf Landesbeteiligung an der Therme Blumau. Diesen konnte jedoch nicht entsprochen werden, da die Eigentümer kein Mitspracherecht für das Land vorsahen, die Therme nicht öffentlich zugänglich machen wollten und in keiner Weise geeignete Planungen beziehungsweise Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorgelegt werden konnten. Die Förderung dieser Therme, und das muss man feststellen, erfolgte unter der Federführung der damaligen Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, wobei nicht nur ein direkter Zuschuss zur Themenerrichtung gegeben wurde, sondern auch Maßnahmen in Höhe von nahezu 200 Millionen Schilling in den Infrastrukturbereich gesteckt wurden, hier beispielsweise Straße oder Hochwasserschutz. Außerdem wurde dabei das Prinzip durchbrochen, dass das Wasser beziehungsweise die Quelle nicht in private Hände zu geben ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Anmerkungen wollte ich zu diesem Rechnungshofbericht machen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wenn Sie nun dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, dann ersuche ich Sie um Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Es ist wieder der Fall eingetreten, dass scheinbar nicht alle gehört haben, dass abgestimmt wurde. Nachdem die Gegenprobe so ausgefallen ist, dass niemand aufgezeigt hat, war das einstimmig für mich. Ich bitte Sie dennoch und ich bin so deutlich in meiner Aufforderung, dass Sie Ihre Hand ergeben, wenigstens eine, egal welche. Danke.

Nun Folgendes: Ich ersuche nunmehr die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu einer Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 1125/1, 1131/1 und 1132/1 in den Rittersaal zu gehen. Noch etwas, ganz wichtig: Nach Abschluss dieser Sitzung wird in traditioneller Weise und im Vorjahr durch Herrn Abgeordneten Detlef Gruber angeregt ein Chor einige Lieder zum Vortrag bringen. Das ist der Chor Pop Fox – der erste österreichische Popchor unter der Leitung von Prof. Manfred Mauser. Dieser Chor ist heuer vom ÖVP-Klub eingeladen. Alljährlich fällt das einem anderen Klub zu – so wurde es vereinbart. Klubobmann Lopatka hat mir gesagt, dass die Einladung seitens des Klubs ausgesprochen wurde. Nach dem Liedervortrag sind die Damen und Herren des Chores im Rittersaal, diesmal auf Kosten des ÖVP-Klubs, zu einem Büfett eingeladen.

Nunmehr bitte ich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sich in den Rittersaal zu begeben. Im Anschluss an die Sitzung im Rittersaal findet die 34. Sitzung des Landtages statt. Gegenstand nun dieser folgenden Sitzung sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 17.37 Uhr.)